

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für Gesundheit und Soziales zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Gesundheit und Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS
ZWISCHEN DEM FÖDERALSTAAT UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT
ÜBER DIE BEGLEITUNG UND BEHANDLUNG VON SEXUALSTRAFTÄTERN**

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret soll das Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern gebilligt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Kommentar zu dem einzigen Artikel.....	13
Vorentwurf	15
Anlagen	
Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föederalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern	16

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung

Die Zusammenarbeitsabkommen über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern vom 8. Oktober 1998 und vom 13. April 1999 wurden mit der Wallonischen Region, der Flämischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel und der Französischen Gemeinschaftskommission in Brüssel abgeschlossen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wurde nicht einbezogen, obwohl sie für die psychische Gesundheit zuständig ist. Ein Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist demnach erforderlich, um die Begleitung der betreffenden Sexualstraftäter zu gewährleisten.

Darüber hinaus müssen die Auswirkungen der sechsten Staatsreform berücksichtigt werden, die am 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist und dazu geführt hat, dass die Justizhäuser von der föderalen Ebene auf die Gemeinschaften übertragen wurden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird angesichts der zentralen Rolle, die den Justizassistenten durch die in den Abkommen geschaffenen Systeme zugewiesen wurden, de facto zu einem wichtigen Partner.

Das allgemeine Ziel des Justizministers ist es, die Einhaltung und Durchsetzung des Gesetzes zu gewährleisten, Rückfälle zu verhindern und die (Wieder-)Eingliederung der Straftäter in die Gesellschaft zu fördern, wobei eine Stigmatisierung vermieden werden soll.

Das allgemeine Ziel des Ministers für Gesundheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es, das Wohlbefinden, die Gesundheit und die harmonische Entfaltung der Menschen zu fördern und zu verhindern, dass diese geschädigt werden.

Das allgemeine Ziel des Ministers für das Justizhaus der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es, die Begleitung der Sexualstraftäter im Rahmen der von den Justizbehörden erteilten Mandate zu gewährleisten.

Dieses Zusammenarbeitsabkommen beruht auf Konzertierungen und einem Konsens in Bezug auf die Zielgruppe, die Organisation und die Mittel. Bei dieser Zusammenarbeit wird die Aufgabenverteilung gemäß den jeweiligen Zuständigkeiten der beteiligten Abkommenspartner berücksichtigt.

Die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Diensten des Justizministers, des Ministers für das Justizhaus und des Ministers für Gesundheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die vor Ort bereits stattfindet, wird formalisiert und strukturiert. Sie entspricht dem Bedarf an einer Transversalität zwischen den verschiedenen betreffenden Dienstleistern.

Die Leistungsverpflichtung bildet den Rahmen für die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Dienstleister gegenüber der betreuten Person. Damit die Zusammenarbeit optimal funktioniert, müssen die Rechten und Pflichten jedes Dienstleisters transparent wiedergegeben werden. Der Begriff „Leistungsverpflichtung“ bezieht sich auf die Verpflichtung jedes Dienstleisters, alles Mögliche zu unternehmen, um die soziale Eingliederung des Betroffenen zu fördern und die Wiederholung von Straftaten, darunter auch sexueller Missbrauch, zu verhindern. Für das Ergebnis ihres

Handelns können die Dienstleister hingegen nicht garantieren (anders als bei der Ergebnisverpflichtung).

Die Zusammenarbeit zielt insbesondere auf die Anwendung des Gesetzes vom 13. April 1995 über den sexuellen Missbrauch von Minderjährigen ab, aber auch auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte, auf das Gesetz vom 5. Mai 2014 über die Internierung, das Gesetz vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung, das Gesetz vom 20. Juli 1990 über die Untersuchungshaft, Artikel 216ter des Strafprozessgesetzbuches über das Erlöschen der Strafverfolgung durch Ausführung von Maßnahmen und Einhaltung von Bedingungen, Artikel 37octies der Strafgesetzbuches über die autonome Bewährungsstrafe usw.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 2

Ein Sexualstraftäter ist eine Person, die gegen die Artikel 417/7 bis 417/22, 417/24 bis 417/41, 417/44 bis 417/47 und 417/51 bis 417/54 des Strafgesetzbuchs verstoßen hat oder verdächtigt wird, eine oder mehrere Taten begangen zu haben, die unter diese Artikel fallen.

Überblick über die verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen:

1. Gesetz vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte.

1.1 Bedingte Freilassung

Die bedingte Freilassung ist eine Form der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe, bei der der Strafvollstreckungsrichter oder das Strafvollstreckungsgericht einem Verurteilten die Möglichkeit einräumt, seine Strafe außerhalb des Gefängnisses zu verbüßen, wenn er während eines bestimmten Zeitraums bestimmte Auflagen erfüllt. Sechs Monate bevor der Verurteilte die in Artikel 25 §1 oder §2 bestimmten zeitlichen Voraussetzungen erfüllt, oder unverzüglich, wenn diese Frist nicht eingehalten werden kann, informiert der Gefängnisdirektor den Verurteilten schriftlich über die Möglichkeit, eine bedingte Freilassung zu beantragen. Ab diesem Zeitpunkt kann der Verurteilte einen schriftlichen Antrag auf Gewährung einer bedingten Freilassung stellen. Nach Einleitung des Verfahrens hat die Direktion zwei Monate Zeit, den Antrag auf bedingte Freilassung mit einer Beurteilung der Notwendigkeit einer Begleitung auszustellen, mitsamt einer begründeten Stellungnahme eines auf die diagnostische Begutachtung von Sexualstraftätern spezialisierten Dienstes für Verurteilte, die eine Strafe wegen Sittlichkeitsverbrechen verbüßen.

Der Strafvollstreckungsrichter oder das Strafvollstreckungsgericht genehmigt die bedingte Freilassung, wenn er/es anhand der verschiedenen ihm vorliegenden Berichte feststellt, dass die gesetzlich vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind. Im Falle einer Genehmigung führt der Richter oder das Gericht in seinem Urteil die Auflagen auf, die an die bedingte Freilassung des Verurteilten gebunden sind. Er/Es kann eine Begleitung oder eine Behandlung in einer für Sexualstraftäter spezialisierten Einrichtung auferlegen. Er/Es legt auch die Dauer der Begleitung oder Behandlung fest.

Außerdem wird ein Justizassistent beauftragt, der die Einhaltung der verhängten Auflagen überwacht und dem Richter oder Gericht regelmäßig über den Verlauf der Maßnahme der bedingten Freilassung berichtet.

1.2 Haftlockerung

Die Haftlockerung erlaubt es einer Person, die zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, das Gefängnis regelmäßig für maximal 16 Stunden pro Tag zu verlassen. Sie kann dem Verurteilten vom Strafvollstreckungsrichter bzw. vom Strafvollstreckungsgericht gewährt werden, damit er seine beruflichen, ausbildungsbezogenen oder familiären Interessen wahren kann, die seine Anwesenheit außerhalb des Gefängnisses erfordern.

Die Haftlockerung kann dem Verurteilten sechs Monate vor dem Zulassungsdatum der bedingten Freilassung gewährt werden, insofern es keine Kontraindikationen gibt.

Wenn der verurteilten Person eine Haftlockerung gewährt wird, sendet der Strafvollstreckungsrichter bzw. das Strafvollstreckungsgericht das Urteil an das zuständige Justizhaus, damit ein Justizassistent mit der Begleitung beauftragt werden kann. Beim Erstgespräch erläutert der Justizassistent den Rahmen der Maßnahme der Haftlockerung und legt mit der Person anhand der vom Strafvollstreckungsrichter oder Strafvollstreckungsgericht verhängten Auflagen den einzuhaltenden Stundenplan fest. Der Stundenplan umfasst sowohl die Stunden außerhalb als auch diejenigen innerhalb des Gefängnisses. Eine Person in Haftlockerung kann Hafturlaub erhalten, wenn sie einen entsprechenden Antrag gestellt hat und der Strafvollstreckungsrichter oder das Strafvollstreckungsgericht diesen bewilligt. Letzterer/Letzteres legt die Anzahl und die Häufigkeit fest. Während der gesamten Dauer der Haftlockerung werden regelmäßige Gespräche mit dem Justizassistenten vereinbart, um über die Auflagen zu informieren und die notwendige Unterstützung bei der Durchführung der anstehenden Schritte zu leisten. Der Justizassistent überprüft auch die Einhaltung der Auflagen und informiert den o.e. Richter bzw. das Gericht regelmäßig über den Verlauf der Maßnahme der Haftlockerung.

1.3 Elektronische Überwachung

Mithilfe der elektronischen Überwachung kann eine Freiheitsstrafe ganz oder teilweise außerhalb des Gefängnisses vollstreckt werden. Für die betreffende Person wird von dem Fachbereich Justizhaus des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Stundenplan erlassen. Dessen Einhaltung wird unter anderem mit elektronischen Mitteln kontrolliert.

Die elektronische Überwachung kann dem Verurteilten sechs Monate vor dem Zulassungsdatum der bedingten Freilassung gewährt werden, insofern es keine Kontraindikationen gibt.

Während der gesamten Dauer der elektronischen Überwachung werden regelmäßige Gespräche mit dem Justizassistenten vereinbart oder von dem Fachbereich Justizhaus des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingerichtet, um über die Auflagen zu informieren und die notwendige Unterstützung bei der Durchführung der anstehenden Schritte und der Einhaltung des Stundenplans zu leisten. Der Justizassistent überprüft auch die Einhaltung der Auflagen und informiert den Strafvollstreckungsrichter oder das Strafvollstreckungsgericht regelmäßig über den Verlauf der elektronischen Überwachung.

1.4 Vorläufige Freilassung von Verurteilten aus medizinischen Gründen

Über die vorläufige Freilassung aus medizinischen Gründen entscheidet der Strafvollstreckungsrichter. Sie beinhaltet die Aussetzung der Vollstreckung der Freiheitsstrafe. Der Strafvollstreckungsrichter kann einer vorläufigen Freilassung aus medizinischen Gründen zustimmen, wenn der Verurteilte sich nachweislich im Endstadium

einer unheilbaren Krankheit befindet oder wenn die Haft nicht mehr mit seinem Gesundheitszustand zu vereinbaren ist.

Der Strafvollstreckungsrichter knüpft die Entscheidung über die Gewährung einer vorläufigen Freilassung aus medizinischen Gründen an die allgemeine Auflage, dass der Verurteilte keine neuen Straftaten begehen darf. Er kann auch besondere Auflagen festlegen. In diesem Fall wird ein Justizassistent mit der Begleitung beauftragt.

1.5 Vorläufige Freilassung im Hinblick auf das Entfernen aus dem Staatsgebiet oder die Übergabe von Verurteilten mit einer effektiven Strafe von höchstens drei Jahren

Diese Art der Strafvollstreckung gilt für verurteilte Ausländer, die keinen gültigen oder noch nicht abgelaufenen Aufenthaltstitel oder keine Niederlassungserlaubnis besitzen. Sie gilt auch für Personen, für die ein Auslieferungs- oder Übergabeantrag vorliegt. Sie kann vom Strafvollstreckungsrichter oder vom Strafvollstreckungsgericht ausgesprochen werden, sofern der Verurteilte ein Drittel dieser Strafen verbüßt hat und es keine Kontraindikationen für die Person des Verurteilten gibt.

Sechs Monate bevor der Verurteilte die zeitlichen Voraussetzungen erfüllt, informiert der Gefängnisdirektor ihn schriftlich über die Möglichkeit, eine vorläufige Freilassung im Hinblick auf das Entfernen aus dem Staatsgebiet oder die Übergabe zu beantragen. Ab diesem Zeitpunkt kann der Verurteilte bei der Kanzlei des Gefängnisses einen schriftlichen Antrag auf Gewährung einer vorläufigen Freilassung im Hinblick auf das Entfernen aus dem Staatsgebiet oder die Übergabe stellen. Der o.e. Direktor gibt spätestens innerhalb von vier Monaten nach Eingang des schriftlichen Antrags eine Stellungnahme ab.

2. Gesetz vom 5. Mai 2014 über die Internierung

Die Internierung von Personen, die an einer psychischen Störung leiden, die ihre Urteilsfähigkeit oder die Fähigkeit, ihre Handlungen zu kontrollieren, aufhebt oder schwer beeinträchtigt, ist eine Sicherheitsmaßnahme, die sowohl die Gesellschaft schützen als auch sicherstellen soll, dass die aufgrund des Gesundheitszustands der internierten Person erforderliche Versorgung gewährleistet wird, und auf ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft abzielt. Fortan können nur noch Taten, die eine Beeinträchtigung der physischen oder psychischen Integrität eines Dritten verursacht haben, zu einer Internierung führen.

Artikel 2 des Gesetzes besagt, dass der internierten Person die Versorgung angeboten wird, die sie benötigt, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Die geleistete Versorgung muss der internierten Person eine möglichst gute Wiedereingliederung in die Gesellschaft ermöglichen und nach Möglichkeit im Rahmen eines individuellen Pflegeverlaufs angeboten werden, der auf die internierte Person angepasst ist.

Artikel 5 des Gesetzes verlangt, dass der Untersuchungsrichter sowie das Untersuchungs- oder erkennendes Gericht ein forensisch-psychiatrisches Gutachten anordnen, um festzustellen, ob im Falle einer Prävention in Bezug auf die in den Artikeln 417/7 bis 417/22, 417/24 bis 417/41, 417/44 bis 417/47 und 417/51 bis 417/54 des Strafgesetzbuches genannten Taten, die an Minderjährigen oder mit ihrer Beteiligung begangen wurden, eine spezielle Begleitung oder Behandlung angeordnet werden muss.

Nachdem das Korrekionalgericht, der Assisenhof oder die Ratskammer über eine Internierung entschieden hat, kümmert sich die Kammer zum Schutz der Gesellschaft um die Umsetzung dieser Entscheidung. Die Kammer zum Schutz der Gesellschaft ist eine spezialisierte Kammer des Strafvollstreckungsgerichts, die entweder über die Einweisung in eine Einrichtung (und dann über die Wahl der Einrichtung) oder über die Gewährung einer Vollzugsmodalität für die Internierung entscheidet.

Das Gesetz sieht verschiedene Ausführungsmodalitäten der Internierung vor: probeweise Freilassung, Haftlockerung und elektronische Überwachung. Die probeweise Freilassung ist eine Vollstreckungsmodalität für den Internierungsentscheidung, bei der die

internierte Person die ihr auferlegte Sicherungsmaßnahme im Rahmen eines stationären oder ambulanten Pflegeverlaufs und unter Einhaltung der für die Probezeit geltenden Auflagen durchläuft. Die Haftlockerung erlaubt es einer internierten Person, die Einrichtung oder das Gefängnis für eine Dauer von höchstens 16 Stunden pro Tag zu verlassen. Sie kann internierten Personen gewährt werden, damit sie ihre therapeutischen, beruflichen, ausbildungsbezogenen oder familiären Interessen wahren können, die ihre Anwesenheit außerhalb der Einrichtung erfordern. Die elektronische Überwachung ist eine Modalität zur Vollstreckung einer Internierung, bei der die internierte Person, die ihr auferlegte Sicherungsmaßnahme außerhalb der Einrichtung und nach einem festgelegten Vollstreckungsplan verbüßt; die Einhaltung wird dabei vor allem mit elektronischen Mitteln überwacht.

Für die Umsetzung dieser drei Ausführungsmodalitäten der Internierung wird ein Justizassistent mit der Begleitung der internierten Person beauftragt. Seine Aufgabe besteht in der Begleitung des Betreffenden, um Rückfälle zu vermeiden und seine soziale Wiedereingliederung zu unterstützen, indem er den Betreffenden bei der Einhaltung seiner Auflagen begleitet und diese überprüft. Während der gesamten Begleitung wird ein besonderes Augenmerk auf die Kontinuität oder die Umsetzung des Pflegeverlaufs im Sinne der Rechtsphilosophie gelegt. Zu diesem Zweck arbeitet der Justizassistent mit dem Versorgungsnetz für psychische Gesundheit zusammen.

Die Person oder der Dienst, die/der die Aufgabe der Begleitung oder Behandlung des Betreffenden übernimmt, übermittelt dem Justizassistenten innerhalb eines Monats nach Gewährung der Modalität und jedes Mal, wenn diese Person oder dieser Dienst es für sinnvoll erachtet, auf Ersuchen der Kammer zum Schutz der Gesellschaft und mindestens einmal alle sechs Monate einen Folgebericht über die Begleitung oder Behandlung. Dieser Bericht umfasst folgende Punkte: die tatsächliche Anwesenheit des Betreffenden bei den angebotenen Gesprächen, unentschuldigte Abwesenheiten, die einseitige Beendigung der Begleitung oder Behandlung durch den Betreffenden, Schwierigkeiten bei der Durchführung der Begleitung oder Behandlung und Situationen, die eine ernsthafte Gefahr für Dritte darstellen.

3. Gesetz vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung

Nach diesem Gesetz kann der Richter die Verhängung einer effektiven Freiheitsstrafe durch die Aussetzung der Urteilsverkündung vermeiden. Er kann im Falle einer Verurteilung auch entscheiden, dass die Vollstreckung der Strafe aufgeschoben wird. Diese Maßnahmen können mit besonderen Auflagen für einen Zeitraum von einem bis fünf Jahren einhergehen (Aussetzung und Aufschub mit Bewährungsauflagen).

Auf Antrag des Angeklagten oder mit seiner Zustimmung kann der Magistrat eine Sozialuntersuchung über sein Verhalten und sein Umfeld durch einen Justizassistenten durchführen lassen.

Die Bewährungskommission des Wohnortes des Betreffenden überwacht die Umsetzung. Der Justizassistent berichtet der Bewährungskommission innerhalb eines Monats nach seiner Beauftragung, so oft er es für sinnvoll erachtet oder auf Anfrage der Bewährungskommission, mindestens aber alle sechs Monate.

Wird der Betreffende aufgrund einer oder mehrerer Taten verurteilt, die an Minderjährigen oder mit deren Beteiligung begangen wurde(n), holen die zuständigen Gerichte vor der Anordnung einer Bewährungsmaßnahme die begründete Stellungnahme eines Dienstes ein, der auf die Begleitung oder Behandlung von Sexualstraftätern spezialisiert ist.

Wenn die Aussetzung der Urteilsverkündung oder der Aufschub der Vollstreckung der Strafe von einer Bewährungsmaßnahme abhängig gemacht wird, die in der Teilnahme an einer Begleitung oder Behandlung besteht, fordert die Bewährungskommission, gegebenenfalls nach Kenntnisnahme der oben genannten begründeten Stellungnahme, den Betreffenden auf, eine anerkannte und auf die Behandlung von Sexualstraftätern

spezialisierte Einrichtung auszuwählen, die jedes Mal, wenn diese Einrichtung oder Person es für sinnvoll erachtet, oder auf Aufforderung der Kommission, mindestens aber einmal alle sechs Monate, einen Bericht über die Teilnahme an der Begleitung oder Behandlung vorlegt. Dieser Bericht umfasst folgende Punkte: die tatsächliche Anwesenheit des Betreffenden bei den angebotenen Gesprächen, unentschuldigte Abwesenheiten, die einseitige Beendigung der Begleitung oder Behandlung durch den Betreffenden, Schwierigkeiten bei der Durchführung der Begleitung oder Behandlung und Situationen, die eine ernsthafte Gefahr für Dritte darstellen.

4. Gesetz vom 20. Juli 1990 über die Untersuchungshaft: Freilassung unter Auflagen

In Fällen, in denen die Untersuchungshaft unter den in Artikel 16 §1 des Gesetzes vom 20. Juli 1990 vorgesehenen Bedingungen angeordnet oder aufrechterhalten werden kann, kann der Untersuchungsrichter von Amts wegen, auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder auf Antrag des Beschuldigten den Betreffenden auf freiem Fuß belassen, indem er ihm eine oder mehrere Auflagen verhängt, die für eine vom Richter festzulegende Dauer und für höchstens drei Monate einzuhalten sind; zum Beispiel das Verbot der Ausübung einer Tätigkeit, die den Betreffenden in Kontakt mit Minderjährigen bringen würde. Zur Festlegung der Auflagen kann der Untersuchungsrichter einen Justizassistenten mit einer Sozialuntersuchung oder einem kurzen Informationsbericht beauftragen. Der Richter legt fest, welche Auflagen verhängt werden. Wenn diese eine Begleitung oder Behandlung vorsehen, fordert der Untersuchungsrichter oder das Untersuchungsgericht den Beschuldigten auf, eine zuständige Person oder einen zuständigen Dienst zu wählen. Diese Wahl bedarf der Zustimmung des Richters oder des Gerichts. Die genannte Person oder der Dienst, die den Auftrag annimmt, übermittelt dem Richter oder Gericht und dem Justizassistenten, der für die Unterstützung bei der Einhaltung der Auflagen und deren Überprüfung zuständig ist, innerhalb eines Monats nach der Freilassung und jedes Mal, wenn die Person oder der Dienst es für sinnvoll erachtet, oder auf Aufforderung des Richters oder Gerichts, mindestens jedoch alle zwei Monate, einen Folgebericht über die Begleitung oder Behandlung. Die zuständige Person oder der zuständige Dienst ist verpflichtet, den Richter oder das Gericht über eine Unterbrechung der Begleitung oder Behandlung zu informieren.

5. Artikel 216ter des Strafprozessgesetzbuches über das Erlöschen der Strafverfolgung durch Ausführung von Maßnahmen und Einhaltung von Bedingungen

Dieses Gesetz ersetzt die Vermittlung in Strafsachen durch das „Erlöschen der Strafverfolgung durch die Ausführung von Maßnahmen und die Einhaltung von Bedingungen“. Im alltäglichen Sprachgebrauch wird der Begriff „Vermittlungs- und Maßnahmenverfahren“ verwendet. Es handelt sich um eine Alternative zur Strafverfolgung, die in allen Phasen des Gerichtsverfahrens angeboten werden kann, wenn die begangene Tat nicht mit einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren geahndet werden kann. Das Ziel ist die Wiedergutmachung des verursachten Schadens, sei es gegenüber einem identifizierten Opfer oder gegenüber der Gesellschaft als Ganzes.

Die Entscheidung, ob ein Fall dem „Vermittlungs- und Maßnahmenverfahren“ zugeführt wird oder nicht, obliegt dem Prokurator des Königs.

Dieser kann den Verdächtigen unter anderem auffordern, sich – sofern er seine zivilrechtliche Haftung für die Tat anerkennt – für einen Zeitraum von höchstens einem Jahr einer ärztlichen Behandlung oder einer anderen geeigneten Therapie zu unterziehen. Wenn der Verdächtige den vorgeschlagenen Auflagen zustimmt, teilt der Prokurator des Königs dem Justizhaus des Wohnortes des Betreffenden seine Entscheidung mit. Das Justizhaus beauftragt sodann unverzüglich einen Justizassistenten, der für die Ausarbeitung und Überwachung der Maßnahmen verantwortlich ist. Der Verdächtige und der Justizassistent erarbeiten einen Vorschlag für die konkrete Gestaltung der vorgeschlagenen Maßnahmen

und Auflagen. Dieser wird in einer Vereinbarung festgelegt, die der Verdächtige annimmt und unterzeichnet.

Wenn der Prokurator des Königs der Vereinbarung zustimmt, unterzeichnet er sie ebenfalls. Der Justizassistent ist für die Begleitung und die Kontrolle der Durchführung der Maßnahmen verantwortlich. Wenn die betreffende Person die verhängten Auflagen erfüllt und ihren Verpflichtungen nachkommt, stellt der Prokurator des Königs das Erlöschen der Strafverfolgung für die in diesem Verfahren behandelten Sachverhalte fest und es wird wegen dieser Sachverhalte kein Verfahren vor einem Gericht eingeleitet. Die Straftat wird nicht in das Strafregister eingetragen. Wenn das Verfahren zu keinem Ergebnis führt oder abgebrochen wird, entscheidet der Prokurator des Königs, wie in der Akte weiter verfahren werden soll.

Gemäß Rundschreiben COL 01/21 in Bezug auf das Erlöschen der Strafverfolgung durch die Ausführung von Maßnahmen und die Einhaltung von Bedingungen ist dieses Verfahren dann angebracht, wenn ein kausaler Zusammenhang zwischen dem strafbaren Verhalten einerseits und einer oder mehreren anderen problematischen Situationen im Leben der betreffenden Person andererseits nachgewiesen werden kann. Wenn die Straftat, wegen der das Verfahren eingeleitet wird, sexueller Art ist, sollte immer eine therapeutische Behandlung (oder eine Schulung) auferlegt werden, die speziell auf das betreffende Problem ausgerichtet ist. Eine Therapie beinhaltet keine Ergebnisverpflichtung. Dennoch ist der Verdächtige verpflichtet, die getroffenen Vereinbarungen einzuhalten und Bemühungen zu zeigen, sich der Behandlung zu unterziehen.

6. Ministerielles Rundschreiben vom 15. Juli 2015 über die vorläufige Freilassung

Eine vorläufige Freilassung wird einem Verurteilten gewährt, der eine oder mehrere Freiheitsstrafen(n) mit einem vollstreckbaren Teil von nicht mehr als drei Jahren Freiheitsstrafe verbüßt. Bei rechtskräftig Verurteilten, die mindestens aufgrund von Taten nach den Artikeln 417/7 bis 417/22, 417/24 bis 417/41, 417/44 bis 417/47 und 417/51 bis 417/54 des Strafgesetzbuches verurteilt werden, wenn diese an Minderjährigen oder mit deren Beteiligung begangen wurden, kann die vorläufige Freilassung gewährt werden, sobald der Verurteilte die im Rundschreiben vorgesehenen zeitlichen Bedingungen erfüllt und insofern beim Verurteilten keine Kontraindikationen vorliegen.

Sobald die o.e. Bedingungen erfüllt sind, sammelt der Gefängnisdirektor die Informationen, die er für notwendig erachtet, und die Informationen über das Opfer. Bei Verurteilten, deren zu vollstreckende Hauptfreiheitsstrafen insgesamt nicht mehr als ein Jahr betragen, kann der Direktor die psychosozialen Teams bitten, ein Gutachten zu erstellen. Dieses Gutachten orientiert sich an der Problematik, die sich aus der Art der Straftat ergibt, und an den besonderen Schwerpunkten, die ggf. in der Begleitung bearbeitet werden sollten, um die Gefahr von Rückfällen zu verringern und den Opfern zu helfen. Bei Verurteilten, deren zu vollstreckende Hauptfreiheitsstrafen insgesamt mehr als ein Jahr betragen, erstellt das psychosoziale Team ein Fachgutachten und schlägt, sofern es dies für notwendig erachtet, eine Begleitung vor, die es auch vorbereitet. Der Direktor leitet den Vorschlag dann an die Direktion Haftangelegenheiten weiter, die eine begründete Entscheidung darüber trifft, ob eine vorläufige Freilassung gewährt wird oder nicht. Individualisierte Sonderauflagen (bspw. Absolvierung einer Behandlung) können verhängt werden, wenn sie absolut notwendig sind, um das Risiko eines Rückfalls zu begrenzen, oder wenn sie im Interesse des Opfers erforderlich sind. Der Direktor händigt dem Inhaftierten eine Kopie der Entscheidung aus, erläutert ihm den Inhalt und die Folgen und lässt ihn diese zur Bestätigung des Erhalts und, falls Auflagen gemacht werden, seiner Zustimmung unterschreiben. Wenn er die Auflagen ablehnt, erfolgt keine Freilassung. Wenn die Entscheidung über die vorläufige Freilassung vollstreckt wird, wird ein Justizassistent mit der Begleitung beauftragt. Wurden besondere Bedingungen auferlegt, so entspricht die Dauer der Begleitung der Dauer der Freiheitsstrafe, die der Verurteilte am Tag der Freilassung noch zu verbüßen hatte (Reststrafe), mindestens jedoch einem Jahr.

7. Strafgesetzbuch

7.1. Überantwortung an das Strafvollstreckungsgericht

Gemäß Artikel 34bis, 34ter und 34quater des Strafgesetzbuches ist die Überantwortung an das Strafvollstreckungsgericht eine Zusatzstrafe, die in gesetzlich vorgesehenen Fällen zum Schutz der Gesellschaft vor Personen, die bestimmte schwere Straftaten gegen die Integrität von Personen begangen haben, verhängt werden muss oder kann. Diese Zusatzstrafe beginnt nach Ablauf der Hauptgefängnisstrafe und kann für einen Zeitraum von mindestens fünf und höchstens fünfzehn Jahren verhängt werden, insbesondere im Rahmen von Verurteilungen auf Grundlage der Artikel 417/7, 417/10, 417/11, 417/13 bis 417/22 des Strafgesetzbuchs. Befindet sich der Verurteilte in Haft, gibt der Direktor der Strafanstalt spätestens vier Monate vor Ablauf der Strafe eine begründete Stellungnahme zum Freiheitsentzug oder zur Freilassung unter Bewachung ab, in der er die besonderen Auflagen erläutert, die dem Verurteilten seiner Ansicht nach aufzuerlegen sind. Gemäß Artikel 95/3 des Gesetzes vom 17. Mai 2006 muss, wenn der Verurteilte eine Strafe für Taten im Sinne der Artikel 417/7 bis 417/22, 417/24 bis 417/41, 417/44 bis 417/47 und 417/51 bis 417/54 und 433 quater1 bis 433 quater7 des Strafgesetzbuches verbüßt, und wenn sie an Minderjährigen oder unter deren Beteiligung begangen wurden, die begründete Stellungnahme eines Dienstes beigefügt werden, die auf die diagnostische Begutachtung von Sexualstraftätern spezialisiert ist. Diese Stellungnahme enthält eine Beurteilung der Notwendigkeit, eine Behandlung vorzuschreiben. Außerdem kann das Strafvollstreckungsgericht in Fällen, in denen der Verurteilte ihm wegen einer der in den Artikeln 417/7, 417/10, 417/11 oder 417/13 bis 417/22 des Strafgesetzbuchs aufgeführten Taten zur Verfügung gestellt wird, die Freilassung unter Bewachung mit der Auflage verbinden, sich einer Begleitung oder Behandlung bei einer auf die Begleitung oder Behandlung von Sexualstraftätern spezialisierten Einrichtung zu unterziehen. Das Strafvollstreckungsgericht legt die Dauer des Zeitraums fest, für den sich der Verurteilte dieser Begleitung oder Behandlung unterziehen muss.

7.2. Autonome Bewährungsstrafe

Gemäß Artikel 37octies des Strafgesetzbuchs kann der Richter, wenn eine Tat eine Polizei- oder Korrekionalstrafe mit sich zieht, als Hauptstrafe eine autonome Bewährungsstrafe verhängen. Eine autonome Bewährungsstrafe umfasst die Pflicht, während eines bestimmten Zeitraums, der vom Richter festgelegt wird, bestimmte Auflagen zu erfüllen. Die Dauer dieser Strafe darf nicht weniger als sechs Monate und nicht mehr als zwei Jahre betragen. Der Richter kann Hinweise zum Inhalt der autonomen Bewährungsstrafe geben. Die verurteilte Person hat sich einer Begleitung durch einen Justizassistenten des Gerichtsbezirks zu unterziehen, in dem sie ihren Wohnort hat.

Der Richter sieht unter Berücksichtigung der für die Straftat vorgesehenen Strafen und des Gesetzes, auf dessen Grundlage die Strafe verhängt wurde, eine Freiheits- oder Geldstrafe vor, die bei Nichtvollstreckung der autonomen Bewährungsstrafe verhängt werden kann. Diese Strafe kann nicht für Taten verhängt werden, die, wenn sie nicht in Vergehen umgewandelt würden, mit einer Höchststrafe von mehr als 20 Jahren Freiheitsentzug für die in den Artikeln 417/12 bis 417/22 und den Artikeln 417/25 bis 417/41, 417/44 bis 417/47, 417/52 und 417/54 des Strafgesetzbuchs genannten Taten, wenn sie an Minderjährigen oder mithilfe von Minderjährigen begangen wurden, geahndet würden.

Die Vollstreckung der autonomen Bewährungsstrafe wird von der Bewährungskommission des Wohnortes des Verurteilten überwacht, welcher der Justizassistent Bericht erstattet. Innerhalb eines Monats nach der Bezeichnung des Justizassistenten und danach immer dann, wenn dieser es für sinnvoll erachtet oder wenn

die Kommission ihn darum bittet, mindestens aber alle sechs Monate, berichtet er der Bewährungskommission über die Einhaltung der Auflagen. Er schlägt gegebenenfalls Maßnahmen vor, die er für sinnvoll erachtet.

Die Bewährungskommission legt auf der Grundlage des Berichts des Justizassistenten, der den Verurteilten angehört hat, und unter Beachtung der vom Richter erteilten Hinweise den konkreten Inhalt der autonomen Bewährungsstrafe fest. Der konkrete Inhalt der autonomen Bewährungsstrafe wird in einer vom Verurteilten zu unterzeichnenden Vereinbarung mitgeteilt, von der ihm der Justizassistent eine Kopie aushändigt. Der Justizassistent übermittelt auch der Bewährungskommission innerhalb von drei Arbeitstagen eine Kopie der unterzeichneten Vereinbarung.

Wenn die Bewährungskommission der Ansicht ist, dass die autonome Bewährungsstrafe vollstreckt wurde, kann sie beschließen, dass die Bewährungsstrafe endet, auch wenn der vom Richter festgelegte Zeitraum noch nicht abgelaufen ist.

Bei vollständiger oder teilweiser Nichtvollstreckung der autonomen Bewährungsstrafe informiert der Justizassistent unverzüglich die Bewährungskommission. Diese lädt den Verurteilten vor und verfasst einen begründeten Bericht im Hinblick auf die Anwendung der Ersatzstrafe. In diesem Fall kann die Staatsanwaltschaft beschließen, die in der Gerichtsentscheidung vorgesehene Freiheits- oder Geldstrafe zu vollstrecken, und zwar unter Berücksichtigung der autonomen Bewährungsstrafe, die der Verurteilte bereits verbüßt hat.

Artikel 3

Die psychosozialen Teams, die in jeder Strafanstalt oder Abteilung zum Schutz der Gesellschaft vorhanden sind, sind spezialisiert. Sie sind multidisziplinär und setzen sich aus einem Psychiater, einem Psychologen, einem Sozialarbeiter und einem Gefängnisdirektor zusammen.

Die Aufgaben der psychosozialen Teams (siehe Rundschreiben 1629/XIII vom 12. Juli 1994) sind vielfältig und betreffen im Wesentlichen die Aufnahme, die Begleitung, die Krisenbewältigung und die Formulierung von Gutachten zu Verurteilten und Internierten, und zwar unter Berücksichtigung der Vollstreckungsmodalitäten der Strafe und der Internierung für die zuständigen Behörden. Sie werden in deutscher Sprache von einem Mitglied des psychosozialen Teams, durch eine dritte Person oder in Abwesenheit derer mit Hilfe eines Übersetzers wahrgenommen.

Es ist wichtig, die Sexualstraftäter für ihre Problematik zu sensibilisieren. In diesem Zusammenhang sind die spezialisierten psychosozialen Teams im Rahmen der psychosozialen Untersuchung damit beauftragt, im Strafvollzug eine individuelle Begleitung mit vorthérapeutischer Zielsetzung durchzuführen. Diese Begleitung erfolgt als Vorbereitung auf die Begleitung oder Behandlung nach dem Strafvollzug, die von den Begleitemen für Sexualstraftäter organisiert wird.

Artikel 4

Der Justizminister verpflichtet sich zur Finanzierung von Experten, die das Begleitemen für Sexualstraftäter unterstützen. Da die Deutschsprachige Gemeinschaft nur über ein einziges Begleitemen für Sexualstraftäter verfügt, kann dieses für jede Stellungnahme und jede Behandlung, die es durchführen soll, spezielle Unterstützung und einen fachlichen Austausch benötigen.

Die Experten können sowohl bei der Begleitung, den Stellungnahmen und der Behandlung für Einzelfälle als auch im Hinblick auf den Gesamtansatz und die wissenschaftliche Methodik eine unterstützende Rolle spielen.

Darüber hinaus können die Experten auch spezielle Schulungen anbieten und ihre Methoden auf Anfrage spezialisierten Teams zur Verfügung stellen. Sie erfüllen auch

Aufgaben der Begutachtung und Behandlung, die die Grundlage für die wissenschaftliche Forschung bilden.

Die Sexualstraftäter können auch an Experten verwiesen werden, um eine auf ihre Problematik zugeschnittene Begleitung außerhalb der Strafanstalt zu erhalten.

Artikel 5

Das Begleitteam für Sexualstraftäter wird vom Justizminister und vom Minister für Gesundheit entsprechend ihren jeweiligen Zuständigkeiten finanziert. Es unterstützt die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren (Justizassistenten, Experten).

Das Melden von Situationen, die ein ernsthaftes Risiko für Dritte darstellen, steht nicht im Widerspruch zum Grundsatz des Berufsgeheimnisses, sofern ein Notstand vorliegt, in dem höhere (moralische) Werte wie der Schutz der Gesellschaft mit der absoluten Pflicht zur Verschwiegenheit in Konflikt geraten (Cass. 13.5.1987). Die für den jeweiligen Fall zuständige Fachkraft muss den Schweregrad dieser Notlage einschätzen. Sie muss zwei widersprüchliche Interessen abwägen, nämlich das Berufsgeheimnis und die Gefahr für Dritte. Wenn die zuständige Fachkraft der Ansicht ist, dass eine Situation vorliegt, die eine ernsthafte Gefahr für Dritte darstellt, und die Begleitung keinen Ausweg aus dieser Situation bietet, verfasst sie einen Bericht für die zuständige Behörde (siehe Art. 1 Nummer 2 des Zusammenarbeitsabkommens). Diese Person informiert auch den Justizassistenten darüber. Es liegt in der Verantwortung der zuständigen Person, Maßnahmen zur Verhinderung von Rückfällen zu ergreifen.

Artikel 6

Die Justizassistenten sind dafür zuständig, den Betreffenden bei der Einhaltung der verhängten Auflagen zu unterstützen sowie diese zu kontrollieren. Sie überwachen die von der zuständigen Behörde erteilten Auflagen und arbeiten mit den verschiedenen beteiligten Akteuren zusammen, um eine koordinierte Begleitung rund um die Sexualstraftäter zu gewährleisten.

Neben den üblichen Aufgaben, die die Justizassistenten im Rahmen ihrer strafrechtlichen Aufgaben wahrnehmen, wird ihnen in Artikel 6 des Zusammenarbeitsabkommens eine zentrale Rolle bei der Kommunikation zwischen den verschiedenen beteiligten Akteuren zugewiesen. Sie nehmen eine Schlüsselposition ein, indem sie zwischen den Justizbehörden, den Experten, den Begleitteams und dem Betreffenden stehen.

Artikel 7

Ein Begleitausschuss bewertet jedes Jahr die Umsetzung dieses Zusammenarbeitsabkommens. Der Ausschuss besteht aus sechs Mitgliedern, von denen zwei vom Justizminister, zwei vom Minister für Gesundheit und zwei vom Minister für das Justizhaus ernannt werden. Für jedes Mitglied werden außerdem ein oder zwei Stellvertreter ernannt. Es wird ein rotierender Vorsitz und ein rotierendes Sekretariat organisiert. Die organisatorischen Modalitäten liegen im Ermessen des Begleitausschusses, der diese in seiner ersten Sitzung in der internen Geschäftsordnung festlegt.

Die jährliche Bewertung dieses Zusammenarbeitsabkommens soll es ermöglichen, die unternommenen Anstrengungen im Hinblick auf einen kohärenten und koordinierten Ansatz für die Problematik der Sexualstraftäter anzupassen. Zu diesem Zweck kann der Begleitausschuss ein externes Audit organisieren, um den Verlauf in der Praxis konkret zu bewerten.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einziges Artikel

Dieser Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern

Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen



O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen



A. ANTONIADIS

ANLAGE

**Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föederalstaat und der Deutschsprachigen
Gemeinschaft über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern**

Als Anlage separat beigefügt.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor Gezondheid en Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET
SAMENWERKINGSAKKOORD TUSSEN DE FEDERALE STAAT EN DE DUITSTALIGE
GEMEENSCHAP INZAKE DE BEGELEIDING EN BEHANDELING VAN DADERS VAN
SEKSUEEL MISBRUIK**

INHOUD

Dit decreet strekt ertoe instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en de Duitstalige Gemeenschap inzake de begeleiding en behandeling van daders van seksueel misbruik.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van het enige artikel.....	13
Voorontwerp	14
Bijlagen	
Samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en de Duitstalige Gemeenschap inzake de begeleiding en behandeling van daders van seksueel misbruik.....	15

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving

De samenwerkingsakkoorden inzake de begeleiding en de behandeling van daders van seksueel misbruik (DSM) van 8 oktober 1998 en 13 april 1999 werden afgesloten met het Waals Gewest, Vlaams Gewest en Brussels Hoofdstedelijk Gewest. De Duitstalige Gemeenschap werd niet erbij betrokken, hoewel die nochtans bevoegd is inzake mentale gezondheidszorg. Er moet dan ook een akkoord worden afgesloten tussen de federale staat en de Duitstalige Gemeenschap om te zorgen voor de begeleiding van de betrokken DSM's.

Bovendien moet er rekening worden gehouden met de gevolgen van de zesde staatshervorming, die op 1 juli 2014 in werking is getreden en heeft geleid tot de overheveling van de justitiehuisen van de federale staat naar de gemeenschappen. De Duitstalige Gemeenschap wordt dan ook de facto een wezenlijke partner gelet op de centrale rol die de justitieassistenten krijgen in het systeem dat door de akkoorden wordt ingevoerd.

De algemene doelstelling van de minister van Justitie is de wet te doen naleven en toe te passen, de recidive te voorkomen en de (re-)integratie van de delinquent in de samenleving te bevorderen en tegelijk de stigmatisering te voorkomen.

De algemene doelstelling van de minister van Gezondheid van de Duitstalige Gemeenschap is het welzijn, de gezondheid en de harmonische ontplooiing van de personen te bevorderen en te voorkomen dat daaraan afbreuk wordt gedaan.

De algemene doelstelling van de minister van het Justitiehuis van de Duitstalige Gemeenschap is te zorgen voor de begeleiding van de DSM's in het kader van de door de gerechtelijke overheden toevertrouwde mandaten.

Dit samenwerkingsakkoord is gebaseerd op een overleg en consensus met betrekking tot de doelgroep, organisatie en middelen. Die samenwerking houdt rekening met de verdeling van de taken op grond van de specifieke bevoegdheden van de betrokken partijen.

De samenwerking tussen de bevoegde diensten van de minister van Justitie, de minister van Justitiehuis en de minister van Gezondheid van de Duitstalige Gemeenschap die reeds bestaat in het veld, wordt geformaliseerd en gestructureerd. Ze beantwoordt aan een behoefte aan transversaliteit tussen de verschillende betrokken diensten.

De middelenverbintenis kadert de taken en verantwoordelijkheden van de partijen ten aanzien van de ten laste genomen persoon. Elke partij is op de hoogte van elkaars rechten en verantwoordelijkheden, zodat de samenwerking op optimale wijze kan gebeuren. De keuze voor de term "middelenverbintenis" verwijst naar het engagement van elk van de partijen om alles in het werk te stellen om de sociale integratie van de betrokkene te bevorderen en de herhaling van strafbare feiten, waaronder het seksueel misbruik, te voorkomen. Die partijen kunnen het resultaat van hun actie niet garanderen (in tegenstelling tot de resultaatsverbintenis).

De samenwerking beoogt inzonderheid de toepassing van de wet van 13 april 1995 betreffende seksueel misbruik ten aanzien van minderjarigen, maar eveneens van de bepalingen opgenomen in de wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie

van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten, de wet van 5 mei 2014 betreffende de internering, de wet van 29 juni 1964 betreffende de opschorting, het uitstel en de probatie, de wet van 20 juli 1990 betreffende de voorlopige hechtenis, artikel 216ter van het Wetboek van Strafvordering betreffende de bemiddelingsprocedure en maatregelen, artikel 37octies van het Strafwetboek houdende de autonome probatiestraf enz.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikel 2

Onder dader van seksueel misbruik wordt verstaan iedere persoon die de artikelen 417/7 tot 417/22, 417/24 tot 417/41, 417/44 tot 417/47 en 417/51 tot 417/54 van het Strafwetboek heeft overtreden of ervan wordt verdacht een of meer van de daden vermeld in die artikelen te hebben gepleegd.

Overzicht van de verschillende wettelijke kaders:

1. Wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten

1.1. Voorwaardelijke invrijheidstelling

De voorwaardelijke invrijheidstelling is een uitvoeringsmodaliteit van een vrijheidsbenemende straf waarbij de strafuitvoeringsrechter (SUR) of de strafuitvoeringsrechtbank (SURB) toekent dat een veroordeelde zijn straf buiten de gevangenis ondergaat, mits naleving van de voorwaarden gedurende een bepaalde termijn. Zes maanden voordat de veroordeelde zich in de bij artikel 25, § 1 of § 2, bepaalde tijdsvoorwaarden bevindt, of onmiddellijk indien die termijn niet kan worden nageleefd, licht de directeur hem schriftelijk in over de mogelijkheid tot het aanvragen van een voorwaardelijke invrijheidstelling. De veroordeelde kan vanaf dat tijdstip een schriftelijk verzoek tot toekenning van een voorwaardelijke invrijheidstelling indienen. Na indiening van de procedure beschikt de directie over een termijn van twee maanden om het verzoek tot voorwaardelijke invrijheidstelling te formuleren, met inbegrip van het met redenen omkleed advies van een dienst die gespecialiseerd is in de diagnostische expertise van seksuele delinquenten voor de veroordeelden die een straf ondergaan voor zedenfeiten, waarin wordt beoordeeld of het noodzakelijk is om een behandeling op te leggen.

De SUR of de SURB kent de voorwaardelijke invrijheidstelling toe, indien hij na de lezing van de verschillende verslagen waarover hij beschikt, vaststelt dat de bij wet bepaalde voorwaarden zijn vervuld. In geval van beslissing tot toekenning vermeldt de rechter of de rechtbank in zijn vonnis de lijst van de voorwaarden die aan de voorwaardelijke invrijheidstelling verbonden zijn. Hij kan als voorwaarde opleggen dat een begeleiding of een behandeling moet worden gevolgd bij een dienst die gespecialiseerd is in de begeleiding of behandeling van daders van seksueel misbruik. Hij legt eveneens de duur van de begeleiding of behandeling vast.

Een justitieassistent wordt aangewezen die moet toezien op de naleving van de opgelegde voorwaarden en regelmatig aan de rechter of de rechtbank verslag moet uitbrengen over de wijze waarop de maatregel van voorwaardelijke invrijheidstelling verloopt.

1.2. Beperkte detentie

Beperkte detentie biedt een veroordeelde tot een gevangenisstraf de mogelijkheid de gevangenis op regelmatige wijze te verlaten gedurende maximum zestien uur per dag. De SUR of de SURB kan ze aan de veroordeelde toekennen om zijn professionele, opleidings- of familiale belangen te behartigen die zijn aanwezigheid buiten de gevangenis vereisen.

De beperkte detentie kan worden toegekend aan de veroordeelde die zich op zes maanden na in de tijdsvoorwaarden voor de toekenning van de voorwaardelijke invrijheidstelling bevindt en voor zover er in hoofde van de veroordeelde geen tegenaanwijzingen bestaan.

Wanneer een beperkte detentie wordt toegekend aan de veroordeelde zendt de SUR of de SURB het vonnis over aan het bevoegde justitiehuis, opdat een justitieassistent wordt aangewezen om te zorgen voor de justitiële begeleiding. Tijdens een eerste gesprek zal de justitieassistent het kader van de maatregel van beperkte detentie uitleggen en met de persoon de uurregeling vaststellen die op grond van de door de SUR of de SURB opgelegde voorwaarden moet worden nageleefd. De uurregeling omvat de uren buiten en binnen de gevangenis. De persoon in beperkte detentie kan gebruik maken van penitentiaire verloven indien hij daartoe een verzoek heeft ingediend en de SUR of de SURB die toekent. Die laatste legt het aantal en de frequentie ervan vast. Voor de duur van de beperkte detentie worden regelmatige gesprekken vastgelegd met de justitieassistent om informatie te verstrekken over de invoering van de voorwaarden en om de vereiste ondersteuning te verlenen bij de verwezenlijking van de uit te voeren stappen. De justitieassistent controleert eveneens of de voorwaarden worden nageleefd en houdt de SUR of de SURB regelmatig op de hoogte van het verloop van de maatregel van beperkte detentie.

1.3. Elektronisch toezicht

Het elektronisch toezicht biedt de mogelijkheid om een vrijheidsbenemende straf gedeeltelijk of volledig buiten de gevangenis uit te zitten. De persoon is gebonden aan een uurregeling die is vastgesteld door het departement Justitiehuis van het ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. De naleving ervan wordt onder andere via elektronische middelen gecontroleerd.

Het elektronisch toezicht kan worden toegekend aan een veroordeelde die zich op zes maanden na in de tijdsvoorwaarden voor de toekenning van de voorwaardelijke invrijheidstelling bevindt en voor zover er in hoofde van de veroordeelde geen tegenaanwijzingen bestaan.

Voor de volledige duur van het elektronisch toezicht worden regelmatige gesprekken vastgelegd met het departement Justitiehuis van het ministerie van de Duitstalige Gemeenschap om informatie te geven over de invoering van de voorwaarden en om de vereiste ondersteuning te verlenen bij de verwezenlijking van de uit te voeren stappen en de naleving van het uurrooster. De justitieassistent controleert eveneens of de voorwaarden worden nageleefd en houdt de SUR of de SURB regelmatig op de hoogte van het verloop van de maatregel van elektronisch toezicht.

1.4. Voorlopige invrijheidstelling van veroordeelden om medische redenen

Over de voorlopige invrijheidstelling om medische redenen wordt door de SUR beslist. Deze invrijheidstelling houdt in dat de tenuitvoerlegging van de vrijheidsstraf wordt opgeschort. De SUR kan aan de veroordeelde bij wie is vastgesteld dat hij zich in de terminale fase van een ongeneeslijke ziekte bevindt of bij wie is vastgesteld dat zijn detentie onverenigbaar is met zijn gezondheidstoestand, een voorlopige invrijheidstelling om medische redenen toekennen.

De SUR verbindt aan de beslissing tot toekenning van een voorlopige invrijheidstelling om medische redenen de algemene voorwaarde dat de veroordeelde geen nieuwe strafbare feiten mag plegen. Hij kan ook bijzondere voorwaarden bepalen; de begeleiding wordt in dat geval toevertrouwd aan een justitieassistent.

1.5. Voorlopige invrijheidstelling met het oog op verwijdering van het grondgebied of met het oog op overlevering voor personen die veroordeeld zijn tot maximaal drie jaar effectieve straf

Deze strafuitvoeringsmodaliteit is van toepassing op veroordeelde vreemdelingen die ofwel niet in het bezit zijn van een geldige verblijfsvergunning ofwel niet in het bezit zijn van een nog niet vervallen verblijfsvergunning of een vergunning om zich te vestigen. Ze is ook van toepassing op de veroordeelde vreemdelingen die het voorwerp uitmaken van een verzoek tot uitlevering of overlevering. Ze kan worden toegekend door de SUR of de SURB voor zover de veroordeelde een derde van zijn straffen heeft ondergaan en er in zijn hoofde geen tegenaanwijzingen bestaan.

Zes maanden voordat de veroordeelde zich in de tijdsvoorwaarden bevindt, licht de gevangenisdirecteur hem schriftelijk in over de mogelijkheid tot het aanvragen van een voorlopige invrijheidstelling met het oog op verwijdering van het grondgebied of met het oog op overlevering. De veroordeelde kan vanaf dat moment een schriftelijk verzoek tot toekenning van een voorlopige invrijheidstelling met het oog op verwijdering van het grondgebied of met het oog op overlevering indienen bij de griffie van de gevangenis. De gevangenisdirecteur brengt ten laatste vier maanden na de ontvangst van het schriftelijk verzoek een advies uit.

2. Wet van 5 mei 2014 betreffende de internering

De internering van personen die aan een geestesstoornis lijden die hun oordeelsvermogen of de controle over hun daden tenietdoet of ernstig aantast is een veiligheidsmaatregel die er tegelijkertijd toe strekt de maatschappij te beschermen en ervoor te zorgen dat aan de geïnterneerde persoon de zorg wordt verstrekt die zijn toestand vereist met het oog op zijn re-integratie in de maatschappij. Enkel feiten die een aantasting van de fysieke of psychische integriteit van een derde hebben veroorzaakt, kunnen thans leiden tot een internering.

In artikel 2 van de wet is bepaald dat de geïnterneerde persoon de nodige zorg zal worden aangeboden om een menswaardig leven te leiden. De zorg moet gericht zijn op een maximaal haalbare vorm van maatschappelijke re-integratie en moet in de mate van het mogelijke worden verleend via een zorgtraject waarin aan de geïnterneerde persoon zorg op maat wordt geboden.

In artikel 5 van de wet is bepaald dat de onderzoeksrechter of de onderzoeks- of vonnisgerechten een forensisch psychiatrisch deskundigenonderzoek bevelen teneinde na te gaan of desgevallend, indien de tenlastelegging betrekking heeft op de in de artikelen 417/7 tot 417/22, 417/24 tot 417/41, 417/44 tot 417/47 en 417/51 tot 417/54 van het Strafwetboek bedoelde feiten, gepleegd op minderjarigen of met hun deelneming, de noodzaak bestaat om een gespecialiseerde begeleiding of behandeling op te leggen.

Nadat de correctionele rechtbank, het hof van assisen of de raadkamer heeft beslist tot internering, zorgt de kamer voor de bescherming van de maatschappij voor de tenuitvoerlegging van die beslissing. De kamer voor de bescherming van de maatschappij is een gespecialiseerde kamer van de SURB die zal beslissen of er wordt overgegaan tot plaatsing in een instelling (en in welke instelling) of tot toekenning van een modaliteit van uitvoering van de internering.

De wet voorziet in verschillende modaliteiten van uitvoering van de internering: de invrijheidstelling op proef, de beperkte detentie en het elektronisch toezicht. De invrijheidstelling op proef is een modaliteit van uitvoering van de beslissing tot internering waardoor de geïnterneerde persoon de hem opgelegde veiligheidsmaatregel ondergaat in een residentieel of ambulant zorgtraject mits hij de voorwaarden naleeft die hem gedurende de proeftermijn worden opgelegd. Beperkte detentie biedt de geïnterneerde persoon de mogelijkheid om op regelmatige wijze de inrichting of de gevangenis te verlaten

gedurende maximaal zestien uur per dag. Ze kan aan de geïnterneerde persoon worden toegekend om therapeutische, professionele, opleidings- of familiale belangen te behartigen die zijn aanwezigheid buiten de inrichting vereisen. Het elektronisch toezicht is een modaliteit van uitvoering van de beslissing tot internering waardoor de geïnterneerde persoon de hem opgelegde veiligheidsmaatregel buiten de inrichting ondergaat volgens een bepaald uitvoeringsplan, waarvan de naleving meer bepaald door elektronische middelen wordt gecontroleerd.

In het kader van deze drie modaliteiten van uitvoering van de internering wordt aan een justitieassistent de taak gegeven om de geïnterneerde persoon op te volgen. De taak van de justitieassistent bestaat erin de justitiabele te begeleiden om recidive te voorkomen en zijn maatschappelijke re-integratie te ondersteunen, zulks door de justitiabele te helpen om zijn voorwaarden na te leven en door de naleving van de voorwaarden te controleren. Tijdens de volledige duur van de begeleiding wordt bijzondere aandacht besteed aan de continuïteit of de uitvoering van het zorgtraject in het licht van de filosofie van de wet. Daartoe werkt de justitieassistent samen met het netwerk voor geestelijke gezondheidszorg.

De persoon of dienst die de taak om de betrokkene te begeleiden of te behandelen aanneemt, brengt de justitieassistent, binnen een maand na de toekenning van de modaliteit en telkens die persoon of dienst het nuttig acht, op verzoek van de kamer voor de bescherming van de maatschappij en ten minste om de zes maanden, verslag uit over de opvolging van de begeleiding of de behandeling. Het verslag betreft de volgende punten: de daadwerkelijke aanwezigheden van de betrokkene op de voorgestelde raadplegingen, zijn ongewettigde afwezigheden, het eenzijdig stopzetten van de begeleiding of behandeling door de betrokkene, de moeilijkheden die bij de uitvoering daarvan zijn gerezen en de situaties met een ernstig risico voor derden.

3. Wet van 29 juni 1964 betreffende de opschorting, het uitstel en de probatie

Krachtens deze wet kan de rechter het uitspreken van een effectieve gevangenisstraf vermijden door de uitspraak van de veroordeling op te schorten. Bij een veroordeling kan hij ook de tenuitvoerlegging van de straf uitstellen. Aan die maatregelen kunnen voor een periode van een tot vijf jaar bijzondere voorwaarden worden verbonden (probatieopschorting en probatieuitstel).

Op verzoek van de verdachte of met zijn instemming kan de magistraat een maatschappelijke enquête over zijn gedragingen en zijn milieu doen instellen door een justitieassistent.

De probatiecommissie van de woonplaats van de betrokkene ziet toe op de uitvoering ervan. De justitieassistent brengt binnen een maand na zijn aanwijzing en verder telkens als hij het nuttig acht of telkens als de commissie hem erom verzoekt, en ten minste om de zes maanden, verslag uit aan de probatiecommissie.

Indien de betrokkene veroordeeld is wegens een of meerdere feiten gepleegd op minderjarigen of met hun deelneming, winnen de bevoegde gerechten het met redenen omklede advies in van een dienst gespecialiseerd in de begeleiding of de behandeling van seksuele delinquenten, alvorens een probatiemaatregel op te leggen.

Indien de opschorting van de uitspraak van de veroordeling of het uitstel van de strafuitvoering afhankelijk wordt gesteld van een probatiemaatregel die bestaat in het volgen van een begeleiding of behandeling, nodigt de probatiecommissie, na in voorkomend geval kennis te hebben genomen van het voornoemde met redenen omklede advies, de betrokkene uit een erkende dienst die gespecialiseerd is in de begeleiding van DSM's te kiezen. Die dienst moet telkens als de dienst of persoon het nuttig acht, of op verzoek van de commissie en ten minste om de zes maanden, verslag uitbrengen over de begeleiding of de behandeling. Het verslag betreft de volgende punten: de daadwerkelijke aanwezigheden van de betrokkene op de voorgestelde raadplegingen, de ongewettigde afwezigheden, het eenzijdig stopzetten van de begeleiding of behandeling door de betrokkene, de

moeilijkheden die bij de uitvoering daarvan zijn gerezen en de situaties met een ernstig risico voor derden.

4. Wet van 20 juli 1990 betreffende de voorlopige hechtenis: vrijheid onder voorwaarden

In de gevallen waarin voorlopige hechtenis kan worden bevolen of gehandhaafd onder de in artikel 16, § 1, van de wet van 20 juli 1990 bepaalde voorwaarden, kan de onderzoeksrechter ambtshalve, op vordering van het openbaar ministerie of op verzoek van de verdachte, de betrokkene in vrijheid laten onder oplegging van een of meer voorwaarden voor de tijd die hij bepaalt en maximum voor drie maanden. Hij kan de betrokkene bijvoorbeeld verbieden om een activiteit uit te oefenen waarbij hij in contact zou komen met minderjarigen. Met het oog op de bepaling van de voorwaarden, kan de onderzoeksrechter een justitieassistent de taak geven een beknopt voorlichtingsrapport op te stellen of een maatschappelijke enquête uit te voeren. De rechter bepaalt de op te leggen voorwaarden. Indien de voorwaarden het volgen van een begeleiding of een behandeling opleggen, nodigt de onderzoeksrechter, het onderzoeksgerecht of het vonnisgerecht de in verdenking gestelde uit om een bevoegde persoon of dienst te kiezen. Die keuze wordt aan de rechter of het gerecht ter goedkeuring voorgelegd. Deze dienst of persoon die de taak aanneemt, brengt aan de rechter of aan het gerecht en aan de justitieassistent die met de ondersteuning met het oog op de naleving van de voorwaarden is belast, binnen de maand na de invrijheidstelling en telkens als die dienst of persoon het nuttig acht, of op verzoek van de rechter of van het gerecht en ten minste om de twee maanden, verslag uit over de begeleiding of de behandeling. De bevoegde dienst of de bevoegde persoon moet de rechter of het gerecht op de hoogte brengen van het stopzetten van de begeleiding of de behandeling.

5. Artikel 216ter van het Wetboek van Strafvordering met betrekking tot het verval van de strafvordering door de uitvoering van maatregelen en de naleving van voorwaarden

Deze wet vervangt de bemiddeling in strafzaken door 'het verval van de strafvordering door de uitvoering van maatregelen en de naleving van voorwaarden' (afgekort 'VSMV'). In het dagelijks taalgebruik spreken we over de procedure 'bemiddeling en maatregelen'. Het betreft een alternatief voor vervolging dat kan worden voorgesteld in alle stadia van de gerechtelijke procedure wanneer het gepleegde feit niet kan worden gestraft met een gevangenisstraf van meer dan twee jaar. De beoogde doelstelling is om de veroorzaakte schade te herstellen, ongeacht of dat jegens een geïdentificeerd slachtoffer of jegens de gemeenschap in haar geheel is.

De procureur des Konings bepaalt of een dossier al dan niet naar de procedure 'bemiddeling en maatregelen' wordt verwezen.

De procureur des Konings kan de verdachte met name verzoeken, op voorwaarde dat die in voorkomend geval zijn burgerlijke aansprakelijkheid voor het feit erkent, om een geneeskundige behandeling of iedere andere passende therapie te volgen gedurende een termijn die een jaar niet mag overschrijden. Wanneer de verdachte instemt met de voorgestelde voorwaarden, deelt de procureur des Konings zijn beslissing tot uitvoering mee aan het justitiehuis van de verblijfplaats van de verdachte, dat dan onverwijld een justitieassistent aanwijst die wordt belast met de uitwerking en met de opvolging van de maatregelen. De verdachte en de justitieassistent werken een voorstel van concrete invulling van de voorgestelde maatregelen en voorwaarden uit, dat wordt vastgelegd in een overeenkomst die door de verdachte wordt aanvaard en ondertekend.

Indien de procureur des Konings zich hiermee akkoord verklaart, ondertekent hij ook de overeenkomst. De justitieassistent staat in voor de opvolging van en het toezicht op de uitvoering van de maatregelen. Wanneer de betrokkene voldoet aan de opgelegde maatregelen en hij zijn verbintenissen is nagekomen, stelt de procureur des Konings het verval van de strafvordering vast voor de in het kader van deze procedure behandelde

feiten en wordt er voor die feiten geen vervolging ingesteld voor een rechtbank. Het misdrijf wordt niet opgenomen in het strafregister. Indien de procedure onderbroken werd of niet voleindigd werd, beslist de procureur des Konings welk gevolg er aan het dossier wordt gegeven.

Overeenkomstig COL nr. 01/2021 inzake het verval van de strafvordering door uitvoering van maatregelen en de naleving van voorwaarden is deze maatregel aangewezen wanneer er een oorzakelijk verband kan worden aangetoond tussen enerzijds het gestelde delinquent gedrag en anderzijds een of meerdere probleemsituaties in het leven van de betrokkene. Indien het misdrijf in het kader waarvan de procedure wordt opgestart van seksuele aard is, moet steeds een therapeutische behandeling (of een vorming) opgelegd worden die specifiek op deze problematiek is gericht. De therapie houdt geen resultaatsverbintenis in. Wel wordt van de verdachte verwacht dat hij afspraken nakomt en alles in het werk stelt om de behandelingen te volgen.

6. Ministeriële omzendbrief van 15 juli 2015 inzake de voorlopige invrijheidstelling

De voorlopige invrijheidstelling wordt toegekend aan veroordeelden die een of meer vrijheidsstraffen ondergaan waarvan het uitvoerbaar gedeelte drie jaar of minder bedraagt. De voorlopige invrijheidstelling kan worden toegekend aan definitief veroordeelden die minstens één veroordeling ondergaan voor feiten zoals bedoeld in de artikelen 417/7 tot 417/22, 417/24 tot 417/41, 417/44 tot 417/47 en 417/51 tot 417/54 van het Strafwetboek indien ze gepleegd werden op minderjarigen of met hun deelneming, zodra de veroordeelde in de tijdsvoorwaarden bepaald in de omzendbrief verkeert, en voor zover er in hoofde van de veroordeelde geen contra-indicaties bestaan.

Zodra het vonnis is gewezen, verzamelt de gevangenisdirecteur de informatie die hij nodig acht en de informatie omtrent het slachtoffer. Voor veroordeelden voor wie het totaal aan in uitvoering zijnde hoofdgevangenisstraffen niet meer dan een jaar bedraagt, kan de directeur de gespecialiseerde psychosociale teams vragen een advies op te stellen. Dat advies is gericht op de problematiek die zich voordoet naar aanleiding van de feiten en op specifieke aandachtspunten waaraan gewerkt moet worden in de eventuele voor te stellen begeleiding met het oog op het beperken van de recidive en in het belang van de slachtoffers. Voor veroordeelden voor wie het totaal aan in uitvoering zijnde hoofdgevangenisstraffen meer dan een jaar bedraagt, stellen de gespecialiseerde psychosociale teams een gespecialiseerd advies op en stellen ze een begeleiding voor wanneer ze dit noodzakelijk achten en bereiden ze deze voor. De directeur maakt het voorstel over aan de directie Detentiebeheer, die een gemotiveerde beslissing neemt omtrent het al dan niet toekennen van de voorlopige invrijheidstelling. Er kunnen geïndividualiseerde bijzondere voorwaarden (bv. het volgen van een behandeling) worden opgelegd indien die absoluut noodzakelijk zijn om het risico op recidive te beperken of indien die noodzakelijk zijn in het belang van het slachtoffer. De directeur overhandigt een afschrift van de beslissing aan de gedetineerde, legt hem de inhoud en de consequenties ervan uit en laat hem het tekenen voor ontvangst en, indien er voorwaarden zijn opgelegd, voor akkoord. Indien de gedetineerde de voorwaarden weigert, wordt hij niet in vrijheid gesteld. Wanneer de beslissing tot voorlopige invrijheidstelling wordt uitgevoerd, wordt een justitieassistent aangewezen voor de opvolging. Wanneer er geïndividualiseerde voorwaarden zijn opgelegd, zal de begeleiding een duurtijd hebben die gelijk is aan de duur van de vrijheidsstraf die de veroordeelde nog moest ondergaan (strafrestant) op de dag van de invrijheidstelling, met een minimum van één jaar.

7. Strafwetboek

7.1. Terbeschikkingstelling van de strafuitvoeringsrechtbank

Krachtens de artikelen 34bis, 34ter en 34quater van het Strafwetboek wordt de terbeschikkingstelling van de SURB omschreven als een bijkomende straf die in de door de wet bepaalde gevallen moet of kan worden uitgesproken met het oog op de bescherming van de maatschappij tegen personen die bepaalde ernstige strafbare feiten plegen die de integriteit van personen aantasten. Deze bijkomende straf gaat in na het verstrijken van de hoofdgevangenisstraf of van de opsluiting en kan worden uitgesproken voor een periode van minimum vijf en maximum vijftien jaar, inzonderheid in het kader van veroordelingen op grond van de artikelen 417/7, 417/10, 417/11, 417/13 tot 417/22 van het Strafwetboek. De directeur van de penitentiaire inrichting, indien de veroordeelde gedetineerd is, brengt uiterlijk vier maanden voor het verstrijken van de straf een gemotiveerd advies tot vrijheidsbeneming of invrijheidstelling onder toezicht uit waarin hij de bijzondere voorwaarden vermeldt die hij nodig acht op te leggen aan de veroordeelde. Volgens artikel 95/3 van de wet van 17 mei 2006 moet het advies, indien de veroordeelde een straf ondergaat voor feiten bedoeld in de artikelen 417/7 tot 417/22, 417/24 tot 417/41, 417/44 tot 417/47 en 417/51 tot 417/54 en 433quater/1 tot 433quater/7 van het Strafwetboek indien ze gepleegd werden op minderjarigen of met hun deelneming, worden ingediend samen met een met redenen omkleed advies van een dienst die gespecialiseerd is in de diagnostische expertise van seksuele delinquenten. Dit advies omvat een beoordeling van de noodzaak om een behandeling op te leggen. Indien de veroordeelde ter beschikking van de SURB is gesteld voor een van de feiten bedoeld in de artikelen 417/7, 417/10, 417/11, 417/13 tot 417/22 van het Strafwetboek, kan de SURB overigens aan de toekenning van de invrijheidstelling onder toezicht de voorwaarde verbinden van het volgen van een begeleiding of behandeling bij een dienst die in de begeleiding of de behandeling van DSM's is gespecialiseerd. De SURB bepaalt de termijn gedurende welke de veroordeelde deze begeleiding of behandeling moet volgen.

7.2. Autonome probatiestraf

Krachtens artikel 37octies van het Strafwetboek kan de rechter, indien een feit van die aard is om door een politiestraf of een correctionele straf gestraft te worden, als hoofdstraf een autonome probatiestraf opleggen. Een autonome probatiestraf bestaat uit de verplichting bijzondere voorwaarden na te leven gedurende een bepaalde termijn, die door de rechter wordt bepaald. De duur van deze straf bedraagt minstens zes maanden en ten hoogste twee jaar. De rechter kan aanwijzingen geven omtrent de invulling van de autonome probatiestraf. De veroordeelde wordt onderworpen aan een justitiële begeleiding die wordt uitgeoefend door een justitieassistent van het gerechtelijk arrondissement van zijn verblijfplaats.

De rechter voorziet, binnen de perken van de op het misdrijf gestelde straffen, alsook van de wet op grond waarvan de zaak voor hem werd gebracht, in een gevangenisstraf of in een geldboete die van toepassing kan worden ingeval de autonome probatiestraf niet wordt uitgevoerd. Deze straf mag niet worden uitgesproken voor de feiten die strafbaar zouden zijn met een maximumstraf van meer dan twintig jaar opsluiting als ze niet in wanbedrijven werden omgezet voor de feiten zoals bedoeld in de artikelen 417/12 tot 417/22 van het Strafwetboek en de artikelen 417/25 tot 417/41, 417/44 tot 417/47, 417/52 en 417/54 van het Strafwetboek indien de feiten zijn gepleegd op of met behulp van minderjarigen.

Op de tenuitvoerlegging van de autonome probatiestraf wordt toegezien door de probatiecommissie van de verblijfplaats van de veroordeelde waaraan de justitieassistent rapporteert. Binnen een maand na de aanwijzing van de justitieassistent, en verder telkens als deze het nuttig acht of telkens als de commissie hem erom verzoekt, en tenminste om de zes maanden, brengt hij verslag uit aan de probatiecommissie over de naleving van de voorwaarden. Hij stelt, in voorkomend geval, de maatregelen voor die hij nodig acht.

De probatiecommissie bepaalt de concrete invulling van de autonome probatiestraf, op basis van het verslag van de justitieassistent die de veroordeelde heeft gehoord en met

naleving van de door de rechter gegeven aanwijzingen. De concrete invulling van de autonome probatiestraf wordt vastgelegd in een door de veroordeelde te ondertekenen overeenkomst waarvan de justitieassistent hem een kopie overhandigt. De justitieassistent deelt eveneens een kopie van de ondertekende overeenkomst mee aan de probatiecommissie binnen de drie werkdagen.

Indien de probatiecommissie van oordeel is dat de autonome probatiestraf ten uitvoer is gelegd, kan zij beslissen dat deze een einde neemt, zelfs als de door de rechter bepaalde termijn nog niet is verstreken.

Ingeval de autonome probatiestraf niet of slechts gedeeltelijk wordt uitgevoerd, meldt de justitieassistent dit onverwijld aan de probatiecommissie. Die laatste roept de veroordeelde dan op en stelt een met redenen omkleed verslag op met het oog op de toepassing van de vervangende straf. In dit geval kan het openbaar ministerie beslissen de in de rechterlijke beslissing voorziene gevangenisstraf of geldboete uit te voeren, waarbij rekening wordt gehouden met de autonome probatiestraf die reeds door de veroordeelde is uitgevoerd.

Artikel 3

De psychosociale teams aanwezig binnen elke penitentiare inrichting of afdeling tot bescherming van de maatschappij zijn gespecialiseerde teams. Ze hebben een multidisciplinair karakter en zijn samengesteld uit psychiaters, psychologen, maatschappelijk assistenten en een gevangenisdirecteur.

Ze vervullen velerlei taken (zie omzendbrief 1629/XIII van 12 juli 1994), die voornamelijk verband houden met opvang, begeleiding, crisisbeheer en advisering met betrekking tot veroordeelden en geïnterneerden – zulks in het kader van de internerings- en strafuitvoeringsmodaliteiten – ten behoeve van de bevoegde overheden. Ze worden in de Duitse landstaal verzekerd door een lid van het psychosociale team, in delegatie aan een derde persoon of via een vertaler.

Het is zaak de DSM bewust te maken van zijn problematiek. In dat verband verzorgen de gespecialiseerde psychosociale teams in het kader van psychosociaal onderzoek een intrapenitentiare individuele begeleiding van pretherapeutische strekking. Deze begeleiding gebeurt ter voorbereiding van de postpenitentiare begeleiding of behandeling, georganiseerd door de teams voor de opvolging van DSM's.

Artikel 4

De minister van Justitie verbindt zich tot het subsidiëren van deskundigen die ondersteuning bieden aan het team voor de opvolging van DSM's. Vermits de Duitstalige Gemeenschap over een enkel team voor de opvolging van DSM's beschikt, kan een gespecialiseerde ondersteuning en uitwisseling gevraagd worden voor elk advies en behandeling die het geacht wordt te verrichten.

De deskundigen kunnen in dit verband een ondersteunende rol vervullen, zowel met betrekking tot de begeleiding en behandeling van de individuele gevallen als met betrekking tot de globale aanpak en de wetenschappelijke methodologie.

Voorts kunnen de deskundigen ook een specifieke opleiding aanbieden en hun methodologie ter beschikking stellen van de gespecialiseerde teams die daaraan behoefte hebben. Ze vervullen tevens advies- en behandelingstaken, grondslag van het wetenschappelijk onderzoek.

De DSM's kunnen ook naar deskundigen worden doorverwezen met het oog op extra-penitentiare begeleiding die is afgestemd op hun problematiek.

Artikel 5

Het team voor de opvolging van DSM's wordt gesubsidieerd door de minister van Justitie en de minister van Gezondheid, naargelang hun respectieve bevoegdheden. Het team ondersteunt de samenwerking tussen de partners (justitieassistenten, deskundigen).

Het signaleren van situaties die een ernstig risico voor derden inhouden, druist niet in tegen het principe van het beroepsgeheim, voor zover men kan spreken van een noodtoestand waarin hogere (morele) waarden zoals de bescherming van de maatschappij, in conflict treden met de absolute vertrouwelijkheidsplicht (Cass. 13.5.1987). De professional die is belast met het dossier moet de graad van ernst van die noodtoestand beoordelen. Hij moet een afweging maken van twee tegenstrijdige belangen, namelijk zijn beroepsgeheim en het gevaar voor derden. Indien hij van oordeel is dat het gaat om een situatie met een ernstig risico voor derden en dat de begeleiding geen oplossing voor die situatie biedt, dan stelt hij een verslag op voor de bevoegde overheid (zie art. 1, 2° van het samenwerkingsakkoord). Tevens brengt hij de justitieassistent daarvan op de hoogte. De persoon belast met het dossier behoort maatregelen te nemen ter voorkoming van recidive.

Artikel 6

De justitieassistenten dienen de justitiabele bij te staan bij de naleving van de opgelegde voorwaarden en zijn belast met het toezicht hierop. Ze staan in voor de opvolging van de voorwaarden die zijn opgelegd door de bevoegde overheid, en werken met de verschillende betrokken actoren samen met het oog op een gecoördineerde begeleiding rond de DSM.

Naast het gebruikelijke takenpakket van de justitieassistenten in het kader van hun strafrechtelijke opdrachten, kent artikel 6 van het samenwerkingsakkoord hen een centrale rol toe in het kader van de communicatie tussen de verschillende betrokken actoren. Ze bezetten een sleutelpositie tussen de gerechtelijke overheden, de deskundigen, de teams voor de opvolging van DSM's en de betrokkene.

Artikel 7

Een begeleidingscomité onderwerpt de toepassing van dit samenwerkingsakkoord aan een jaarlijkse evaluatie. Dit comité zal zes leden tellen, waarvan er twee worden aangeduid door de minister van Justitie, twee door de minister van Gezondheid en twee door de minister van het Justitiehuis. Voor elk lid worden een of twee plaatsvervangers aangewezen. Er wordt een roterend voorzitterschap en secretariaat georganiseerd. De organisatiemodaliteiten worden overgelaten aan het oordeel van het begeleidingscomité, dat ze aldus opstelt in het kader van zijn huishoudelijk reglement, dat door het comité wordt opgemaakt tijdens de eerste vergadering.

De jaarlijkse evaluatie van dit samenwerkingsakkoord moet ervoor zorgen dat men aanpassingen kan doorvoeren met betrekking tot de inspanningen die geleverd worden omwille van een coherentie en gecoördineerde aanpak van de problematiek van de DSM's. In dat verband kan het begeleidingscomité een externe audit organiseren voor een concrete evaluatie van het verloop van de begeleidingen in de praktijk.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Dit artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en de Duitstalige Gemeenschap inzake de begeleiding en behandeling van daders van seksueel misbruik

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en de Duitstalige Gemeenschap inzake de begeleiding en behandeling van daders van seksueel misbruik.

Eupen, ...

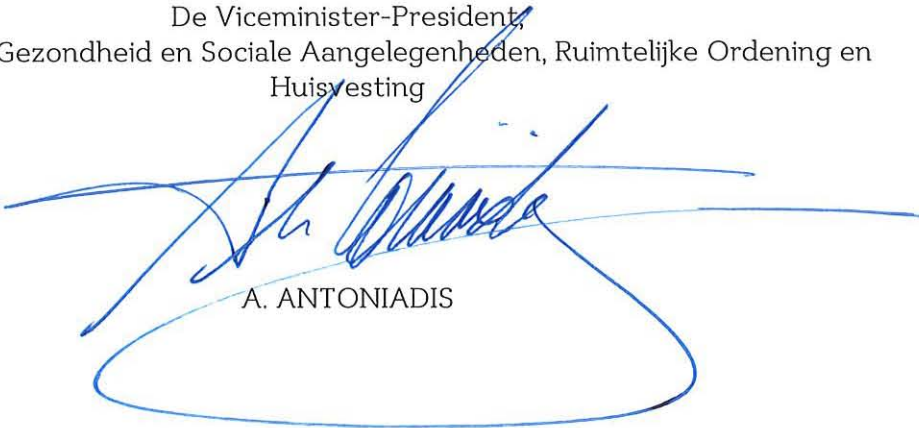
Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën



O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en
Huisvesting



A. ANTONIADIS

BIJLAGE

**Samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en de Duitstalige Gemeenschap
inzake de begeleiding en behandeling van daders van seksueel misbruik**

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

KONINKRIJK BELGIË

**FEDERALE OVERHEIDSDIENST
JUSTITIE**

**Voorontwerp van wet houdende
goedkeuring van het tussen de
Federale Staat en de Duitstalige
Gemeenschap inzake de
begeleiding en behandeling van
daders van seksueel misbruik**

Filip, Koning der Belgen

Aan allen die nu zijn en hierna wezen
zullen, Onze Groet.

Op de voordracht van Onze Minister
van Justitie en van Onze minister van
Binnenlandse Zaken,

**HEBBEN WIJ BESLOTEN EN
BESLUITEN WIJ:**

Onze Minister van Justitie is ermee
belast het ontwerp van wet, waarvan
de tekst hierna volgt, in Onze naam
voor te leggen en bij de Kamer van
volksvertegenwoordigers in te dienen:

Artikel 1

Deze wet regelt een aangelegenheid
als bedoeld in artikel 74 van de
Grondwet.

Artikel 2

Het samenwerkingsakkoord tussen de
Federale Staat en de Duitstalige
Gemeenschap inzake de begeleiding
en behandeling van daders van
seksueel misbruik wordt goedgekeurd.

Gegeven te

ROYAUME DE BELGIQUE

**SERVICE PUBLIC FEDERAL
JUSTICE**

**Avant-projet de loi portant
assentiment à l'accord de
coopération entre l'Etat fédéral et la
Communauté germanophone relatif à
la guidance et au traitement des
auteurs d'infractions à caractère
sexuel**

Philippe, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Sur la proposition de Notre Ministre de la
Justice et Notre ministre de l'Intérieur,

**NOUS AVONS ARRETE ET
ARRETONS :**

Notre Ministre de la Justice est chargé
de présenter, en Notre nom, et de
déposer à la Chambre des
représentants le projet de loi dont la
teneur suit:

Article 1^{er}

La présente loi règle une matière visée à
l'article 74 de la Constitution.

Article 2

L'accord de coopération entre l'État
fédéral entre l'Etat fédéral et la
Communauté germanophone relatif à la
guidance et au traitement des auteurs
d'infractions à caractère sexuel est
approuvé.

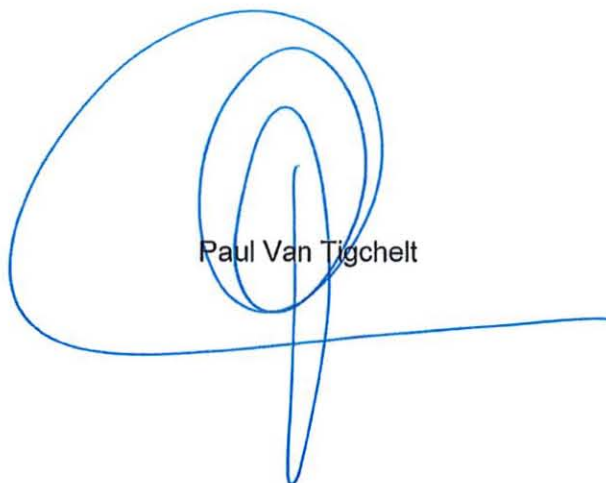
Donné à

Filip
Van Koningswege:

De Minister Justitie

Philippe
Par le Roi:

Le Ministre de la Justice



Paul Van Tigchelt

Samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en de Duitstalige Gemeenschap inzake de begeleiding en behandeling van daders van seksueel misbruik

Memorie van toelichting

De samenwerkingsakkoorden inzake de begeleiding en de behandeling van daders van seksueel misbruik (DSM) van 8 oktober 1998 en 13 april 1999 werden afgesloten met het Waals Gewest, Vlaams Gewest en Brussels Hoofdstedelijk Gewest. De Duitstalige Gemeenschap werd niet erbij betrokken, hoewel die nochtans bevoegd is inzake mentale gezondheidszorg. Er moet dan ook een akkoord worden afgesloten tussen de federale staat en de Duitstalige Gemeenschap om te zorgen voor de begeleiding van de betrokken DSM's.

Bovendien moet er rekening worden gehouden met de gevolgen van de zesde staatshervorming, die op 1 juli 2014 in werking is getreden en heeft geleid tot de overheveling van de justitiehuisen van de federale staat naar de gemeenschappen. De Duitstalige Gemeenschap wordt dan ook de facto een wezenlijke partner gelet op de centrale rol die de justitieassistenten krijgen in het systeem dat door de akkoorden wordt ingevoerd.

De algemene doelstelling van de minister van Justitie is de wet te doen naleven en toe te passen, de recidive te voorkomen en de (re-)integratie van de delinquent in de samenleving te bevorderen en tegelijk de stigmatisering te voorkomen.

De algemene doelstelling van de minister van Gezondheid van de Duitstalige Gemeenschap is het welzijn, de gezondheid en de harmonische ontplooiing van de personen te bevorderen en te voorkomen dat daaraan afbreuk wordt gedaan.

De algemene doelstelling van de minister van het Justitiehuis van de Duitstalige Gemeenschap is te zorgen voor de begeleiding van de DSM's in het kader van de door de gerechtelijke overheden toevertrouwde mandaten.

Dit samenwerkingsakkoord is gebaseerd op een overleg en consensus met betrekking tot de doelgroep, organisatie en middelen. Die samenwerking houdt rekening met de verdeling van de taken op grond van de specifieke bevoegdheden van de betrokken partijen.

De samenwerking tussen de bevoegde diensten van de minister van Justitie, de minister van Justitiehuis en de minister van Gezondheid van de Duitstalige Gemeenschap die reeds bestaat in het veld, wordt geformaliseerd en gestructureerd. Ze beantwoordt aan een behoefte aan transversaliteit tussen de verschillende betrokken diensten.

De middelenverbintenis kadert de taken en verantwoordelijkheden van de partijen ten aanzien van de ten laste genomen persoon. Elke partij is op de hoogte van elkaars rechten en verantwoordelijkheden, zodat de samenwerking op optimale wijze kan gebeuren. De keuze voor de term "middelenverbintenis" verwijst naar het engagement van elk van de partijen om alles in het werk te stellen om de sociale integratie van de betrokkene te bevorderen en de herhaling van strafbare feiten, waaronder het seksueel misbruik, te voorkomen. Die partijen kunnen het resultaat van hun actie niet garanderen (in tegenstelling tot de resultaatsverbintenis).

De samenwerking beoogt inzonderheid de toepassing van de wet van 13 april 1995 betreffende seksueel misbruik ten aanzien van minderjarigen, maar eveneens van de bepalingen opgenomen in de wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een

vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten, de wet van 5 mei 2014 betreffende de internering, de wet van 29 juni 1964 betreffende de opschorting, het uitstel en de probatie, de wet van 20 juli 1990 betreffende de voorlopige hechtenis, artikel 216ter van het Wetboek van Strafvordering betreffende de bemiddelingsprocedure en maatregelen, artikel 37octies van het Strafwetboek houdende de autonome probatiestraf enz.

Artikel 2

Onder dader van seksueel misbruik wordt verstaan iedere persoon die de artikelen 417/7 tot 417/22, 417/24 tot 417/41, 417/44 tot 417/47 en 417/51 tot 417/54 van het Strafwetboek heeft overtreden of ervan wordt verdacht een of meer van de daden vermeld in die artikelen te hebben gepleegd.

Overzicht van de verschillende wettelijke kaders.

1. Wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten

1.1. Voorwaardelijke invrijheidstelling

De voorwaardelijke invrijheidstelling is een uitvoeringsmodaliteit van een vrijheidsbenemende straf waarbij de strafuitvoeringsrechter (SUR) of de strafuitvoeringsrechtbank (SURB) toekent dat een veroordeelde zijn straf buiten de gevangenis ondergaat, mits naleving van de voorwaarden gedurende een bepaalde termijn. Zes maanden voordat de veroordeelde zich in de bij artikel 25, § 1 of § 2, bepaalde tijdsvoorwaarden bevindt, of onmiddellijk indien die termijn niet kan worden nageleefd, licht de directeur hem schriftelijk in over de mogelijkheid tot het aanvragen van een voorwaardelijke invrijheidstelling. De veroordeelde kan vanaf dat tijdstip een schriftelijk verzoek tot toekenning van een voorwaardelijke invrijheidstelling indienen. Na indiening van de procedure beschikt de directie over een termijn van twee maanden om het verzoek tot voorwaardelijke invrijheidstelling te formuleren, met inbegrip van het met redenen omkleed advies van een dienst ... die gespecialiseerd is in de diagnostische expertise van seksuele delinquenten voor de veroordeelden die een straf ondergaan voor zedenfeiten, waarin wordt beoordeeld of het noodzakelijk is om een behandeling op te leggen.

De SUR of de SURB kent de voorwaardelijke invrijheidstelling toe, indien hij na de lezing van de verschillende verslagen waarover hij beschikt, vaststelt dat de bij wet bepaalde voorwaarden zijn vervuld. In geval van beslissing tot toekenning vermeldt de rechter of de rechtbank in zijn vonnis de lijst van de voorwaarden die aan de voorwaardelijke invrijheidstelling verbonden zijn. Hij kan als voorwaarde opleggen dat een begeleiding of een behandeling moet worden gevolgd bij een dienst die gespecialiseerd is in de begeleiding of behandeling van daders van seksueel misbruik. Hij legt eveneens de duur van de begeleiding of behandeling vast.

Een justitieassistent wordt aangewezen die moet toezien op de naleving van de opgelegde voorwaarden en regelmatig aan de rechter of de rechtbank verslag moet uitbrengen over de wijze waarop de maatregel van voorwaardelijke invrijheidstelling verloopt.

1.2. Beperkte detentie

Beperkte detentie biedt een veroordeelde tot een gevangenisstraf de mogelijkheid de gevangenis op regelmatige wijze te verlaten gedurende maximum zestien uur per dag. De SUR of de SURB kan ze aan de veroordeelde toekennen om zijn professionele, opleidings- of familiale belangen te behartigen die zijn aanwezigheid buiten de gevangenis vereisen.

De beperkte detentie kan worden toegekend aan de veroordeelde die zich op zes maanden na in de tijdsvoorwaarden voor de toekenning van de voorwaardelijke invrijheidstelling bevindt en voor zover er in hoofde van de veroordeelde geen tegenaanwijzingen bestaan.

Wanneer een beperkte detentie wordt toegekend aan de veroordeelde zendt de SUR of de SURB het vonnis over aan het bevoegde justitiehuis, opdat een justitieassistent wordt aangewezen om te zorgen voor de justitiële begeleiding. Tijdens een eerste gesprek zal de justitieassistent het kader van de maatregel van beperkte detentie uitleggen en met de persoon de uurregeling vaststellen die op grond van de door de SUR of de SURB opgelegde voorwaarden moet worden nageleefd. De uurregeling omvat de uren buiten en binnen de gevangenis. De persoon in beperkte detentie kan gebruik maken van penitentiaire verloven indien hij daartoe een verzoek heeft ingediend en de SUR of de SURB die toekent. Die laatste legt het aantal en de frequentie ervan vast. Voor de duur van de beperkte detentie worden regelmatige gesprekken vastgelegd met de justitieassistent om informatie te verstrekken over de invoering van de voorwaarden en om de vereiste ondersteuning te verlenen bij de verwezenlijking van de uit te voeren stappen. De justitieassistent controleert eveneens of de voorwaarden worden nageleefd en houdt de SUR of de SURB regelmatig op de hoogte van het verloop van de maatregel van beperkte detentie.

1.3. Elektronisch toezicht

Het elektronisch toezicht biedt de mogelijkheid om een vrijheidsbenemende straf gedeeltelijk of volledig buiten de gevangenis uit te zitten. De persoon is gebonden aan een uurregeling die is vastgesteld door het departement Justitiehuis van het ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. De naleving ervan wordt onder andere via elektronische middelen gecontroleerd.

Het elektronisch toezicht kan worden toegekend aan een veroordeelde die zich op zes maanden na in de tijdsvoorwaarden voor de toekenning van de voorwaardelijke invrijheidstelling bevindt en voor zover er in hoofde van de veroordeelde geen tegenaanwijzingen bestaan.

Voor de volledige duur van het elektronisch toezicht worden regelmatige gesprekken vastgelegd met het departement Justitiehuis van het ministerie van de Duitstalige Gemeenschap om informatie te geven over de invoering van de voorwaarden en om de vereiste ondersteuning te verlenen bij de verwezenlijking van de uit te voeren stappen en de naleving van het uurrooster. De justitieassistent/directie van het elektronisch toezicht controleert eveneens of de voorwaarden worden nageleefd en houdt de SUR of de SURB regelmatig op de hoogte van het verloop van de maatregel van elektronisch toezicht.

1.4. Voorlopige invrijheidstelling van veroordeelden om medische redenen

Over de voorlopige invrijheidstelling om medische redenen wordt door de SUR beslist. Deze invrijheidstelling houdt in dat de tenuitvoerlegging van de vrijheidsstraf wordt opgeschort. De SUR kan aan de veroordeelde bij wie is vastgesteld dat hij zich in de terminale fase van een ongeneeslijke

ziekte bevindt of bij wie is vastgesteld dat zijn detentie onverenigbaar is met zijn gezondheidstoestand, een voorlopige invrijheidstelling om medische redenen toeekennen.

De SUR verbindt aan de beslissing tot toekenning van een voorlopige invrijheidstelling om medische redenen de algemene voorwaarde dat de veroordeelde geen nieuwe strafbare feiten mag plegen. Hij kan ook bijzondere voorwaarden bepalen; de begeleiding wordt in dat geval toevertrouwd aan een justitieassistent.

1.5. Voorlopige invrijheidstelling met het oog op verwijdering van het grondgebied of met het oog op overlevering voor personen die veroordeeld zijn tot maximaal drie jaar effectieve straf

Deze strafuitvoeringsmodaliteit is van toepassing op veroordeelde vreemdelingen die ofwel niet in het bezit zijn van een geldige verblijfsvergunning ofwel in het bezit zijn van een nog niet vervallen verblijfsvergunning of een vergunning om zich te vestigen. Ze is ook van toepassing op de veroordeelde vreemdelingen die het voorwerp uitmaken van een verzoek tot uitlevering of overlevering. Ze kan worden toegekend door de SUR of de SURB voor zover de veroordeelde een derde van zijn straffen heeft ondergaan en er in zijn hoofdte geen tegenaanwijzingen bestaan.

Zes maanden voordat de veroordeelde zich in de tijdsvoorwaarden bevindt, licht de gevangenisdirecteur hem schriftelijk in over de mogelijkheid tot het aanvragen van een voorlopige invrijheidstelling met het oog op verwijdering van het grondgebied of met het oog op overlevering. De veroordeelde kan vanaf dat moment een schriftelijk verzoek tot toekenning van een voorlopige invrijheidstelling met het oog op verwijdering van het grondgebied of met het oog op overlevering indienen bij de griffie van de gevangenis. De gevangenisdirecteur brengt ten laatste vier maanden na de ontvangst van het schriftelijk verzoek een advies uit.

2. Wet van 5 mei 2014 betreffende de Internering

De internering van personen die aan een geestesstoornis lijden die hun oordeelsvermogen of de controle over hun daden tenietdoet of ernstig aantast is een veiligheidsmaatregel die er tegelijkertijd toe strekt de maatschappij te beschermen en ervoor te zorgen dat aan de geïnterneerde persoon de zorg wordt verstrekt die zijn toestand vereist met het oog op zijn re-integratie in de maatschappij. Enkel feiten die een aantasting van de fysieke of psychische integriteit van een derde hebben veroorzaakt, kunnen thans leiden tot een internering.

In artikel 2 van de wet is bepaald dat de geïnterneerde persoon de nodige zorg zal worden aangeboden om een menswaardig leven te leiden. De zorg moet gericht zijn op een maximaal haalbare vorm van maatschappelijke re-integratie en moet in de mate van het mogelijke worden verleend via een zorgtraject waarin aan de geïnterneerde persoon zorg op maat wordt geboden.

In artikel 5 van de wet is bepaald dat de onderzoeksrechter of de onderzoeks- of vonnisgerechten een forensisch psychiatrisch deskundigenonderzoek bevelen teneinde na te gaan of desgevallend, indien de tenlastelegging betrekking heeft op de in de artikelen 417/7 tot 417/22, 417/24 tot 417/41, 417/44 tot 417/47 en 417/51 tot 417/54 van het Strafwetboek bedoelde feiten, gepleegd op minderjarigen of met hun deelneming, de noodzaak bestaat om een gespecialiseerde begeleiding of behandeling op te leggen.

Nadat de correctionele rechtbank, het hof van assisen of de raadkamer heeft beslist tot internering, zorgt de kamer voor de bescherming van de maatschappij voor de tenuitvoerlegging van die beslissing.

De kamer voor de bescherming van de maatschappij is een gespecialiseerde kamer van de SURB die zal beslissen of er wordt overgegaan tot plaatsing in een instelling (en in welke instelling) of tot toekenning van een modaliteit van uitvoering van de internering.

De wet voorziet in verschillende modaliteiten van uitvoering van de internering: de invrijheidstelling op proef, de beperkte detentie en het elektronisch toezicht. De invrijheidstelling op proef is een modaliteit van uitvoering van de beslissing tot internering waardoor de geïnterneerde persoon de hem opgelegde veiligheidsmaatregel ondergaat in een residentieel of ambulant zorgtraject mits hij de voorwaarden naleeft die hem gedurende de proeftermijn worden opgelegd. Beperkte detentie biedt de geïnterneerde persoon de mogelijkheid om op regelmatige wijze de inrichting of de gevangenis te verlaten gedurende maximaal zestien uur per dag. Ze kan aan de geïnterneerde persoon worden toegekend om therapeutische, professionele, opleidings- of familiale belangen te behartigen die zijn aanwezigheid buiten de inrichting vereisen. Het elektronisch toezicht is een modaliteit van uitvoering van de beslissing tot internering waardoor de geïnterneerde persoon de hem opgelegde veiligheidsmaatregel buiten de inrichting ondergaat volgens een bepaald uitvoeringsplan, waarvan de naleving meer bepaald door elektronische middelen wordt gecontroleerd.

In het kader van deze drie modaliteiten van uitvoering van de internering wordt aan een justitieassistent de taak gegeven om de geïnterneerde persoon op te volgen. De taak van de justitieassistent bestaat erin de justitiabele te begeleiden om recidive te voorkomen en zijn maatschappelijke re-integratie te ondersteunen, zulks door de justitiabele te helpen om zijn voorwaarden na te leven en door de naleving van de voorwaarden te controleren. Tijdens de volledige duur van de begeleiding wordt bijzondere aandacht besteed aan de continuïteit of de invoering van het zorgtraject in het licht van de filosofie van de wet. Daartoe werkt de justitieassistent samen met het netwerk voor geestelijke gezondheidszorg.

De persoon of dienst die de taak om de betrokkene te begeleiden of te behandelen aanneemt, brengt de justitieassistent, binnen een maand na de toekenning van de modaliteit en telkens die persoon of dienst het nuttig acht, op verzoek van de kamer voor de bescherming van de maatschappij en ten minste om de zes maanden, verslag uit over de opvolging van de begeleiding of de behandeling. Het verslag betreft de volgende punten: de daadwerkelijke aanwezigheden van de betrokkene op de voorgestelde raadplegingen, zijn ongewettigde afwezigheden, het eenzijdig stopzetten van de begeleiding of behandeling door de betrokkene, de moeilijkheden die bij de uitvoering daarvan zijn gerezen en de situaties met een ernstig risico voor derden.

3. Wet van 29 juni 1964 betreffende de opschorting, het uitstel en de probatie

Krachtens deze wet kan de rechter het uitspreken van een effectieve gevangenisstraf vermijden door de uitspraak van de veroordeling op te schorten. Bij een veroordeling kan hij ook de tenuitvoerlegging van de straf uitstellen. Aan die maatregelen kunnen voor een periode van een tot vijf jaar bijzondere voorwaarden worden verbonden (probatieopgeschorting en probatieuitstel).

Op verzoek van de verdachte of met zijn instemming kan de magistraat een maatschappelijke enquête over zijn gedragingen en zijn milieu doen instellen door een justitieassistent.

De probatiecommissie van de woonplaats van de betrokkene ziet toe op de uitvoering ervan. De probatiecommissie brengt binnen een maand na zijn aanwijzing en verder telkens als hij het nuttig acht of telkens als de commissie hem erom verzoekt, en ten minste om de zes maanden, verslag uit aan de probatiecommissie.

Indien de betrokkene veroordeeld is wegens een of meerdere feiten gepleegd op minderjarigen of met hun deelneming, winnen de bevoegde gerechten het met redenen omklede advies in van een dienst gespecialiseerd in de begeleiding of de behandeling van seksuele delinquenten, alvorens een probatiemaatregel op te leggen.

Indien de opschorting van de uitspraak van de veroordeling of het uitstel van de strafuitvoering afhankelijk wordt gesteld van een probatiemaatregel die bestaat in het volgen van een begeleiding of behandeling, nodigt de probatiecommissie, na in voorkomend geval kennis te hebben genomen van het voornoemde met redenen omklede advies, de betrokkene uit een erkende dienst die gespecialiseerd is in de begeleiding van DSM's te kiezen. Die dienst moet telkens als de dienst of persoon het nuttig acht, of op verzoek van de commissie en ten minste om de zes maanden, verslag uitbrengen over de begeleiding of de behandeling. Het verslag betreft de volgende punten: de daadwerkelijke aanwezigheden van de betrokkene op de voorgestelde raadplegingen, de ongewettigde afwezigheden, het eenzijdig stopzetten van de begeleiding of behandeling door de betrokkene, de moeilijkheden die bij de uitvoering daarvan zijn gerezen en de situaties met een ernstig risico voor derden.

4. Wet van 20 juli 1990 betreffende de voorlopige hechtenis: vrijheid onder voorwaarden

In de gevallen waarin voorlopige hechtenis kan worden bevolen of gehandhaafd onder de in artikel 16, § 1, bepaalde voorwaarden, kan de onderzoeksrechter ambtshalve, op vordering van het openbaar ministerie of op verzoek van de verdachte, de betrokkene in vrijheid laten onder oplegging van een of meer voorwaarden voor de tijd die hij bepaalt en maximum voor drie maanden. Hij kan de betrokkene bijvoorbeeld verbieden om een activiteit uit te oefenen waarbij hij in contact zou komen met minderjarigen. Met het oog op de bepaling van de voorwaarden, kan de onderzoeksrechter een justitieassistent de taak geven een beknopt voorlichtingsrapport op te stellen of een maatschappelijke enquête uit te voeren. De rechter bepaalt de op te leggen voorwaarden. Indien de voorwaarden het volgen van een begeleiding of een behandeling opleggen, nodigt de onderzoeksrechter, het onderzoeksgerecht of het vonnisgerecht de inverdenkinggestelde uit om een bevoegde persoon of dienst te kiezen. Die keuze wordt aan de rechter of het gerecht ter goedkeuring voorgelegd. Deze dienst of persoon die de taak aanneemt, brengt aan de rechter of aan het gerecht en aan de justitieassistent die met de ondersteuning met het oog op de naleving van de voorwaarden is belast, binnen de maand na de invrijheidstelling en telkens als die dienst of persoon het nuttig acht, of op verzoek van de rechter of van het gerecht en ten minste om de twee maanden, verslag uit over de begeleiding of de behandeling. De bevoegde dienst of de bevoegde persoon moet de rechter of het gerecht op de hoogte brengen van het stopzetten van de begeleiding of de behandeling.

5. Artikel 216ter van het Wetboek van Strafvordering met betrekking tot het verval van de straffvordering door de uitvoering van maatregelen en de naleving van voorwaarden ...

Deze wet vervangt de bemiddeling in strafzaken door 'het verval van de straffvordering door de uitvoering van maatregelen en de naleving van voorwaarden' (afgekort 'VSMV'). In het dagelijks taalgebruik spreken we over de procedure 'bemiddeling en maatregelen'. Het betreft een alternatief voor vervolging dat kan worden voorgesteld in alle stadia van de gerechtelijke procedure wanneer het gepleegde feit niet kan worden gestraft met een gevangenisstraf van meer dan twee jaar. De beoogde doelstelling is om de veroorzaakte schade te herstellen, ongeacht of dat jegens een geïdentificeerd slachtoffer of jegens de gemeenschap in haar geheel is.

De procureur des Konings bepaalt of een dossier al dan niet naar de procedure ‘bemiddeling en maatregelen’ wordt verwezen.

De procureur des Konings kan de verdachte met name verzoeken, op voorwaarde dat die in voorkomend geval zijn burgerlijke aansprakelijkheid voor het feit erkent, om een geneeskundige behandeling of iedere andere passende therapie te volgen gedurende een termijn die een jaar niet mag overschrijden. Wanneer de verdachte instemt met de voorgestelde voorwaarden, deelt de procureur des Konings zijn beslissing tot uitvoering mee aan het justitiehuis van de verblijfplaats van de verdachte, dat dan onverwijld een justitieassistent aanwijst die wordt belast met de uitwerking en met de opvolging van de maatregelen. De verdachte en de justitieassistent werken een voorstel van concrete invulling van de voorgestelde maatregelen en voorwaarden uit, dat wordt vastgelegd in een overeenkomst die door de verdachte wordt aanvaard en ondertekend.

Indien de procureur des Konings zich hiermee akkoord verklaart, ondertekent hij ook de overeenkomst. De justitieassistent staat in voor de opvolging van en het toezicht op de uitvoering van de maatregelen. Wanneer de betrokkene voldoet aan de opgelegde maatregelen en hij zijn verbintenissen is nagekomen, stelt de procureur des Konings het verval van de strafvordering vast voor de in het kader van deze procedure behandelde feiten en wordt er voor die feiten geen vervolging ingesteld voor een rechtbank. Het misdrijf wordt niet opgenomen in het strafregister. Indien de procedure onderbroken werd of niet voleindigd werd, beslist de procureur des Konings welk gevolg er aan het dossier wordt gegeven.

Overeenkomstig COL nr. 01/2021¹ inzake het verval van de strafvordering door uitvoering van maatregelen en de naleving van voorwaarden is deze maatregel aangewezen wanneer er een oorzakelijk verband kan worden aangetoond tussen enerzijds het gestelde delinquent gedrag en anderzijds een of meerdere probleemsituaties in het leven van de betrokkene. Indien het misdrijf in het kader waarvan de procedure wordt opgestart van seksuele aard is, moet steeds een therapeutische behandeling (of een vorming) opgelegd worden die specifiek op deze problematiek is gericht. De therapie houdt geen resultaatsverbintenis in. Wel wordt van de verdachte verwacht dat hij afspraken nakomt en alles in het werk stelt om de behandelingen te volgen.

6. Ministeriële omzendbrief van 15 juli 2015 inzake de voorlopige invrijheidstelling

De voorlopige invrijheidstelling wordt toegekend aan veroordeelden die een of meer vrijheidsstraffen ondergaan waarvan het uitvoerbaar gedeelte drie jaar of minder bedraagt. De voorlopige invrijheidstelling kan worden toegekend aan definitief veroordeelden die minstens één veroordeling ondergaan voor feiten zoals bedoeld in de artikelen 417/7 tot 417/22, 417/24 tot 417/41, 417/44 tot 417/47 en 417/51 tot 417/54 van het Strafwetboek indien ze gepleegd werden op minderjarigen of met hun deelneming, zodra de veroordeelde in de tijdsvoorwaarden bepaald in de omzendbrief verkeert, en voor zover er in hoofd van de veroordeelde geen contra-indicaties bestaan.

Zodra het vonnis is gewezen, verzamelt de gevangenisdirecteur de informatie die hij nodig acht en de informatie omtrent het slachtoffer. Voor veroordeelden voor wie het totaal aan in uitvoering zijnde hoofdgevangenisstraffen niet meer dan een jaar bedraagt, kan de directeur de gespecialiseerde psychosociale teams vragen een advies op te stellen. Dat advies is gericht op de problematiek die zich voordoet naar aanleiding van de feiten en op specifieke aandachtspunten waaraan gewerkt moet

¹ Gemeenschappelijke omzendbrief van de minister van Justitie, de ministers van de deelstaten en het College van procureurs-generaal bij de hoven van beroep.

worden in de eventuele voor te stellen begeleiding met het oog op het beperken van de recidive en in het belang van de slachtoffers. Voor veroordeelden voor wie het totaal aan in uitvoering zijnde hoofdgevangenisstraffen meer dan een jaar bedraagt, stellen de gespecialiseerde psychosociale teams een gespecialiseerd advies op en stellen ze een begeleiding voor wanneer ze dit noodzakelijk achten en bereiden ze deze voor. De directeur maakt het voorstel over aan de directie Detentiebeheer, die een gemotiveerde beslissing neemt omtrent het al dan niet toekennen van de voorlopige invrijheidstelling. Er kunnen geïndividualiseerde bijzondere voorwaarden (bv. het volgen van een behandeling) worden opgelegd indien die absoluut noodzakelijk zijn om het risico op recidive te beperken of indien die noodzakelijk zijn in het belang van het slachtoffer. De directeur overhandigt een afschrift van de beslissing aan de gedetineerde, legt hem de inhoud en de consequenties ervan uit en laat hem het tekenen voor ontvangst en, indien er voorwaarden zijn opgelegd, voor akkoord. Indien de gedetineerde de voorwaarden weigert, wordt hij niet in vrijheid gesteld. Wanneer de beslissing tot voorlopige invrijheidstelling wordt uitgevoerd, wordt een justitieassistent aangewezen voor de opvolging. Wanneer er geïndividualiseerde voorwaarden zijn opgelegd, zal de begeleiding een duurtijd hebben die gelijk is aan de duur van de vrijheidsstraf die de veroordeelde nog moest ondergaan (strafresistant) op de dag van de invrijheidstelling, met een minimum van één jaar.

7. Strafwetboek

7.1. Terbeschikkingstelling van de strafuitvoeringsrechtbank

Krachtens de artikelen 34bis, 34ter en 34quater van het Strafwetboek wordt de terbeschikkingstelling van de SURB omschreven als een bijkomende straf die in de door de wet bepaalde gevallen moet of kan worden uitgesproken met het oog op de bescherming van de maatschappij tegen personen die bepaalde ernstige strafbare feiten plegen die de integriteit van personen aantasten. Deze bijkomende straf gaat in na het verstrijken van de hoofdgevangenisstraf of van de opsluiting en kan worden uitgesproken voor een periode van minimum vijf en maximum vijftien jaar, inzonderheid in het kader van veroordelingen op grond van de artikelen 417/7, 417/10, 417/11, 417/13 tot 417/22 van het Strafwetboek. De directeur van de penitentiaire inrichting, indien de veroordeelde gedetineerd is, brengt uiterlijk vier maanden voor het verstrijken van de straf een gemotiveerd advies tot vrijheidsbeneming of invrijheidstelling onder toezicht uit waarin hij de bijzondere voorwaarden vermeldt die hij nodig acht op te leggen aan de veroordeelde. Volgens artikel 95/3 van de wet van 17 mei 2006 moet het advies, indien de veroordeelde een straf ondergaat voor feiten bedoeld in de artikelen 417/7 tot 417/22, 417/24 tot 417/41, 417/44 tot 417/47 en 417/51 tot 417/54 en 433quater/1 tot 433quater/7 van het Strafwetboek indien ze gepleegd werden op minderjarigen of met hun deelneming, worden ingedlend samen met een met redenen omkleed advies van een dienst die ... gespecialiseerd is in de diagnostische expertise van seksuele delinquenten. Dit advies omvat een beoordeling van de noodzaak om een behandeling op te leggen. Indien de veroordeelde ter beschikking van de SURB is gesteld voor een van de feiten bedoeld in de artikelen 417/7, 417/10, 417/11, 417/13 tot 417/22 van het Strafwetboek, kan de SURB overigens aan de toekenning van de invrijheidstelling onder toezicht de voorwaarde verbinden van het volgen van een begeleiding of behandeling bij een dienst die in de begeleiding of de behandeling van DSM's is gespecialiseerd. De SURB bepaalt de termijn gedurende welke de veroordeelde deze begeleiding of behandeling moet volgen.

7.2. Autonome probatiestraf

Krachtens artikel 37octies van het Strafwetboek kan de rechter, indien een feit van die aard is om door een politiestraf of een correctionele straf gestraft te worden, als hoofdstraf een autonome probatiestraf opleggen. Een autonome probatiestraf bestaat uit de verplichting bijzondere voorwaarden na te leven gedurende een bepaalde termijn, die door de rechter wordt bepaald. De duur van deze straf bedraagt minstens zes maanden en ten hoogste twee jaar. De rechter kan aanwijzingen geven omtrent de invulling van de autonome probatiestraf. De veroordeelde wordt onderworpen aan een justitiële begeleiding die wordt uitgeoefend door een justitieassistent van het gerechtelijk arrondissement van zijn verblijfplaats.

De rechter voorziet, binnen de perken van de op het misdrijf gestelde straffen, alsook van de wet op grond waarvan de zaak voor hem werd gebracht, in een gevangenisstraf of in een geldboete die van toepassing kan worden ingeval de autonome probatiestraf niet wordt uitgevoerd. Deze straf mag niet worden uitgesproken voor de feiten die strafbaar zouden zijn met een maximumstraf van meer dan twintig jaar opsluiting als ze niet in wanbedrijven werden omgezet voor de feiten zoals bedoeld in de artikelen 417/12 tot 417/22 van het Strafwetboek en de artikelen 417/25 tot 417/41, 417/44 tot 417/47, 417/52 en 417/54 van het Strafwetboek indien de feiten zijn gepleegd op of met behulp van minderjarigen.

Op de tenuitvoerlegging van de autonome probatiestraf wordt toegezien door de probatiecommissie van de verblijfplaats van de veroordeelde waaraan de justitieassistent rapporteert. Binnen een maand na de aanwijzing van de justitieassistent, en verder telkens als deze het nuttig acht of telkens als de commissie hem erom verzoekt, en tenminste om de zes maanden, brengt hij verslag uit aan de probatiecommissie over de naleving van de voorwaarden. Hij stelt, in voorkomend geval, de maatregelen voor die hij nodig acht.

De probatiecommissie bepaalt de concrete invulling van de autonome probatiestraf, op basis van het verslag van de justitieassistent die de veroordeelde heeft gehoord en met naleving van de door de rechter gegeven aanwijzingen. De concrete invulling van de autonome probatiestraf wordt vastgelegd in een door de veroordeelde te ondertekenen overeenkomst waarvan de justitieassistent hem een kopie overhandigt. De justitieassistent deelt eveneens een kopie van de ondertekende overeenkomst mee aan de probatiecommissie binnen de drie werkdagen.

Indien de probatiecommissie van oordeel is dat de autonome probatiestraf ten uitvoer is gelegd, kan zij beslissen dat deze een einde neemt, zelfs als de door de rechter bepaalde termijn nog niet is verstreken.

Ingeval de autonome probatiestraf niet of slechts gedeeltelijk wordt uitgevoerd, meldt de justitieassistent dit onverwijld aan de probatiecommissie. Die laatste roept de veroordeelde dan op en stelt een met redenen omkleed verslag op met het oog op de toepassing van de vervangende straf. In dit geval kan het openbaar ministerie beslissen de in de rechterlijke beslissing voorziene gevangenisstraf of geldboete uit te voeren, waarbij rekening wordt gehouden met de autonome probatiestraf die reeds door de veroordeelde is uitgevoerd.

Artikel 3

De psychosociale teams aanwezig binnen elke penitentiaire inrichting of afdeling tot bescherming van de maatschappij zijn gespecialiseerde teams. Ze hebben een multidisciplinair karakter en zijn samengesteld uit psychiaters, psychologen, maatschappelijk assistenten en een gevangenisdirecteur.

Ze vervullen velerlei taken (zie omzendbrief 1629/XIII van 12 juli 1994), die voornamelijk verband houden met opvang, begeleiding, crisisbeheer en advisering met betrekking tot veroordeelden en geïnterneerden – zulks in het kader van de internerings- en strafuitvoeringsmodaliteiten – ten behoeve van de bevoegde overheden. Ze worden in de Duitse landstaal verzekerd door een lid van het psychosociale team, in delegatie aan een derde persoon of via een vertaler.

Het is zaak de DSM bewust te maken van zijn problematiek. In dat verband verzorgen de gespecialiseerde psychosociale teams in het kader van psychosociaal onderzoek een intrapenitentiaire individuele begeleiding van pretherapeutische strekking. Deze begeleiding gebeurt ter voorbereiding van de postpenitentaire begeleiding of behandeling, georganiseerd door de teams voor de opvolging van DSM's.

Artikel 4

De minister van Justitie verbindt zich tot het subsidiëren van deskundigen die ondersteuning bieden aan het team voor de opvolging van DSM's. Vermits de Duitstalige Gemeenschap over een enkel team voor de opvolging van DSM's beschikt, kan een gespecialiseerde ondersteuning en uitwisseling gevraagd worden voor elk advies en behandeling die het geacht wordt te verrichten.

Het steuncentrum kan in dit verband een ondersteunende rol vervullen, zowel met betrekking tot de begeleiding en behandeling van de individuele gevallen als met betrekking tot de globale aanpak en de wetenschappelijke methodologie.

Voorts kunnen de deskundigen kunnen ook een specifieke opleiding aanbieden en hun methodologie ter beschikking stellen van de gespecialiseerde teams die daaraan behoefte hebben. Ze vervullen tevens advies- en behandelingstaken, grondslag van het wetenschappelijk onderzoek.

De DSM's kunnen ook naar deskundigen worden doorverwezen met het oog op extra-penitentiaire begeleiding die is afgestemd op hun problematiek.

Artikel 5

Het team voor de opvolging van DSM's wordt gesubsidieerd door de minister van Justitie en de minister van Gezondheid, naargelang hun respectieve bevoegdheden. Het team ondersteunt de samenwerking tussen de partners (justitieassistenten, deskundigen).

Het signaleren van situaties die een ernstig risico voor derden inhouden, druist niet in tegen het principe van het beroepsgeheim, voor zover men kan spreken van een noodtoestand waarin hogere (morele) waarden zoals de bescherming van de maatschappij, in conflict treden met de absolute vertrouwelijkheidsplicht (Cass. 13.5.1987). De professional die is belast met het dossier moet de graad van ernst van die noodtoestand beoordelen. Hij moet een afweging maken van twee tegenstrijdige belangen, namelijk zijn beroepsgeheim en het gevaar voor derden. Indien hij van oordeel is dat het gaat om een situatie met een ernstig risico voor derden en dat de begeleiding geen oplossing voor die situatie biedt, dan stelt hij een verslag op voor de bevoegde overheid (zie art. 1.2° van het

samenwerkingsakkoord). Tevens brengt hij de justitieassistent daarvan op de hoogte. De persoon belast met het dossier behoort maatregelen te nemen ter voorkoming van recidive.

Artikel 6

De justitieassistenten dienen de justitiabele bij te staan bij de naleving van de opgelegde voorwaarden en zijn belast in met het toezicht hierop. Ze staan in voor de opvolging van de voorwaarden die zijn opgelegd door de bevoegde overheid, en werken met de verschillende betrokken actoren samen met het oog op een gecoördineerde begeleiding rond de DSM.

Naast het gebruikelijke takenpakket van de justitieassistenten in het kader van hun strafrechtelijke opdrachten, kent artikel 6 van de samenwerkingsakkoorden hen een centrale rol toe in het kader van de communicatie tussen de verschillende betrokken actoren. Ze bezetten een sleutelpositie tussen de gerechtelijke overheden, de deskundigen, de teams voor de opvolging van DSM's en de betrokkene.

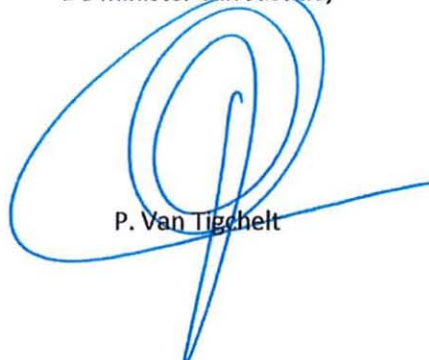
Artikel 7

Een begeleidingscomité onderwerpt de toepassing van dit samenwerkingsprotocol aan een jaarlijkse evaluatie. Dit comité zal zes leden tellen, waarvan er twee worden aangeduid door de minister van Justitie, twee door de Waalse minister van Gezondheid en twee door de minister van het Justitiehuis. Voor elk lid worden een of twee plaatsvervangers aangewezen. Er wordt een roterend voorzitterschap en secretariaat georganiseerd. De organisatiemodaliteiten worden overgelaten aan het oordeel van de begeleidingscomité, dat ze aldus opstelt in het kader van zijn huishoudelijk reglement, dat door het comité wordt opgemaakt tijdens de eerste vergadering.

De jaarlijkse evaluatie van dit samenwerkingsakkoord moet ervoor zorgen dat men aanpassingen kan doorvoeren met betrekking tot de inspanningen die geleverd worden omwille van een coherentie en gecoördineerde aanpak van de problematiek van de DSM's. In dat verband kan het begeleidingscomité een externe audit organiseren voor een concrete evaluatie van het verloop van de begeleidingen in de praktijk.

Voor de Federale Staat:

De minister van Justitie,



P. Van Tighelt

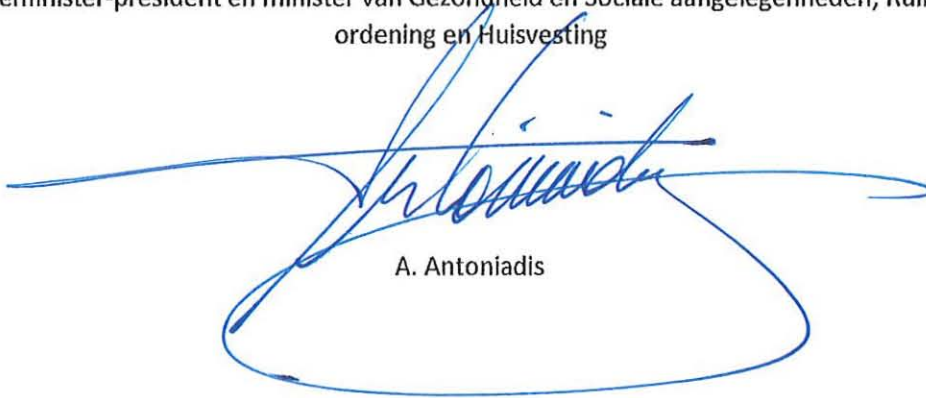
Voor de Duitstalige Gemeenschap:

De minister-president en minister Plaatselijk Bestuur en Financiën



O. Paasch

De viceminister-president en minister van Gezondheid en Sociale aangelegenheden, Ruimtelijke
ordening en Huisvesting



A. Antoniadis

**Samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en de Duitstalige Gemeenschap inzake de
begeleiding en behandeling van daders van seksueel misbruik**

Artikel 1

Voor de toepassing van dit samenwerkingsakkoord wordt verstaan onder:

1° psychosociale teams: multidisciplinaire teams gespecialiseerd in de problematiek van DSM's (en samengesteld uit minstens een maatschappelijk werker, een psycholoog en een psychiater), en werkzaam binnen de penitentiaire inrichtingen en de inrichting(en) of diensten georganiseerd door de federale regering voor de bescherming van de maatschappij, het centrum voor forensische psychiatrie georganiseerd door de federale regering, of de instelling erkend door de erkende overheid en georganiseerd door een particuliere instelling die gepaste zorg kan verstrekken aan de gedetineerde;

2° bevoegde overheid: naargelang de verschillende juridische kaders bedoeld in artikel 2 en volgens het moment van de interventie, worden hieronder verstaan: de minister van Justitie, de kamer voor de bescherming van de maatschappij, de probatiecommissie, de gerechtelijke overheid en de strafuitvoeringsrechtbank/rechter;

3° betrokkene: dader van een seksueel misdrijf of persoon die ervan verdacht wordt een seksueel misdrijf te hebben gepleegd;

4° team voor de opvolging van DSM's: gezondheidsteam gespecialiseerd in ambulante extrapenitentiaire begeleiding en behandeling van DSM's, in samenwerking met de deskundige;

5° deskundige: gezondheidsprofessional die ondersteuning biedt aan het team voor de opvolging van DSM's in de vorm van supervisie, opleiding, immersie, casusbespreking en psychologische en psychiatrische ondersteuning;

6° justitieassistent: ambtenaar van de Duitstalige Gemeenschap, departement *Maison de Justice*, die op verzoek van een bevoegde overheid taken inzake controle en begeleiding van de betrokkene verricht in het kader van een gerechtelijke procedure of voor de uitvoering van een gerechtelijke beslissing;

7° overeenkomst: schriftelijk akkoord dat wordt afgesloten tussen de justitieassistent, de dader van seksuele misdrijven en de vertegenwoordiger van het team voor de opvolging van DSM's dat belast is met de begeleiding of behandeling. Heeft betrekking op de middelen die moeten worden ingezet zonder resultaatsverbintenis en op de modaliteiten inzake samenwerking tussen de partijen;

8° begeleidingscomité: comité belast met de evaluatie van de uitvoering en de voorwaarden van dit samenwerkingsakkoord;

10° minister van Gezondheid: minister van de Duitse Gemeenschap die bevoegd is voor gezondheid;

11° minister van het Justitiehuis: minister van de Franse Gemeenschap die bevoegd is voor het Justitiehuis;

12° minister van Justitie: minister van de Federale Staat die bevoegd is voor Justitie.

Artikel 2

Onderhavig samenwerkingsakkoord betreft de begeleiding en behandeling van een persoon – hierna de betrokkene genoemd – die is veroordeeld voor misdrijven bedoeld in de artikelen 417/7 tot 417/22, 417/24 tot 417/41, 417/44 tot 417/47 en 417/51 tot 417/54 van het Strafwetboek, of van wie wordt vermoed dat hij een of meer daden heeft gepleegd die vervat zijn in die artikelen, en die onder de toepassing van een van onderstaande regelgevingen valt of in aanmerking komt voor de toepassing ervan:

1° de wet van 17 mei 2006 betreffende de externe rechtspositie van de veroordeelden tot een vrijheidsstraf en de aan het slachtoffer toegekende rechten in het raam van de strafuitvoeringsmodaliteiten;

2° de wet van 5 mei 2014 betreffende de internering van personen;

3° de wet 29 juni 1964 betreffende de opschorting, het uitstel en de probatie;

4° de wet van 20 juli 1990 betreffende de voorlopige hechtenis;

5° artikel 216 ter van het Wetboek van Strafvordering met betrekking tot het verval van de strafvordering door de uitvoering van maatregelen en de naleving van voorwaarden;

6° de ministeriële omzendbrieven van 15 juli 2015 houdende regeling van de voorlopige invrijheidstelling;

7° de artikelen 34 bis, 34 ter en 34 quater van het Strafwetboek met betrekking tot de verwijzing naar de strafuitvoeringsrechtbank, en de artikelen 37 octies, 37 novies, 37 decies en 37 undecies met betrekking tot de autonome probatiestraf.

Artikel 3

De minister van Justitie richt in elke strafinrichting en inrichting of afdelingen tot bescherming van de maatschappij psychosociale teams op. In dat kader moeten de taken van die teams in de Duitse landstaal worden verzekerd door een lid van het psychosociale team, in delegatie aan een derde persoon of, bij ontstentenis, via een vertaler.

Die psychosociale teams vervullen volgende taken:

- identificeren van veroordeelden en geïnterneerden voor wie een psychosociaal onderzoek aangewezen is in het licht van de wettelijke voorschriften. Dat multidisciplinaire onderzoek omvat inzonderheid een analyse van de persoonlijkheid, van de feiten, van de vroegere en huidige contexten, enz. Dat onderzoek heeft een wetenschappelijke en dynamische insteek waarbij de problematiek in een ontwikkelingsperspectief wordt geplaatst;
- ten uitvoer leggen in het kader van het psychosociale onderzoek van een re-integratiegericht detentieplan waarin wordt voorzien in een intrapenitentiaire individuele begeleiding van pretherapeutische strekking¹ ter voorbereiding van de postpenitentiaire begeleiding of behandeling, die worden georganiseerd door de teams voor de opvolging van DSM's;

¹ De methodologie van begeleiding door de psychosociale dienst focust op de evaluatie maar mobiliseert, aan de hand van de begeleiding, tegelijkertijd de middelen van de betrokkene in een denkoefening met betrekking tot de eigen en externe feiten en elementen die verband houden met het zich voordoen ervan en dit in een specifieke context (criminogenese,

- verlenen van advies in het kader van de strafuitvoeringsmodaliteiten waarin het standpunt wordt opgenomen met betrekking tot de invoering door een andere dienst van een gespecialiseerde behandeling en/of begeleiding;
- samenwerken en overleg plegen met de deskundigen en de teams voor de opvolging van DSM's;
- samenwerken met de justitieassistenten;
- meewerken aan de invoering van een gegevensregistratiemodel.

De psychosociale teams kunnen, indien zij zulks noodzakelijk achten in het kader van het verlenen van advies, om een aanvullend advies verzoeken door een beroep te doen op de deskundigen of op de teams voor de opvolging van DSM's.

Artikel 4

De minister van Justitie verbindt zich tot de subsidiëring van de deskundige die met volgende taken wordt belast:

1° vervullen van een consultatiefunctie voor enige aangelegenheid met betrekking tot het thema van DSM's;

2° verstrekken van wetenschappelijke informatie over de betrokkene aan het team voor de opvolging van DSM's en de justitieassistenten;

3° bijdragen tot de organisatie van specifieke opleidingen ten behoeve van en in overleg met de teams voor de opvolging van DSM's;

4° deelnemen aan overlegvergaderingen in de vorm van supervisie, opleiding, immersie en casusbespreking teneinde hun optreden te coördineren en kennis en ervaringen te delen;

5° het team voor de opvolging van DSM's psychologische en psychiatrische ondersteuning bieden voor de behandeling en de adviezen indien nodig;

6° verzamelen en ter beschikking stellen van de nodige en beschikbare informatie met betrekking tot de evaluatie van de problematiek en de uitdagingen ervan.

Artikel 5

De minister van Justitie verbindt zich tot de subsidiëring van de teams voor de opvolging van DSM's die volgende taken vervullen:

1° Met respect voor de vaardigheden van de psychosociale teams in gevangenissen en welzijnsinstellingen, op verzoek van een bevoegde autoriteit advies verstrekken door ten minste twee personeelsleden die een gespecialiseerde opleiding hebben gevolgd. De noodzaak van twee personen wordt gerechtvaardigd door de noodzaak om de kwaliteit van het advies te waarborgen.;

2° deelnemen aan overlegvergaderingen in de vorm van supervisie, opleiding, immersie en casusbespreking teneinde hun optreden te coördineren en kennis en ervaringen te delen en te zorgen voor een permanente opleiding en deskundigheid van de leden van het team;

uitwerking van een reclasseringsplan dat inhoudt dat rekening wordt gehouden met de wettelijke tegenaanwijzingen); het geheel kan perspectieven van therapeutische begeleiding door andere diensten openen.

3° verzamelen van de socio-epidemiologische gegevens van de gespecialiseerde gezondheidsteams en op grond daarvan een jaarverslag opstellen ten behoeve van de ministers die dit akkoord hebben ondertekend uiterlijk op 30 april volgend op het betrokken jaar;

4° een diagnostiek opstellen en een behandeling verwezenlijken;

5° meewerken aan informatieve acties op verzoek van de ministers die dit samenwerkingsakkoord hebben ondertekend;

6° verzamelen en ter beschikking stellen van de nodige en beschikbare informatie met betrekking tot de evaluatie van de problematiek en de uitdagingen ervan.

De minister van Gezondheid verbindt zich tot de subsidiëring van de teams voor de opvolging van DSM's die met volgende taken worden belast:

1°: ondersteuning en ambulante behandeling van de betrokkenen in de Duitstalige Gemeenschap;

2°: uitwisseling met de justitieassistenten met betrekking tot de behandeling en opvolging van de betrokkenen;

3°: opstellen van een verslag door het team voor de opvolging van DSM's over het verloop van de psychosociale begeleiding of behandeling. Dat team zendt dat verslag regelmatig over aan de justitieassistent.

In dat verslag worden de volgende punten behandeld:

- a) data en uren van de gemaakte afspraken;
- b) afwezigheden die niet gerechtvaardigd zijn;
- c) eenzijdige stopzetting van de behandeling door de betrokken persoon;
- d) situaties met ernstig risico voor derden;
- e) stopzetting van de voorgestelde therapie door de therapeut.

Dit verslag wordt ter beschikking gesteld van de betrokkene. In geval van spoedeisendheid en onbereikbaarheid van de justitieassistent wordt rechtstreeks verslag uitgebracht aan de procureur des Konings.

Artikel 6

De minister van het Justitiehuis verbindt zich ertoe justitieassistenten ter beschikking te stellen die met de volgende taken belast zullen zijn:

1° de door de bevoegde overheid opgelegde enquêtes en begeleidingen op zich nemen;

2° aan de teams voor de opvolging van DSM's en de deskundigen de informatie meedelen die de psychosociale teams en zij zelf nodig achten bij de uitvoering van een aan de problematiek van de DSM's aangepaste begeleiding of behandeling. De betrokkene moet daarvan op de hoogte worden gebracht. Het gaat op zijn minst om het vonnis of de beschikking, de uiteenzetting van de feiten (indien die werd opgesteld door de gerechtelijke overheid), het uittreksel uit het strafregister en het eventuele deskundigenverslag dat tijdens het strafonderzoek werd opgesteld. De overgezonden documenten zullen nader worden bepaald in de overeenkomst waarvan het model als bijlage gaat. Dit doet geen afbreuk aan de bevoegdheden van de gerechtelijke overheden, die kunnen oordelen dat een bepaald document niet mag worden meegedeeld of de inzage ervan kunnen toestaan;

3° samenwerken met de psychosociale teams van de penitentiaire inrichtingen en de inrichtingen tot bescherming van de maatschappij;

4° vooraf overleggen met de teams voor de opvolging van DSM's met betrekking tot de mogelijkheid van een begeleiding of een behandeling overeenkomstig het door de bevoegde overheid opgelegde geheel van voorwaarden;

5° erop toezien dat de verbintenissen inzake begeleiding of behandeling worden vastgelegd in een overeenkomst, overeenkomstig het model dat als bijlage gaat, die mede is ondertekend door de betrokkene, de vertegenwoordiger van het team voor de opvolging van DSM's en de justitieassistent;

6° de betrokkene ondersteunen en begeleiden bij zijn re-integratie in de maatschappij door de uitvoering van de naleving van de opgelegde voorwaarden. In voorkomend geval wisselt de justitieassistent nuttige informatie uit met de bevoegde overheid, het parket en de politiediensten met inachtneming van de wettelijke en regelgevende kaders. In dat verband werken de justitieassistenten samen met de verschillende diensten van het lokale sociale weefsel;

7° toezien op de coördinatie en de integratie van alle interventies in het beheer van de individuele gevallen. In die zin winnen de justitieassistenten nuttige informatie in bij de teams voor de opvolging van DSM's en de betrokkene om de bevoegde overheid daarvan in kennis te stellen;

8° een verslag opstellen over de tenlasteneming van de betrokkene voor de bevoegde overheid binnen de maand die volgt op de inwerkingtreding van de opgelegde voorwaarden. En vervolgens telkens wanneer de justitieassistenten het nodig achten of wanneer de bevoegde overheid hen daarom verzoekt, en ten minste om de zes maanden. In voorkomend geval stellen de justitieassistenten de maatregelen voor die zij nuttig achten;

9° als een opgelegde voorwaarde gelet op de situatie van de betrokkene ongeschikt blijkt te zijn, stellen de justitieassistenten de bevoegde overheid daarvan in kennis, die de mogelijkheid heeft om de voorwaarde geheel of gedeeltelijk op te schorten of te wijzigen;

10° in uiterst dringende gevallen rechtstreeks verslag uitbrengen aan de procureur des Konings en de bevoegde overheid daarvan in kennis stellen;

11° de betrokkene de reikwijdte van de wet uitleggen, het verband leggen met zijn visie van het strafbare feit en de context waarin het is gepleegd. De justitieassistenten geven de betrokkene ook uitleg over de lopende gerechtelijke procedure. In dat kader zal aandacht worden besteed aan de middelen die moeten worden aangewend met het oog op zijn re-integratie en met het oog op het voorkomen van recidive;

12° werken met een model voor statistische registratie.

Artikel 7

Een begeleidingscomité zal de toepassing van dit samenwerkingsprotocol aan een jaarlijkse evaluatie onderwerpen. Dit comité zal zes leden tellen, waarvan er twee worden aangeduid door de minister van Justitie, twee door de minister van het Justitiehuis en twee door de minister van Gezondheid. Voor elk lid worden ook een of twee plaatsvervangers aangeduid. Er wordt een roterend voorzitterschap en secretariaat georganiseerd. De organisatiemodaliteiten worden overgelaten aan het oordeel van het begeleidingscomité, dat ze opstelt in het kader van zijn huishoudelijk reglement dat door het comité wordt opgemaakt tijdens de eerste vergadering.

Dit comité stelt binnen een termijn van maximaal drie maanden na de ontvangst van de in artikel 5 bedoelde verslagen een verslag op voor de minister van Justitie, de minister van het Justitiehuis en de minister van Gezondheid.

Minstens eenmaal per jaar wordt op nationaal niveau een vergadering georganiseerd van de verschillende begeleidingscomités die in het kader van de samenwerkingsakkoorden tussen de Federale Staat en de verschillende gemeenschappen/gewesten zijn opgericht inzake de begeleiding en de behandeling van DSM's om ervaringen en informatie uit te wisselen, hun optreden te coördineren en aanbevelingen te formuleren voor de medeondertekenende ministers.

Artikel 8

Dit samenwerkingsakkoord wordt afgesloten voor een periode van drie jaar. Het wordt jaarlijks verlengd tenzij het drie maanden voor het einde van de beoogde periode op grond van de evaluatie van het begeleidingscomité wordt beëindigd.

Artikel 9

Dit samenwerkingsakkoord treedt tien dagen na de bekendmaking in het Belgisch Staatsblad van de wet en het decreet tot goedkeuring van dit akkoord, in werking.

Artikel 10

§ 1: Het opvolgingsteam verbindt zich ertoe om uiterlijk een jaar na de inwerkingtreding van dit akkoord het personeel dat nodig is voor de begeleiding en de behandeling van DSM's, te werven en op te leiden.

§ 2: De minister van Justitie verbindt zich tot de subsidiëring van:

1. de werving en opleiding van het personeel dat nodig is voor de begeleiding en de behandeling van DSM's;
2. de voorbereiding van de methodologie voor de grondige diagnose en behandeling;
3. de voorbereiding van de modellen voor de adviezen, alsook de aankoop van de nodige materialen.

§ 3: De artikelen 4 en 5 van dit akkoord treden in werking zodra de voorwaarden van § 1 zijn vervuld en uiterlijk een jaar na de inwerkingtreding ervan.

Gedaan te Brussel in twee originele exemplaren, waarvan een voor de Federale Staat en een voor de Duitstalige Gemeenschap, op ...20. Nov. 2023

Voor de Federale Staat:

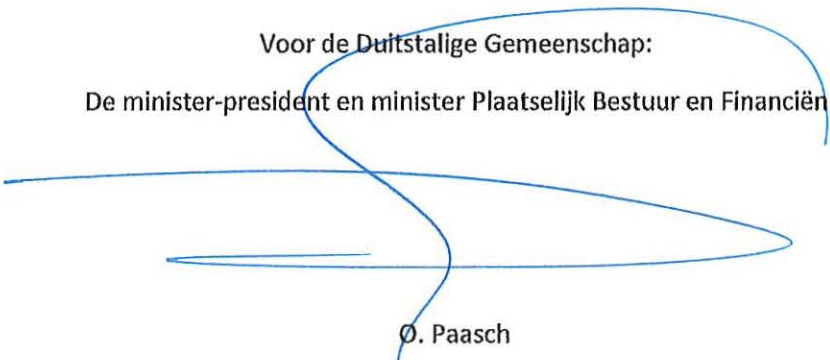
De minister van Justitie,

P. Van Tigchelt



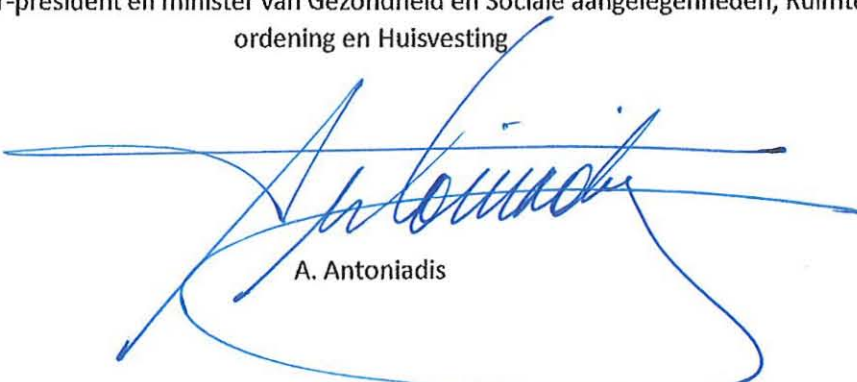
Voor de Duitstalige Gemeenschap:

De minister-president en minister Plaatselijk Bestuur en Financiën



O. Paasch

De viceminister-president en minister van Gezondheid en Sociale aangelegenheden, Ruimtelijke
ordening en Huisvesting



A. Antoniadis

Accord de coopération entre l'Etat fédéral et la Communauté germanophone relatif à la guidance et au traitement des auteurs d'infractions à caractère sexuel

Exposé des motifs

Les accords de coopération relatifs à la guidance et au traitement des auteurs d'infractions à caractère sexuel (AICS) du 8 octobre 1998 et du 13 avril 1999 ont été conclus avec les Régions wallonne, flamande et Bruxelles-Capitale. La Communauté germanophone n'a pas été associée bien que pourtant compétente en matière de santé mentale. Il importe dès lors de conclure un accord entre l'Etat fédéral et la Communauté germanophone afin d'assurer l'accompagnement des AICS concernés.

En outre, il est nécessaire de prendre en compte l'implication de la sixième réforme de l'Etat, entrée en vigueur le 1er juillet 2014 qui a entraîné le transfert des maisons de justice de l'Etat fédéral vers les Communautés. La Communauté germanophone devient donc de facto un partenaire essentiel vu le rôle central donné aux assistants de justice dans le dispositif mis en place par les accords.

L'objectif général du Ministre de la Justice est de faire respecter et d'appliquer la loi, de prévenir la récidive et de promouvoir l'(a) (ré)insertion du délinquant dans la société tout en évitant la stigmatisation.

L'objectif général du Ministre de la Santé en Communauté germanophone est de promouvoir le bien-être, la santé et l'épanouissement harmonieux des personnes et d'éviter qu'il y soit porté atteinte.

L'objectif général du Ministre de la Maison de Justice en Communauté germanophone est d'assurer l'accompagnement des AICS dans le cadre des mandats confiés par les autorités judiciaires.

Cet accord de coopération se fonde sur une concertation et un consensus à propos du groupe-cible, de l'organisation et des moyens. Cette coopération tient compte de la répartition des tâches en fonction des compétences spécifiques des parties concernées.

La collaboration entre les services compétents du Ministre de la Justice, du Ministre de la Maison de Justice et du Ministre de la Santé de la Communauté germanophone, déjà effective sur le terrain, est formalisée et structurée. Elle répond à un besoin de transversalité entre les différents services concernés.

L'obligation de moyens cadre les missions et les responsabilités des parties vis-à-vis de la personne prise en charge. Afin que la coopération puisse se dérouler de façon optimale, chaque partie est au courant des droits et des responsabilités de chacun. Le choix du terme « d'obligation de moyens » réfère à l'engagement de chacune des parties de tout mettre en œuvre en vue de promouvoir l'insertion sociale de l'intéressé et de prévenir la répétition d'actes délictueux dont l'abus sexuel. Ces parties ne peuvent pas garantir le résultat de leur action (contrairement à l'obligation de résultat).

La coopération vise en particulier l'application de la loi du 13 avril 1995 relative aux abus sexuels à l'égard des mineurs mais également les dispositions inscrites dans la loi du 17 mai 2006 relative au statut juridique externe des personnes condamnées à une peine privative de liberté et aux droits reconnus à la victime dans le cadre des modalités d'exécution de la peine, la loi du 5 mai 2014 relative à l'internement, la loi du 29 juin 1964 concernant la suspension, le sursis et la probation, la loi du 20 juillet 1990 relative à la détention préventive, l'article 216ter du Code d'Instruction criminelle concernant la procédure de médiation et mesures, l'article 37 octies du Code pénal portant sur la peine de probation autonome ...

Article 2

On entend par auteur d'infractions à caractère sexuel toute personne ayant enfreint les articles 417/7 à 417/22, 417/24 à 417/41, 417/44 à 417/47 et 417/51 à 417/54 du Code pénal ou soupçonnés d'avoir commis un ou des actes couverts par ces articles.

Aperçu des différents cadres légaux.

1. Loi du 17 mai 2006 relative au statut juridique externe des personnes condamnées à une peine privative de liberté et aux droits reconnus à la victime dans le cadre des modalités d'exécution de la peine

1.1 Libération conditionnelle

La libération conditionnelle est un mode d'exécution d'une peine privative de liberté par lequel le juge d'application des peines (JAP) ou le tribunal de l'application des peines (TAP) accorde à un condamné de subir sa peine en dehors de la prison moyennant le respect des conditions durant un délai déterminé. Six mois avant que le condamné se trouve dans les conditions de temps déterminées par l'article 25, § 1er ou § 2, ou immédiatement si ce délai ne peut être respecté, le directeur de la prison l'informe par écrit de la possibilité de demander une libération conditionnelle. Dès ce moment, le condamné peut introduire une demande écrite d'octroi d'une libération conditionnelle. Une fois la procédure introduite, la direction dispose d'un délai de deux mois pour émettre la demande de libération conditionnelle comprenant l'avis motivé d'un service spécialisé dans l'expertise diagnostique des délinquants sexuels pour les condamnés subissant une peine pour des faits de mœurs, avec une appréciation de la nécessité d'imposer un traitement.

Le JAP ou le TAP octroie la libération conditionnelle s'il constate, à la lecture des différents rapports dont il dispose, que les conditions prévues par la loi sont remplies. En cas de décision d'octroi, le juge ou le tribunal mentionne dans son jugement la liste des conditions qui assortissent la libération du condamné. Il peut imposer de suivre une guidance ou un traitement dans un service spécialisé dans la guidance ou le traitement des auteurs d'infractions à caractère sexuel. Il fixe également la durée de la guidance ou du traitement.

Un assistant de justice est alors désigné et est chargé de contrôler le respect des conditions imposées et de faire régulièrement rapport au juge ou au tribunal de la manière dont se déroule la mesure de libération conditionnelle.

1.2 Détention limitée

La détention limitée permet à une personne condamnée à une peine de prison de quitter de manière régulière la prison pour une durée de maximum 16 heures par jour. Elle peut être accordée par le JAP ou le TAP au condamné afin de défendre ses intérêts professionnels, de formation ou familiaux qui nécessitent sa présence hors de la prison.

La détention limitée peut être accordée au condamné qui se trouve, à six mois près, dans les conditions de temps pour l'octroi de la libération conditionnelle et pour autant qu'il n'existe pas de contre-indications dans le chef du condamné.

Lorsqu'une détention limitée est accordée à la personne condamnée, le JAP ou le TAP envoie le jugement à la maison de justice compétente afin qu'un assistant de justice soit désigné pour assurer l'accompagnement judiciaire. Lors du premier entretien, l'assistant de justice expliquera le cadre de la mesure de détention limitée et établira avec la personne l'horaire à respecter sur base des conditions imposées par le JAP ou le TAP. L'horaire comprend les heures à l'extérieur de la prison et celles à l'intérieur. La personne en détention limitée peut bénéficier de congés pénitentiaires si elle en a fait la demande et que le JAP ou le TAP les accorde. Celui-ci fixe leur nombre et leur fréquence. Tout au long de la détention limitée, des entretiens réguliers sont fixés avec l'assistant de justice afin de donner les informations relatives à la mise en place des conditions et d'apporter le soutien nécessaire dans l'accomplissement des démarches à effectuer. Il vérifie également le respect des conditions et informe régulièrement le JAP ou le TAP du déroulement de la mesure de détention limitée.

1.3 Surveillance électronique

La surveillance électronique permet d'exécuter en totalité ou en partie une peine privative de liberté en dehors de la prison. La personne est soumise à un horaire établi par le département maison de justice du Ministère de la Communauté germanophone. Son respect est contrôlé entre autres via des moyens électroniques.

La surveillance électronique peut être accordée au condamné qui se trouve, à six mois près, dans les conditions de temps pour l'octroi de la libération conditionnelle et, pour autant, qu'il n'existe pas de contre-indications dans le chef du condamné.

Tout au long de la surveillance électronique, des entretiens réguliers sont fixés avec l'assistant de justice ou sont mis en place par le département maison de justice du Ministère de la Communauté germanophone afin de donner les informations relatives à la mise en place des conditions et d'apporter le soutien nécessaire dans l'accomplissement des démarches à effectuer et le respect du programme-horaire. L'assistant de justice vérifie également le respect des conditions et informe régulièrement le JAP ou le TAP du déroulement de la mesure de surveillance électronique.

1.4 Libération provisoire des condamnés pour raisons médicales

La libération provisoire pour raisons médicales est décidée par le JAP. Elle prévoit la suspension de l'exécution de la peine privative de liberté. Le JAP peut accorder une libération provisoire pour raisons médicales au condamné pour lequel il est établi qu'il se trouve en phase terminale d'une maladie incurable ou que sa détention est devenue incompatible avec son état de santé.

Le JAP assortit la décision d'octroi d'une libération provisoire pour raisons médicales de la condition générale que le condamné ne peut pas commettre de nouvelles infractions. Il peut également fixer des conditions particulières, dans ce cas la guidance est confiée à un assistant de justice.

1.5 Mise en liberté provisoire en vue de l'éloignement du territoire ou de la remise pour les condamnés à maximum 3 ans de peine effective

Cette modalité d'exécution de la peine s'applique aux étrangers condamnés qui ne possèdent pas de titre de séjour valable ou de titre de séjour non encore échu ni de permis d'établissement. Elle

s'applique aussi à ceux qui font l'objet d'une demande d'extradition ou de remise. Elle peut être octroyée par le JAP ou le TAP pour autant que le condamné ait subi un tiers de ces peines et qu'il n'existe pas de contre-indications dans le chef de celui-ci.

Six mois avant que le condamné se trouve dans les conditions de temps, le directeur de la prison l'informe par écrit sur la possibilité de demander une mise en liberté provisoire en vue de l'éloignement du territoire ou de la remise. Dès ce moment, le condamné peut introduire une demande écrite d'octroi d'une mise en liberté provisoire en vue de l'éloignement du territoire ou de la remise auprès du greffe de la prison. Le directeur de la prison rend un avis au plus tard dans les quatre mois de la réception de la demande écrite.

2. Loi du 5 mai 2014 relative à l'internement

L'internement des personnes atteintes d'un trouble mental qui abolit ou altère gravement leur capacité de discernement ou de contrôle de leurs actes est une mesure de sûreté destinée à la fois à protéger la société et à faire en sorte que les soins requis par l'état de santé de la personne internée lui soient dispensés en vue de sa réinsertion dans la société. Désormais, seuls les faits ayant provoqué une atteinte à l'intégrité physique ou psychique d'un tiers peuvent mener à un internement.

L'article 2 de la loi dispose que la personne internée se verra proposer les soins dont elle a besoin pour mener une vie conforme à la dignité humaine. Les soins dispensés doivent permettre à la personne internée de se réinsérer le mieux possible dans la société et doivent être donnés, dans la mesure du possible, par le biais d'un trajet de soins sur mesure de manière à être adaptés à la personne internée.

L'article 5 de la loi précise, quant à lui, que le juge d'instruction ainsi que les juridictions d'instruction ou de jugement ordonnent une expertise psychiatrique médico-légale afin d'établir, si, dans le cas où la prévention porterait sur des faits visés aux articles 417/7 à 417/22, 417/24 à 417/41, 417/44 à 417/47 et 417/51 à 417/54 du Code pénal, commis sur des mineurs ou avec leur participation, il est nécessaire d'imposer une guidance ou un traitement spécialisé.

Après que le tribunal correctionnel, la cour d'assises ou la chambre du conseil a décidé d'un internement, la chambre de protection sociale s'occupe de la mise en œuvre de cette décision. La chambre de protection sociale est une chambre spécialisée du TAP qui va décider soit du placement en institution (et alors du choix de l'institution), soit de l'octroi d'une modalité d'exécution de l'internement.

La loi prévoit différentes modalités d'exécution de l'internement : la libération à l'essai, la détention limitée et la surveillance électronique. La libération à l'essai est une modalité d'exécution de la décision d'internement par laquelle la personne internée subit la mesure de sûreté qui lui a été imposée dans le cadre d'un trajet de soins résidentiel ou ambulatoire, moyennant le respect des conditions qui lui sont imposées pendant le délai d'épreuve. La détention limitée permet à la personne internée de quitter, de manière régulière, l'établissement ou la prison pour une durée maximum de seize heures par jour. Elle peut être accordée à la personne internée afin de défendre des intérêts thérapeutiques, professionnels, de formation ou familiaux qui requièrent sa présence hors de l'établissement. La surveillance électronique est une modalité d'exécution d'une décision d'internement par laquelle la personne internée subit la mesure de sûreté qui lui a été imposée en dehors de l'établissement, selon un plan d'exécution déterminé, dont le respect est contrôlé notamment par des moyens électroniques.

Pour la mise en place de ces trois modalités d'exécution de l'internement, un assistant de justice est mandaté pour le suivi de la personne internée. La mission de celui-ci est d'assurer une guidance à l'égard du justiciable dans le but d'éviter la récidive et de soutenir la réinsertion sociale de ce dernier, en aidant le justiciable à respecter ses conditions et en vérifiant le respect. Tout au long de la guidance, une attention particulière est portée sur la continuité ou la mise en place du trajet de soins à la lumière de la philosophie de la loi. Pour ce faire, l'assistant de justice collabore avec le réseau de soins en santé mentale.

La personne ou le service qui accepte la mission de guidance ou de traitement de l'intéressé adresse à l'assistant de justice, dans le mois de l'octroi de la modalité et chaque fois que cette personne ou ce service l'estime utile, à la demande de la chambre de protection sociale et au moins une fois tous les six mois, un rapport de suivi sur la guidance ou le traitement. Ce rapport porte sur les points suivants: les présences effectives de l'intéressé aux consultations proposées, ses absences injustifiées, la cessation unilatérale de la guidance ou du traitement par l'intéressé, les difficultés survenues dans la mise en œuvre de ceux-ci et les situations comportant un risque sérieux pour les tiers.

3. Loi du 29 juin 1964 concernant la suspension, le sursis et la probation

En vertu de cette loi, le juge peut éviter de prononcer une peine d'emprisonnement effectif par le biais de la suspension du prononcé de la condamnation. Il peut également, en cas de condamnation, décider du sursis à l'exécution de la peine. Ces mesures peuvent s'accompagner de conditions particulières pour une période d'un à cinq ans (suspension et sursis probatoires).

A la requête de l'inculpé ou avec son accord, le magistrat peut faire procéder, par un assistant de justice, à une enquête sociale sur son comportement et son milieu.

La commission de probation du lieu de résidence de l'intéressé veille à l'exécution de celle-ci. L'assistant de justice fait rapport à la commission de probation dans le mois qui suit sa désignation, chaque fois qu'il l'estime utile ou à la demande de la commission de probation, et au moins une fois tous les 6 mois.

Si l'intéressé est condamné pour un/des faits commis sur des mineurs ou avec leur participation, les juridictions compétentes prennent, avant d'ordonner une mesure probatoire, l'avis motivé d'un service spécialisé dans la guidance ou le traitement des délinquants sexuels.

Lorsque la suspension du prononcé de la condamnation ou le sursis à l'exécution de la peine est subordonné à une mesure de probation consistant dans le suivi d'une guidance ou d'un traitement, la commission de probation, après avoir, le cas échéant, pris connaissance de l'avis motivé ci-dessus, invite l'intéressé à choisir un service agréé et spécialisé dans la prise en charge des AICS qui devra adresser un rapport de suivi sur la guidance ou le traitement chaque fois que ce service ou cette personne l'estime utile, ou sur invitation de la commission, et au moins une fois tous les six mois. Le rapport porte sur les points suivants : les présences effectives de l'intéressé aux consultations proposées, les absences injustifiées, la cessation unilatérale de la guidance ou du traitement par la personne concernée, les difficultés survenues dans la mise en œuvre de ceux-ci et les situations comportant un risque sérieux pour les tiers.

4. Loi du 20 juillet 1990 relative à la détention préventive : Libération sous conditions

Dans les cas où la détention préventive peut être ordonnée ou maintenue dans les conditions prévues à l'article 16, § 1^{er} de la loi du 20 juillet 1990, le juge d'instruction peut, d'office, sur réquisition du ministère public ou à la demande de l'inculpé, laisser l'intéressé en liberté en lui imposant de respecter une ou plusieurs conditions, pendant le temps qu'il détermine et pour un maximum de trois mois comme par exemple interdire à l'intéressé d'exercer une activité qui le mettrait en contact avec des mineurs. En vue de la détermination des conditions, le juge d'instruction peut faire procéder par un assistant de justice à une enquête sociale ou un rapport d'information succinct. Le juge arrête les conditions à imposer. Si celles-ci prévoient le suivi d'une guidance ou d'un traitement, le juge d'instruction ou la juridiction d'instruction ou de jugement, invite l'inculpé à choisir une personne compétente ou un service compétent. Ce choix est soumis à l'accord du juge ou de la juridiction. Ladite personne ou ledit service qui accepte la mission, adresse au juge ou à la juridiction et à l'assistant de justice qui est chargé du soutien au respect des conditions et à leur vérification, dans le mois qui suit la libération, et chaque fois que cette personne ou ce service l'estime utile, ou sur l'invitation du juge ou de la juridiction, et au moins une fois tous les deux mois, un rapport de suivi sur la guidance ou le traitement. Le service compétent ou la personne compétente est tenu d'informer le juge ou la juridiction de l'interruption de la guidance ou du traitement.

5. Article 216 ter du Code d'instruction criminelle relatif à l'extinction de l'action publique moyennant l'exécution de mesures et le respect de conditions

Cette loi remplace la médiation pénale par « l'extinction de l'action publique moyennant l'exécution de mesures et le respect de conditions » (en abrégé EAEMC). Dans le langage quotidien, on parle de « procédure médiation et mesures ». Il s'agit d'une alternative aux poursuites qui peut être proposée à tous les stades de la procédure judiciaire lorsque le fait commis ne peut être puni d'un emprisonnement de plus de deux ans. L'objectif visé est la réparation du dommage causé que ce soit vis-à-vis d'une victime identifiée ou vis-à-vis de la société dans son ensemble.

C'est le procureur du Roi qui décide ou non d'orienter un dossier vers la « procédure médiation et mesures ».

Le procureur du Roi peut notamment inviter le suspect, à condition que ce dernier reconnaisse, le cas échéant, sa responsabilité civile dans le fait, à suivre un traitement médical ou toute autre thérapie adéquate pour une période qui ne peut excéder un an. Si le suspect consent aux conditions proposées, le procureur du Roi communique sa décision d'exécution à la maison de justice de la résidence du suspect. La maison de justice désigne alors sans délai un assistant de justice qui sera chargé de l'élaboration et du suivi des mesures. Le suspect et l'assistant de justice élaborent une proposition visant à donner un contenu concret aux mesures et conditions proposées, laquelle est fixée dans une convention acceptée et signée par le suspect.

Si le procureur du Roi marque son accord sur la convention, il la signe également. L'assistant de justice est en charge du suivi et du contrôle de l'exécution des mesures. Si la personne concernée satisfait aux conditions imposées et a respecté ses engagements, le procureur du Roi constate l'extinction de l'action publique pour les faits traités dans le cadre de cette procédure et il n'y aura pas de poursuites devant un tribunal pour ces faits. L'infraction n'est pas inscrite au casier judiciaire. Si la procédure n'aboutit pas ou est interrompue, le procureur Roi décide des suites à donner au dossier.

Conformément à la COL 01/21¹ relative à l'extinction de l'action publique moyennant l'exécution de mesures et le respect de conditions, cette mesure s'indique lorsqu'un lien causal peut être démontré entre le comportement infractionnel, d'une part, et une ou plusieurs autres situations problématiques dans la vie de la personne concernée, d'autre part. Si l'infraction dans le cadre de laquelle la procédure est engagée est à caractère sexuel, il convient d'imposer systématiquement un traitement thérapeutique (ou une formation) axé spécifiquement sur la problématique en question. La thérapie n'implique pas une obligation de résultat. Néanmoins, le suspect est tenu de respecter les accords conclus et de mettre tout en œuvre pour suivre le traitement.

6. Circulaire ministérielle du 15 juillet 2015 relative à la libération provisoire

La libération provisoire est octroyée au condamné qui subit une ou plusieurs peine(s) d'emprisonnement dont la partie exécutoire n'excède pas trois ans d'emprisonnement. Pour les condamnés définitifs qui subissent au moins une condamnation pour des faits visés aux articles 417/7 à 417/22, 417/24 à 417/41, 417/44 à 417/47 et 417/51 à 417/54 du Code pénal s'ils ont été commis à l'égard de mineurs ou avec leur participation, la libération provisoire peut être accordée dès l'instant où le condamné satisfait aux conditions de temps prévues dans la circulaire et pour autant qu'il n'existe pas dans le chef du condamné de contre-indications.

Dès que le jugement est rendu, le directeur de la prison rassemble les informations qu'il juge nécessaires et les informations relatives à la victime. Pour les condamnés dont le total des peines d'emprisonnement principal en exécution n'excède pas 1 an, le directeur peut demander aux équipes psychosociales spécialisées de rédiger un avis. Cet avis est orienté sur la problématique révélée par le type d'infraction et sur les points d'attention particuliers qui devraient le cas échéant être travaillés en guidance dans un objectif de limiter la récidive et dans l'intérêt des victimes. Pour les condamnés dont le total des peines d'emprisonnement principal en exécution excède 1 an, les équipes psychosociales spécialisées rédige un avis spécialisé et propose une guidance lorsqu'il l'estime nécessaire et prépare celle-ci. Le directeur transmet alors la proposition à la Direction gestion de la détention qui prend une décision motivée quant à l'octroi ou non de la libération provisoire. Des conditions particulières individualisées (par exemple, suivre un traitement) peuvent être imposées si elles sont absolument nécessaires pour limiter le risque de récidive ou si elles sont nécessaires dans l'intérêt de la victime. Le directeur remet une copie de la décision au détenu, lui en explique le contenu et les conséquences, la lui fait signer pour réception et, si des conditions sont imposées, également pour accord. S'il refuse les conditions, la libération n'est pas octroyée. Lorsque la décision de libération provisoire est exécutée, un assistant de justice est désigné pour le suivi. Lorsque des conditions particulières ont été imposées, la guidance sera d'une durée égale à la durée de la peine privative de liberté que le condamné devait encore subir (restant de la peine) au jour de la mise en liberté, avec un minimum d'un an.

¹ Circulaire commune du Ministre de la Justice, des ministres des entités fédérées et du Collège des procureurs généraux près les cours d'appel.

7. Code pénal

7.1. Mise à disposition du tribunal d'application des peines

En vertu de l'article 34 bis, 34 ter et 34 quater du Code pénal, la mise à la disposition du TAP est définie comme une peine complémentaire qui doit ou peut être prononcée dans les cas prévus par la loi aux fins de protection de la société à l'égard de personnes ayant commis certains faits graves portant atteinte à l'intégrité de personnes. Cette peine complémentaire prend cours à l'expiration de l'emprisonnement principal ou de la réclusion et peut être prononcée pour une période de cinq ans minimum et de quinze ans maximum, dans le cadre notamment des condamnations sur la base des articles 417/7, 417/10, 417/11, 417/13 à 417/22 du Code pénal. Si le condamné est en détention, le directeur de l'établissement pénitentiaire rend un avis motivé relatif à la privation de liberté ou à la libération sous surveillance au plus tard quatre mois avant l'expiration de la peine où il mentionne les conditions particulières qu'il estime nécessaires d'imposer au condamné. Selon l'article 95/3 de la loi du 17 mai 2006, si le condamné subit une peine pour des faits visés aux articles 417/7 à 417/22, 417/24 à 417/41, 417/44 à 417/47 et 417/51 à 417/54 et 433quater1 à 433quater7 du Code pénal s'ils ont été commis à l'égard de mineurs ou avec leur participation, l'avis doit être accompagné d'un avis motivé d'un service spécialisé dans l'expertise diagnostique des délinquants sexuels. Cet avis contient une appréciation de la nécessité d'imposer un traitement. Par ailleurs, dans le cas où le condamné est mis à la disposition du TAP pour un des faits visés aux articles 417/7, 417/10, 417/11, 417/13 à 417/22 du Code pénal, le TAP peut assortir la libération sous surveillance de la condition de suivre une guidance ou un traitement auprès d'un service spécialisé dans la guidance ou le traitement des AICS. Le TAP fixe la durée de la période pendant laquelle le condamné devra suivre cette guidance ou ce traitement.

7.2. Peine de probation autonome

En vertu de l'article 37octies du Code pénal, lorsqu'un fait est de nature à entraîner une peine de police ou une peine correctionnelle, le juge peut condamner, à titre de peine principale, à une peine de probation autonome. Une peine de probation autonome consiste en l'obligation de respecter des conditions particulières durant une période déterminée, fixée par le juge. La durée de cette peine ne peut être inférieure à six mois ni supérieure à deux ans. Le juge peut donner des indications concernant le contenu de la peine de probation autonome. La personne condamnée est soumise à une guidance judiciaire exercée par un assistant de justice de l'arrondissement judiciaire du lieu de sa résidence.

Le juge prévoit, dans les limites des peines prévues pour l'infraction et par la loi en fonction de sa saisine, une peine d'emprisonnement ou une amende qui peut être applicable en cas de non-exécution de la peine de probation autonome. Cette peine ne peut être prononcée pour les faits qui seraient punissables, s'ils n'étaient transmués en délits, d'une peine maximale supérieure à vingt ans de réclusion pour les faits visés aux articles 417/12 à 417/22 et des articles 417/25 à 417/41, 417/44 à 417/47, 417/52 et 417/54 si les faits ont été commis sur des mineurs ou à l'aide de mineurs du Code pénal.

L'exécution de la peine de probation autonome est contrôlée par la commission de probation du lieu de la résidence du condamné à laquelle l'assistant de justice fait rapport. Dans le mois qui suit la désignation de l'assistant de justice, et ensuite chaque fois que celui-ci l'estime utile ou chaque fois que la commission lui en fait la demande, et au moins tous les six mois, il fait rapport à la commission de probation sur le respect des conditions. Il propose, le cas échéant, les mesures qu'il juge utiles.

La commission de probation détermine le contenu concret de la peine de probation autonome, sur la base du rapport de l'assistant de justice qui a entendu le condamné et dans le respect des indications données par le juge. Le contenu concret de la peine de probation autonome est notifié dans une convention à signer par le condamné, dont l'assistant de justice lui remet une copie. L'assistant de justice communique également une copie de la convention signée à la commission de probation, dans un délai de trois jours ouvrables.

Si la commission de probation estime que la peine de probation autonome a été exécutée, elle peut décider que celle-ci prend fin, même si la période fixée par le juge n'a pas encore expiré.

En cas d'inexécution totale ou partielle de la peine de probation autonome, l'assistant de justice informe sans délai la commission de probation. Cette dernière convoque alors le condamné et rédige un rapport motivé en vue de l'application de la peine de substitution. Dans ce cas, le ministère public peut décider d'exécuter la peine d'emprisonnement ou l'amende prévue dans la décision judiciaire, et ce en tenant compte de la peine de probation autonome qui a déjà été exécutée par le condamné.

Article 3

Les équipes psychosociales présentes dans chaque établissement pénitentiaire ou section de défense sociale sont spécialisées. Elles sont pluridisciplinaires et composées de psychiatre, psychologue, assistant social et d'un directeur de prison.

Les missions des équipes psychosociales (voir circulaire 1629/XIII du 12 juillet 1994) sont multiples et concernent essentiellement l'accueil, l'accompagnement, la gestion de crise et la formulation d'avis concernant les condamnés et internés et ce dans le cadre des modalités d'exécution de la peine et de l'internement à l'intention des autorités compétentes. Elles sont assurées en langue allemande par un membre de l'équipe psychosociale, en délégation à une tierce personne ou via un traducteur.

Il importe de sensibiliser l'AICS à sa problématique. Dans ce contexte, les équipes psychosociales spécialisées sont chargées, dans le cadre de l'investigation psychosociale, de mettre en œuvre un accompagnement individuel intrapénitentiaire à visée préthérapeutique. Cet accompagnement est effectué en préparation à la guidance ou au traitement post-pénitentiaire organisés par les équipes de suivi des AICS.

Article 4

Le Ministre de la Justice s'engage à subventionner des experts qui soutiennent l'équipe de suivi des AICS. La Communauté germanophone disposant d'une seule équipe de suivi d'AICS, celle-ci peut nécessiter un soutien spécialisé et un échange spécialisé pour chaque avis et traitement qu'elle est censée effectuer.

Les experts peuvent jouer un rôle de soutien aussi bien en ce qui concerne la guidance, les avis et le traitement des cas individuels qu'en ce qui concerne l'approche globale et la méthodologie scientifique.

Par ailleurs, les experts peuvent également offrir une formation spécifique et mettre leur méthodologie à la disposition des équipes spécialisées qui en font la demande. Ils accomplissent également des missions d'avis et de traitement, fondement de la recherche scientifique.

Les AICS peuvent être également envoyés vers des experts en vue d'une guidance extra-pénitentiaire adaptée à leur problématique.

Article 5

L'équipe de suivi des AICS est subventionnée par le Ministre de la Justice et le Ministre de la Santé, selon leurs compétences respectives. Elle soutient la collaboration entre les partenaires (assistants de justice, experts).

Signaler des situations présentant un risque sérieux pour des tiers n'entre pas en contradiction avec le principe du secret professionnel, pour autant que l'on puisse parler d'un état de nécessité où des valeurs (morales) supérieures, telle que la protection de la société, entrent en conflit avec l'obligation absolue de confidentialité (Cass. 13.5.1987). Le professionnel en charge du dossier doit évaluer le degré de gravité de cet état de nécessité. Il doit examiner deux intérêts contradictoires à savoir son secret professionnel et le danger pour des tiers. S'il estime qu'il existe une situation présentant un risque sérieux pour des tiers et que la prise en charge n'offre pas d'issue à cette situation, le professionnel en charge du dossier rédige un rapport à l'intention de l'autorité compétente (voir art. 1, 2° de l'accord de coopération). Cette personne en informe également l'assistant de justice. Il incombe à la personne en charge du dossier de prendre des mesures en vue de la prévention de la récidive.

Article 6

Les assistants de justice sont chargés d'aider le justiciable à respecter les conditions imposées ainsi que du contrôle de celles-ci. Ils assurent le suivi des conditions imposées par l'autorité compétente et collaborent avec les différents acteurs concernés en vue d'une prise en charge coordonnée autour de l'AICS.

Outre les tâches habituelles des assistants de justice dans le cadre de leurs missions pénales, l'article 6 des accords de coopération leur confie un rôle central dans la communication entre les différents intervenants concernés. Ils occupent une position-clé en se situant entre les autorités judiciaires, les experts, les équipes de suivi des AICS et l'intéressé.

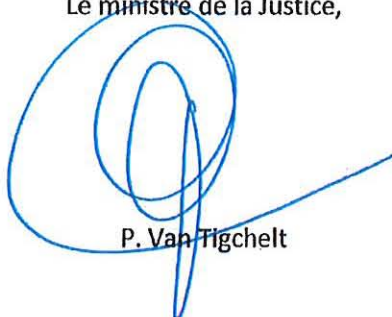
Article 7

Un comité d'accompagnement soumettra l'application du présent protocole de coopération à une évaluation annuelle. Il sera composé de 6 membres dont 2 désignés par le Ministre de la Justice, 2 par le Ministre de la Santé et 2 par le Ministre de la Maison de Justice. Pour chacun des membres, un ou deux suppléants seront également désignés. Une présidence et un secrétariat tournants seront organisés. Les modalités d'organisation sont laissées à l'appréciation du comité d'accompagnement qui les établit dans le cadre de son règlement d'ordre intérieur qu'il définit lors de sa première séance.

L'évaluation annuelle de cet accord de coopération doit permettre d'adapter les efforts entrepris dans la perspective d'une approche cohérente et coordonnée de la problématique des AICS. A cette fin, le comité d'accompagnement peut organiser un audit externe en vue d'une évaluation concrète du déroulement des prises en charge dans la pratique.

Pour l'Etat fédéral :

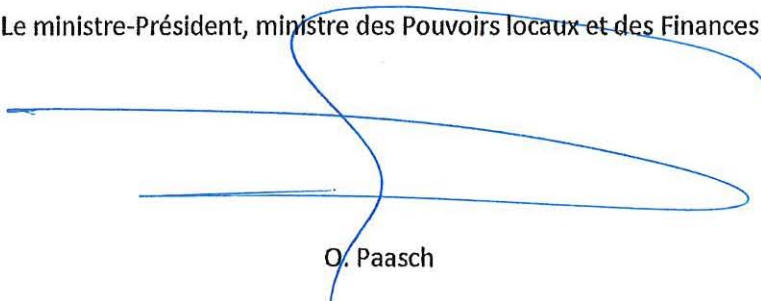
Le ministre de la Justice,

A handwritten signature in blue ink, consisting of several overlapping loops and a long horizontal stroke extending to the right.

P. Van Tigchelt

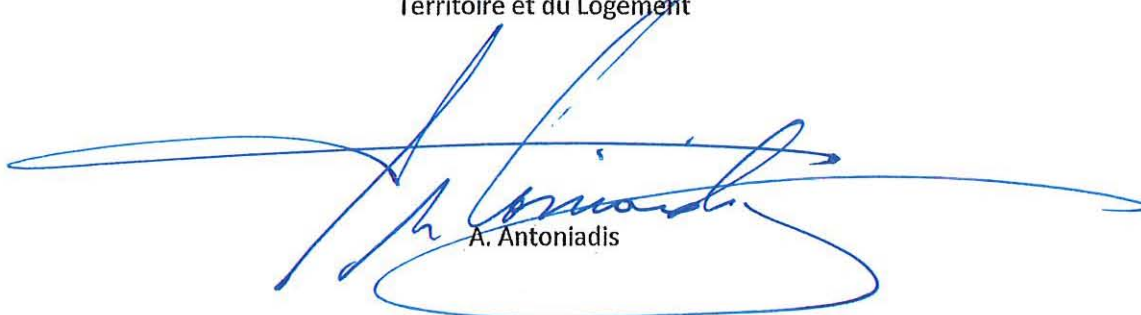
Pour la Communauté germanophone :

Le ministre-Président, ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A handwritten signature in blue ink, featuring a large, sweeping loop that crosses itself and ends with a long horizontal stroke.

O. Paasch

Le vice-ministre-Président, ministre de la Santé et des Affaires Sociales, de l'Aménagement du
Territoire et du Logement

A handwritten signature in blue ink, with a complex, flowing design that includes multiple loops and a long horizontal stroke.

A. Antoniadis

**Accord de coopération entre l'Etat fédéral et la Communauté germanophone relatif à la guidance
et au traitement des auteurs d'infractions à caractère sexuel**

Article 1

Pour l'application du présent accord de coopération, on entend par :

- 1° équipes psychosociales: équipes pluridisciplinaires spécialisées dans la problématique des AICS (composées au moins d'un travailleur social, d'un psychologue et d'un psychiatre) et qui travaillent au sein des établissements pénitentiaires, et de l'établissement ou des établissements ou services organisés par le gouvernement fédéral pour la protection de la société, le centre de psychiatrie légale organisé par le gouvernement fédéral ou l'établissement reconnu par l'autorité compétente et organisé par un établissement privé capable de prodiguer des soins appropriés à la personne détenue;
- 2° autorité compétente : en fonction des différents cadres juridiques repris à l'article 2 et suivant le moment de l'intervention, désigne le ministre de la Justice, la chambre de protection sociale, la commission de probation, l'autorité judiciaire et le juge/le tribunal de l'application des peines ;
- 3° intéressé : auteur d'une infraction à caractère sexuel ou personne suspectée d'avoir commis une infraction à caractère sexuel domicilié en région de langue allemande ;
- 4° équipe de suivi des AICS : équipe de santé spécialisée dans la guidance et le traitement extra-pénitentiaire ambulatoire des AICS agissant en collaboration avec l'expert ;
- 5° expert : professionnel de la santé qui offre un soutien à l'équipe de suivi des AICS sous forme de supervision, formation, immersion, discussion de cas et appui psychologique et psychiatrique ;
- 6° assistant de justice : agent du Ministère de la Communauté germanophone, département Maison de Justice, qui, à la demande d'une autorité compétente, effectue des missions de contrôle et d'accompagnement de l'intéressé dans le cadre d'une procédure judiciaire ou pour l'exécution d'une décision de justice ;
- 7° convention : accord écrit conclu entre l'assistant de justice, l'auteur d'infraction à caractère sexuel et le représentant de l'équipe de suivi des AICS chargée de la guidance ou du traitement. Il porte sur les moyens à mettre en œuvre sans obligation de résultats et les modalités de coopération entre les parties ;
- 8° comité d'accompagnement : comité chargé d'évaluer l'exécution et les termes du présent accord de coopération ;
- 10° Ministre de la Santé : Ministre de la Communauté germanophone ayant la santé dans ses attributions.
- 11° Ministre de la Maison de Justice : Ministre de la Communauté germanophone ayant la compétence de la Maison de Justice dans ses attributions.
- 12° Ministre de la Justice : Ministre de l'Etat fédéral ayant la compétence de la justice dans ses attributions

Article 2

Le présent accord de coopération porte sur l'accompagnement et le traitement de la personne condamnée pour des infractions visées aux articles 417/7 à 417/22, 417/24 à 417/41, 417/44 à 417/47 et 417/51 à 417/54 du Code pénal ou soupçonnés d'avoir commis un ou des actes couverts par ces articles, ci-après dénommée l'intéressé, et qui relèvent de l'application de l'une des réglementations mentionnées ci-dessous ou sont éligibles à son application :

1° la loi du 17 mai 2006 relative au statut juridique externe des personnes condamnées à une peine privative de liberté et aux droits reconnus à la victime dans le cadre des modalités d'exécution de la peine ;

2° la loi du 5 mai 2014 relative à l'internement des personnes ;

3° la loi du 29 juin 1964 concernant la suspension, le sursis et la probation ;

4° la loi du 20 juillet 1990 relative à la détention préventive ;

5° l'article 216 ter du Code d'instruction criminelle relatif à l'extinction de l'action publique par l'exécution de mesures et le respect de conditions ;

6° les circulaires ministérielles du 15 juillet 2015 réglant la libération provisoire ;

7° les articles 34 bis, 34 ter et 34 quater du Code pénal relatifs au renvoi devant le tribunal de l'application des peines et les articles 37 octies, 37 novies, 37 decies et 37 undecies relatifs à la peine autonome de probation.

Article 3

Le Ministre de la Justice installe dans chaque établissement pénitentiaire et établissement ou sections de défense sociale des équipes psychosociales. Dans ce cadre, les missions de ces équipes sont à assurer en langue allemande par un membre de l'équipe psychosociale, en délégation à une tierce personne ou à défaut via un traducteur.

Ces équipes psychosociales sont investies des missions suivantes :

- l'identification des condamnés et des internés pour lesquels il s'avère indiqué de procéder à une investigation psychosociale en regard des prescrits légaux. Cette investigation pluridisciplinaire comprend notamment une analyse de la personnalité, des faits, des contextes passés et présents... Cette investigation relève d'une approche scientifique et dynamique situant la problématique dans une perspective évolutive ;
- la mise en œuvre dans le cadre de l'investigation psychosociale d'un plan de détention axé sur la réinsertion prévoyant un accompagnement individuel intrapénitentiaire à visée préthérapeutique¹ en préparation à la guidance ou au traitement post-pénitentiaire organisés par les équipes de suivi des AICS ;

¹ La méthodologie de prise en charge SPS se focalise sur l'évaluation mais, au travers de l'accompagnement, elle s'attache dans le même temps à mobiliser les ressources de l'intéressé dans un travail de réflexion quant aux faits et aux éléments propres et externes liés à leur survenance et ce dans un contexte particulier (criminogénèse, élaboration d'un plan de reclassement incluant la prise en compte des contre-indications légales) ; l'ensemble pouvant ouvrir des perspectives de prise en charge thérapeutique par d'autres services.

- la formulation d'un avis dans le cadre des modalités d'exécution de la peine intégrant le positionnement quant à la mise en place, par un autre service, d'une guidance et/ou d'un traitement spécialisé ;
- la collaboration et la concertation avec les experts et les équipes de suivi des AICS ;
- la collaboration avec les assistants de justice ;
- la collaboration à la mise en place d'un modèle d'enregistrement de données.

Les équipes psychosociales peuvent, si elles l'estiment nécessaire dans le cadre de la formulation d'avis, solliciter un avis complémentaire en s'adressant aux experts ou aux équipes de suivi des AICS.

Article 4

Le Ministre de la Justice s'engage à subventionner l'expert investi des missions suivantes :

- 1° remplir une fonction de consultant pour toute question relative au thème des AICS ;
- 2° mettre à disposition de l'équipe de suivi des AICS et des assistants de justice des informations scientifiques relatives à l'intéressé ;
- 3° contribuer à l'organisation de formations spécifiques à l'intention des équipes de suivi des AICS en concertation avec celles-ci ;
- 4° participer à des réunions de concertation sous forme de supervision, formation, immersion et discussion de cas afin de coordonner leur action et partager les informations et expériences ;
- 5° mettre à disposition de l'équipe de suivi des AICS un appui psychologique et psychiatrique pour le traitement et les avis en cas de besoin ;
- 6° recueillir et mettre à disposition les informations nécessaires et disponibles relatives à l'évaluation de la problématique et ses enjeux.

Article 5

Le Ministre de la Justice s'engage à subventionner les équipes de suivi des AICS dont les missions sont les suivantes :

- 1° Tout en respectant les compétences des équipes psychosociales des établissements pénitentiaires et de défense sociale, réaliser un avis par au moins deux collaborateurs ayant suivi une formation spécialisée à la demande d'une autorité compétente. La nécessité de deux personnes se justifie par la sauvegarde de la qualité de l'avis ;
- 2° participer à des réunions de concertation sous forme de supervision, formation, immersion et discussion de cas afin de coordonner leur action, partager informations et expériences et assurer une formation continue et une expertise des membres de l'équipe ;
- 3° réunir les données socio-épidémiologiques des équipes de santé spécialisées et rédiger sur cette base un rapport annuel qui doit être remis aux Ministres signataires du présent accord au plus tard le 30 avril qui suit l'année concernée.
- 4° émettre un diagnostic et réaliser un traitement ;
- 5° collaborer à des actions d'information à la demande des Ministres signataires du présent accord de coopération ;

6° recueillir et mettre à disposition les informations nécessaires et disponibles relatives à l'évaluation de la problématique et ses enjeux.

Le Ministre de la Santé s'engage à subventionner les équipes de suivi des AICS investies des missions suivantes :

1° : soutien et traitement ambulatoire des intéressés en Communauté germanophone ;

2° : échange avec les assistants de justice quant au traitement et suivi des intéressés ;

3° : rédaction d'un rapport par l'équipe de suivi des AICS sur le déroulement de la guidance ou du traitement psychologique et social. Cette équipe transmet régulièrement ce rapport à l'assistant de justice.

Ce rapport aborde les points suivants :

a) les dates et heures des rendez-vous fixés ;

b) les absences non justifiées ;

c) la cessation unilatérale du traitement par la personne concernée ;

d) les situations comportant un risque sérieux pour les tiers ;

e) arrêt de la thérapie proposée par le thérapeute.

Ce rapport est tenu à la disposition de l'intéressé. En cas d'extrême urgence et d'impossibilité de joindre l'assistant de justice, rapport peut être directement fait au procureur du Roi.

Article 6

Le Ministre de la Maison de Justice s'engage à mettre à disposition des assistants de justice qui seront investis des missions suivantes :

1°prendre en charge les enquêtes et les guidances, imposées par l'autorité compétente ;

2°communiquer aux équipes de suivi des AICS et aux experts les informations que les équipes psychosociales et eux-mêmes ont estimé nécessaires à la réalisation d'une guidance ou d'un traitement adapté à la problématique des AICS. L'intéressé doit en être informé. Il s'agit, à minima, du jugement ou de l'ordonnance, de l'exposé des faits (si établi par l'autorité judiciaire), de l'extrait de casier judiciaire et du rapport d'expertise éventuel réalisé durant l'enquête pénale. Les documents transmis seront spécifiés dans la convention dont le modèle est annexé. Ceci ne porte pas préjudice aux compétences des autorités judiciaires qui peuvent estimer qu'un document précis ne peut être communiqué ou peuvent en autoriser la consultation ;

3°collaborer avec les équipes psychosociales des établissements pénitentiaires et de défense sociale ;

4° se concerter au préalable avec les équipes de suivi des AICS concernant la possibilité d'une guidance ou d'un traitement conformément au dispositif conditionnel imposé par l'autorité compétente ;

5° veiller à l'inscription des engagements en matière de guidance ou de traitement dans une convention, conformément au modèle annexé, cosignée par l'intéressé, le représentant de l'équipe de suivi des AICS et l'assistant de justice ;

6° soutenir et accompagner l'intéressé lors de sa réinsertion dans la société via la réalisation du respect des conditions imposées. Le cas échéant, l'assistant de justice échange les informations utiles

avec l'autorité compétente, le parquet et les services de police dans le respect des cadres légaux et réglementaires. Les assistants de justice collaborent à cet égard avec les différents services du tissu social local ;

7° veiller à la coordination et à l'intégration de toutes les interventions dans la gestion des cas individuels. En ce sens, les assistants de justice récoltent les informations utiles auprès des équipes de suivi des AICS et de l'intéressé en vue d'en informer l'autorité compétente ;

8° rédiger un rapport relatif à la prise en charge de l'intéressé à destination de l'autorité compétente dans le mois qui suit l'entrée en vigueur des conditions imposées. Et ensuite, chaque fois que les assistants de justice l'estiment utile ou que l'autorité compétente les y invite, et au moins une fois tous les six mois. Le cas échéant, les assistants de justice proposent les mesures qu'ils jugent nécessaires ;

9° si une condition imposée s'avère inadaptée au regard de la situation de l'intéressé, les assistants de justice en informent l'autorité compétente qui dispose de la possibilité de suspendre en tout ou en partie la condition ou de l'amender ;

10° en cas d'extrême urgence, faire directement rapport au procureur du Roi et en informer l'autorité compétente ;

11° expliquer à l'intéressé la portée de la loi, faire le lien avec sa vision du fait délictueux et le contexte dans lequel il a été commis. Les assistants de justice donnent également à l'intéressé des explications sur la procédure judiciaire en cours. Dans ce cadre, l'attention se portera sur les moyens à mettre en œuvre en vue de sa réinsertion et en vue de l'évitement de la récidive ;

12° travailler avec un modèle d'enregistrement statistique.

Article 7

Un comité d'accompagnement soumettra l'application du présent protocole de coopération à une évaluation annuelle. Il sera composé de 6 membres dont 2 désignés par le Ministre de la Justice, 2 par le Ministre de la Maison de Justice et 2 par le Ministre de la Santé. Pour chacun des membres, un ou deux suppléants seront également désignés. Une présidence et un secrétariat tournants seront organisés. Les modalités d'organisation sont laissées à l'appréciation du comité d'accompagnement qui les établit dans le cadre de son règlement d'ordre intérieur qu'il définit lors de sa première séance.

Ce comité rédigera un rapport à l'intention du Ministre de la Justice, du Ministre de la Maison de Justice et du Ministre de la Santé, dans un délai de trois mois maximum après réception des rapports visés à l'article 5.

Au moins une fois l'an, une réunion des différents comités d'accompagnement institués dans le cadre des accords de coopération entre l'Etat fédéral et les différentes Communautés/Régions concernant la guidance et le traitement des AICS, sera organisée au niveau national pour partager expériences et informations, coordonner leur action et formuler des recommandations à l'intention des Ministres cosignataires.

Article 8

Le présent accord de coopération est conclu pour une période de trois ans. Il sera prolongé annuellement sauf résiliation trois mois avant la fin de la période envisagée sur base de l'évaluation du comité d'accompagnement.

Article 9

Le présent accord de coopération entre en vigueur 10 jours après la publication au Moniteur belge de la loi et du décret approuvant cet accord.

Article 10

§1 : L'équipe de suivi s'engage à recruter et former le personnel nécessaire à la guidance et au traitement des AICS au plus tard un an après la mise en vigueur du présent accord.

§2 : Le Ministre de la Justice s'engage à subventionner :

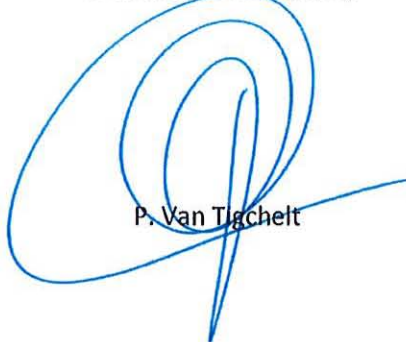
1. l'engagement et la formation du personnel nécessaire à la guidance et au traitement des AICS ;
2. la préparation de la méthodologie pour le diagnostic et le traitement approfondis ;
3. la préparation des modèles pour les avis, ainsi que l'achat des matériaux nécessaires.

§3 : Les articles 4 et 5 du présent accord entrent en vigueur dès que les conditions du §1 sont remplies et au plus tard un an après sa mise en vigueur.

Fait à Bruxelles en deux exemplaires originaux dont un pour l'Etat fédéral et un pour la Communauté germanophone, le ...**20. Nov. 2023**

Pour l'Etat fédéral :

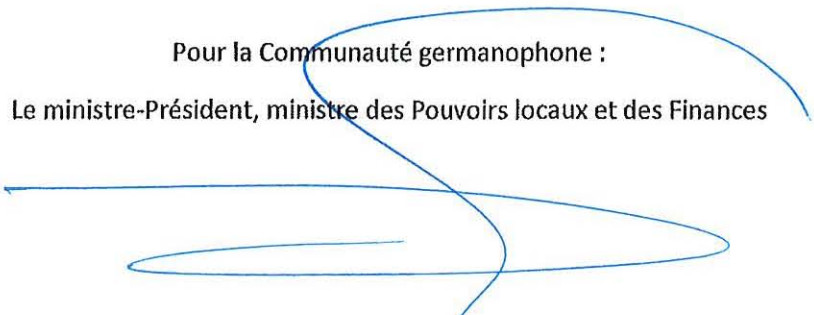
Le ministre de la Justice,



P. Van Tigchelt

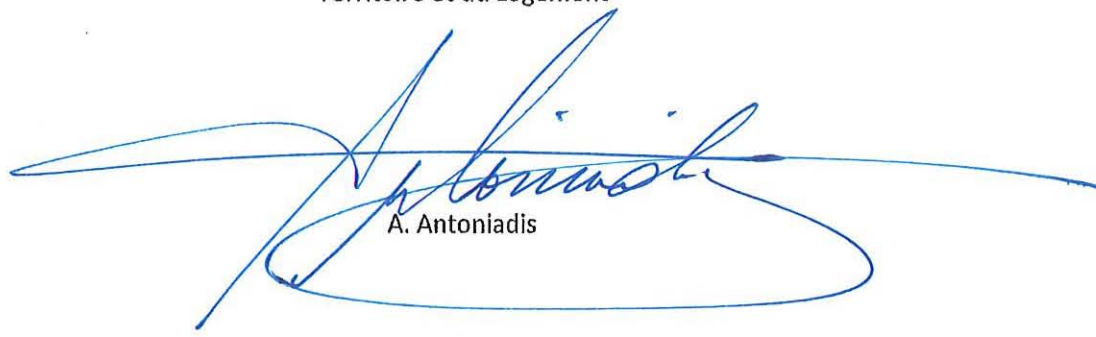
Pour la Communauté germanophone :

Le ministre-Président, ministre des Pouvoirs locaux et des Finances



O. Paasch

Le vice-ministre-Président, ministre de la Santé et des Affaires Sociales, de l'Aménagement du
Territoire et du Logement



A. Antoniadis

Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern

Begründung

Die Zusammenarbeitsabkommen über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern vom 8. Oktober 1998 und vom 13. April 1999 wurden mit der Wallonischen Region, der Flämischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel und der Französischen Gemeinschaftskommission in Brüssel abgeschlossen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wurde nicht einbezogen, obwohl sie für die psychische Gesundheit zuständig ist. Ein Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist demnach erforderlich, um die Begleitung der betreffenden Sexualstraftäter zu gewährleisten.

Darüber hinaus müssen die Auswirkungen der sechsten Staatsreform berücksichtigt werden, die am 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist und dazu geführt hat, dass die Justizhäuser von der föderalen Ebene auf die Gemeinschaften übertragen wurden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird angesichts der zentralen Rolle, die den Justizassistenten durch die in den Abkommen geschaffenen Systeme zugewiesen wurden, de facto zu einem wichtigen Partner.

Das allgemeine Ziel des Justizministers ist es, die Einhaltung und Durchsetzung des Gesetzes zu gewährleisten, Rückfälle zu verhindern und die (Wieder-)Eingliederung der Straftäter in die Gesellschaft zu fördern, wobei eine Stigmatisierung vermieden werden soll.

Das allgemeine Ziel des Ministers für Gesundheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es, das Wohlbefinden, die Gesundheit und die harmonische Entfaltung der Menschen zu fördern und zu verhindern, dass diese geschädigt werden.

Das allgemeine Ziel des Ministers für das Justizhaus der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es, die Begleitung der Sexualstraftäter im Rahmen der von den Justizbehörden erteilten Mandate zu gewährleisten.

Dieses Zusammenarbeitsabkommen beruht auf Konzertierungen und einem Konsens in Bezug auf die Zielgruppe, die Organisation und die Mittel. Bei dieser Zusammenarbeit wird die Aufgabenverteilung gemäß den jeweiligen Zuständigkeiten der beteiligten Abkommenspartner berücksichtigt.

Die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Diensten des Justizministers, des Ministers für das Justizhaus und des Ministers für Gesundheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die vor Ort bereits stattfindet, wird formalisiert und strukturiert. Sie entspricht dem Bedarf an einer Transversalität zwischen den verschiedenen betreffenden Dienstleistern.

Die Leistungsverpflichtung bildet den Rahmen für die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Dienstleister gegenüber der betreuten Person. Damit die Zusammenarbeit optimal funktioniert, müssen die Rechten und Pflichten jedes Dienstleisters transparent wiedergegeben werden. Der Begriff „Leistungsverpflichtung“ bezieht sich auf die Verpflichtung jedes Dienstleisters, alles Mögliche zu unternehmen, um die soziale Eingliederung des Betroffenen zu fördern und die Wiederholung von Straftaten, darunter auch sexueller Missbrauch, zu verhindern. Für das Ergebnis ihres Handelns können die Dienstleister hingegen nicht garantieren (anders als bei der Ergebnisverpflichtung).

Die Zusammenarbeit zielt insbesondere auf die Anwendung des Gesetzes vom 13. April 1995 über den sexuellen Missbrauch von Minderjährigen ab, aber auch auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte, auf das Gesetz vom 5. Mai 2014 über die Internierung, das Gesetz vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung, das Gesetz vom 20. Juli 1990 über die Untersuchungshaft, Artikel 216ter des Strafprozessgesetzbuches über das Erlöschen der Strafverfolgung durch Ausführung von Maßnahmen und Einhaltung von Bedingungen, Artikel 37octies des Strafgesetzbuches über die autonome Bewährungsstrafe usw.

Artikel 2

Ein Sexualstraftäter ist eine Person, die gegen die Artikel 417/7 bis 417/22, 417/24 bis 417/41, 417/44 bis 417/47 und 417/51 bis 417/54 des Strafgesetzbuchs verstoßen hat oder verdächtigt wird, eine oder mehrere Taten begangen zu haben, die unter diese Artikel fallen.

Überblick über die verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen.

1. Gesetz vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte.

1.1 Bedingte Freilassung

Die bedingte Freilassung ist eine Form der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe, bei der der Strafvollstreckungsrichter oder das Strafvollstreckungsgericht einem Verurteilten die Möglichkeit einräumt, seine Strafe außerhalb des Gefängnisses zu verbüßen, wenn er während eines bestimmten Zeitraums bestimmte Auflagen erfüllt. Sechs Monate bevor der Verurteilte die in Artikel 25 §1 oder §2 bestimmten zeitlichen Voraussetzungen erfüllt, oder unverzüglich, wenn diese Frist nicht eingehalten werden kann, informiert der Gefängnisdirektor den Verurteilten schriftlich über die Möglichkeit, eine bedingte Freilassung zu beantragen. Ab diesem Zeitpunkt kann der Verurteilte einen schriftlichen Antrag auf Gewährung einer bedingten Freilassung stellen. Nach Einleitung des Verfahrens hat die Direktion zwei Monate Zeit, den Antrag auf bedingte Freilassung mit einer Beurteilung der Notwendigkeit einer Begleitung auszustellen, mitsamt einer begründeten Stellungnahme eines auf die diagnostische Begutachtung von Sexualstraftätern spezialisierten Dienstes für Verurteilte, die eine Strafe wegen Sittlichkeitsverbrechen verbüßen.

Der Strafvollstreckungsrichter oder das Strafvollstreckungsgericht genehmigt die bedingte Freilassung, wenn er/es anhand der verschiedenen ihm vorliegenden Berichte feststellt, dass die gesetzlich vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind. Im Falle einer Genehmigung führt der Richter oder das Gericht in seinem Urteil die Auflagen auf, die an die bedingte Freilassung des Verurteilten gebunden sind. Er/Es kann eine Begleitung oder eine Behandlung in einer für Sexualstraftäter spezialisierten Einrichtung auferlegen. Er/Es legt auch die Dauer der Begleitung oder Behandlung fest.

Außerdem wird ein Justizassistent beauftragt, der die Einhaltung der verhängten Auflagen überwacht und dem Richter oder Gericht regelmäßig über den Verlauf der Maßnahme der bedingten Freilassung berichtet.

1.2 Haftlockerung

Die Haftlockerung erlaubt es einer Person, die zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, das Gefängnis regelmäßig für maximal 16 Stunden pro Tag zu verlassen. Sie kann dem Verurteilten vom Strafvollstreckungsrichter bzw. vom Strafvollstreckungsgericht gewährt werden, damit er seine beruflichen, ausbildungsbezogenen oder familiären Interessen wahren kann, die seine Anwesenheit außerhalb des Gefängnisses erfordern.

Die Haftlockerung kann dem Verurteilten sechs Monate vor dem Zulassungsdatum der bedingten Freilassung gewährt werden, insofern es keine Kontraindikationen gibt.

Wenn der verurteilten Person eine Haftlockerung gewährt wird, sendet der Strafvollstreckungsrichter bzw. das Strafvollstreckungsgericht das Urteil an das zuständige Justizhaus, damit ein Justizassistent mit der Begleitung beauftragt werden kann. Beim Erstgespräch erläutert der Justizassistent den Rahmen der Maßnahme der Haftlockerung und legt mit der Person anhand der vom Strafvollstreckungsrichter oder Strafvollstreckungsgericht verhängten Auflagen den einzuhaltenden Stundenplan fest. Der Stundenplan umfasst sowohl die Stunden außerhalb als auch diejenigen innerhalb des Gefängnisses. Eine Person in Haftlockerung kann Hafturlaub erhalten, wenn sie einen entsprechenden Antrag gestellt hat und der Strafvollstreckungsrichter oder das Strafvollstreckungsgericht diesen bewilligt. Letzterer/Letzteres legt die Anzahl und die Häufigkeit fest. Während der gesamten Dauer der Haftlockerung werden regelmäßige Gespräche mit dem Justizassistenten vereinbart, um über die Auflagen zu informieren und die notwendige Unterstützung bei der Durchführung der anstehenden Schritte zu leisten. Der Justizassistent überprüft auch die Einhaltung der Auflagen und informiert den o.e. Richter bzw. das Gericht regelmäßig über den Verlauf der Maßnahme der Haftlockerung.

1.3 Elektronische Überwachung

Mithilfe der elektronischen Überwachung kann eine Freiheitsstrafe ganz oder teilweise außerhalb des Gefängnisses vollstreckt werden. Für die betreffende Person wird von dem Fachbereich Justizhaus des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Stundenplan erlassen. Dessen Einhaltung wird unter anderem mit elektronischen Mitteln kontrolliert.

Die elektronische Überwachung kann dem Verurteilten sechs Monate vor dem Zulassungsdatum der bedingten Freilassung gewährt werden, insofern es keine Kontraindikationen gibt.

Während der gesamten Dauer der elektronischen Überwachung werden regelmäßige Gespräche mit dem Justizassistenten vereinbart oder von dem Fachbereich Justizhaus des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingerichtet, um über die Auflagen zu informieren und die notwendige Unterstützung bei der Durchführung der anstehenden Schritte und der Einhaltung des Stundenplans zu leisten. Der Justizassistent überprüft auch die Einhaltung der Auflagen und informiert den Strafvollstreckungsrichter oder das Strafvollstreckungsgericht regelmäßig über den Verlauf der elektronischen Überwachung.

1.4 Vorläufige Freilassung von Verurteilten aus medizinischen Gründen

Über die vorläufige Freilassung aus medizinischen Gründen entscheidet der Strafvollstreckungsrichter. Sie beinhaltet die Aussetzung der Vollstreckung der Freiheitsstrafe. Der Strafvollstreckungsrichter kann einer vorläufigen Freilassung aus medizinischen Gründen zustimmen, wenn der Verurteilte sich nachweislich im Endstadium einer unheilbaren Krankheit befindet oder wenn die Haft nicht mehr mit seinem Gesundheitszustand zu vereinbaren ist.

Der Strafvollstreckungsrichter knüpft die Entscheidung über die Gewährung einer vorläufigen Freilassung aus medizinischen Gründen an die allgemeine Auflage, dass der Verurteilte keine neuen Straftaten begehen darf. Er kann auch besondere Auflagen festlegen. In diesem Fall wird ein Justizassistent mit der Begleitung beauftragt.

1.5 Vorläufige Freilassung im Hinblick auf das Entfernen aus dem Staatsgebiet oder die Übergabe von Verurteilten mit einer effektiven Strafe von höchstens drei Jahren

Diese Art der Strafvollstreckung gilt für verurteilte Ausländer, die keinen gültigen oder noch nicht abgelaufenen Aufenthaltstitel oder keine Niederlassungserlaubnis besitzen. Sie gilt auch für Personen, für die ein Auslieferungs- oder Übergabeantrag vorliegt. Sie kann vom Strafvollstreckungsrichter oder vom Strafvollstreckungsgericht ausgesprochen werden, sofern der Verurteilte ein Drittel dieser Strafen verbüßt hat und es keine Kontraindikationen für die Person des Verurteilten gibt.

Sechs Monate bevor der Verurteilte die zeitlichen Voraussetzungen erfüllt, informiert der Gefängnisdirektor ihn schriftlich über die Möglichkeit, eine vorläufige Freilassung im Hinblick auf das Entfernen aus dem Staatsgebiet oder die Übergabe zu beantragen. Ab diesem Zeitpunkt kann der Verurteilte bei der Kanzlei des Gefängnisses einen schriftlichen Antrag auf Gewährung einer vorläufigen Freilassung im Hinblick auf das Entfernen aus dem Staatsgebiet oder die Übergabe stellen. Der o.e. Direktor gibt spätestens innerhalb von vier Monaten nach Eingang des schriftlichen Antrags eine Stellungnahme ab.

2. Gesetz vom 5. Mai 2014 über die Internierung

Die Internierung von Personen, die an einer psychischen Störung leiden, die ihre Urteilsfähigkeit oder die Fähigkeit, ihre Handlungen zu kontrollieren, aufhebt oder schwer beeinträchtigt, ist eine Sicherheitsmaßnahme, die sowohl die Gesellschaft schützen als auch sicherstellen soll, dass die aufgrund des Gesundheitszustands der internierten Person erforderliche Versorgung gewährleistet wird, und auf ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft abzielt. Fortan können nur noch Taten, die eine Beeinträchtigung der physischen oder psychischen Integrität eines Dritten verursacht haben, zu einer Internierung führen.

Artikel 2 des Gesetzes besagt, dass der internierten Person die Versorgung angeboten wird, die sie benötigt, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Die geleistete Versorgung muss der internierten Person eine möglichst gute Wiedereingliederung in die Gesellschaft ermöglichen und nach Möglichkeit im Rahmen eines individuellen Pflegeverlaufs angeboten werden, der auf die internierte Person angepasst ist.

Artikel 5 des Gesetzes verlangt, dass der Untersuchungsrichter sowie das Untersuchungs- oder erkennendes Gericht ein forensisch-psychiatrisches Gutachten anordnen, um festzustellen, ob im

Fälle einer Prävention in Bezug auf die in den Artikeln 417/7 bis 417/22, 417/24 bis 417/41, 417/44 bis 417/47 und 417/51 bis 417/54 des Strafgesetzbuches genannten Taten, die an Minderjährigen oder mit ihrer Beteiligung begangen wurden, eine spezielle Begleitung oder Behandlung angeordnet werden muss.

Nachdem das Korrekionalgericht, der Assisenhof oder die Ratskammer über eine Internierung entschieden hat, kümmert sich die Kammer zum Schutz der Gesellschaft um die Umsetzung dieser Entscheidung. Die Kammer zum Schutz der Gesellschaft ist eine spezialisierte Kammer des Strafvollstreckungsgerichts, die entweder über die Einweisung in eine Einrichtung (und dann über die Wahl der Einrichtung) oder über die Gewährung einer Vollzugsmodalität für die Internierung entscheidet.

Das Gesetz sieht verschiedene Ausführungsmodalitäten der Internierung vor: probeweise Freilassung, Haftlockerung und elektronische Überwachung. Die probeweise Freilassung ist eine Vollstreckungsmodalität für den Internierungsentscheidung, bei der die internierte Person die ihr auferlegte Sicherungsmaßnahme im Rahmen eines stationären oder ambulanten Pflegeverlaufs und unter Einhaltung der für die Probezeit geltenden Auflagen durchläuft. Die Haftlockerung erlaubt es einer internierten Person, die Einrichtung oder das Gefängnis für eine Dauer von höchstens 16 Stunden pro Tag zu verlassen. Sie kann internierten Personen gewährt werden, damit sie ihre therapeutischen, beruflichen, ausbildungsbezogenen oder familiären Interessen wahren können, die ihre Anwesenheit außerhalb der Einrichtung erfordern. Die elektronische Überwachung ist eine Modalität zur Vollstreckung einer Internierung, bei der die internierte Person die ihr auferlegte Sicherungsmaßnahme außerhalb der Einrichtung und nach einem festgelegten Vollstreckungsplan verbüßt; die Einhaltung wird dabei vor allem mit elektronischen Mitteln überwacht.

Für die Umsetzung dieser drei Ausführungsmodalitäten der Internierung wird ein Justizassistent mit der Begleitung der internierten Person beauftragt. Seine Aufgabe besteht in der Begleitung des Betroffenen, um Rückfälle zu vermeiden und seine soziale Wiedereingliederung zu unterstützen, indem er den Betroffenen bei der Einhaltung seiner Auflagen begleitet und diese überprüft. Während der gesamten Begleitung wird ein besonderes Augenmerk auf die Kontinuität oder die Umsetzung des Pflegeverlaufs im Sinne der Rechtsphilosophie gelegt. Zu diesem Zweck arbeitet der Justizassistent mit dem Versorgungsnetz für psychische Gesundheit zusammen.

Die Person oder der Dienst, die/der die Aufgabe der Begleitung oder Behandlung des Betroffenen übernimmt, übermittelt dem Justizassistenten innerhalb eines Monats nach Gewährung der Modalität und jedes Mal, wenn diese Person oder dieser Dienst es für sinnvoll erachtet, auf Ersuchen der Kammer zum Schutz der Gesellschaft und mindestens einmal alle sechs Monate einen Folgebericht über die Begleitung oder Behandlung. Dieser Bericht umfasst folgende Punkte: die tatsächliche Anwesenheit des Betroffenen bei den angebotenen Gesprächen, unentschuldigte Abwesenheiten, die einseitige Beendigung der Begleitung oder Behandlung durch den Betroffenen, Schwierigkeiten bei der Durchführung der Begleitung oder Behandlung und Situationen, die eine ernsthafte Gefahr für Dritte darstellen.

3. Gesetz vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung

Nach diesem Gesetz kann der Richter die Verhängung einer effektiven Freiheitsstrafe durch die Aussetzung der Urteilsverkündung vermehren. Er kann im Falle einer Verurteilung auch entscheiden, dass die Vollstreckung der Strafe aufgeschoben wird. Diese Maßnahmen können mit besonderen

Auflagen für einen Zeitraum von einem bis fünf Jahren einhergehen (Aussetzung und Aufschub mit Bewährungsauflagen).

Auf Antrag des Angeklagten oder mit seiner Zustimmung kann der Magistrat eine Sozialuntersuchung über sein Verhalten und sein Umfeld durch einen Justizassistenten durchführen lassen.

Die Bewährungskommission des Wohnortes des Betreffenden überwacht die Umsetzung. Der Justizassistent berichtet der Bewährungskommission innerhalb eines Monats nach seiner Beauftragung, so oft er es für sinnvoll erachtet oder auf Anfrage der Bewährungskommission, mindestens aber alle sechs Monate.

Wird der Betreffende aufgrund einer oder mehrerer Taten verurteilt, die an Minderjährigen oder mit deren Beteiligung begangen wurde(n), holen die zuständigen Gerichte vor der Anordnung einer Bewährungsmaßnahme die begründete Stellungnahme eines Dienstes ein, der auf die Begleitung oder Behandlung von Sexualstraftätern spezialisiert ist.

Wenn die Aussetzung der Urteilsverkündung oder der Aufschub der Vollstreckung der Strafe von einer Bewährungsmaßnahme abhängig gemacht wird, die in der Teilnahme an einer Begleitung oder Behandlung besteht, fordert die Bewährungskommission, gegebenenfalls nach Kenntnisnahme der oben genannten begründeten Stellungnahme, den Betreffenden auf, eine anerkannte und auf die Behandlung von Sexualstraftätern spezialisierte Einrichtung auszuwählen, die jedes Mal, wenn diese Einrichtung oder Person es für sinnvoll erachtet, oder auf Aufforderung der Kommission, mindestens aber einmal alle sechs Monate, einen Bericht über die Teilnahme an der Begleitung oder Behandlung vorlegt. Dieser Bericht umfasst folgende Punkte: die tatsächliche Anwesenheit des Betreffenden bei den angebotenen Gesprächen, unentschuldigte Abwesenheiten, die einseitige Beendigung der Begleitung oder Behandlung durch den Betreffenden, Schwierigkeiten bei der Durchführung der Begleitung oder Behandlung und Situationen, die eine ernsthafte Gefahr für Dritte darstellen.

4. Gesetz vom 20. Juli 1990 über die Untersuchungshaft: Freilassung unter Auflagen

In Fällen, in denen die Untersuchungshaft unter den in Artikel 16 §1 des Gesetzes vom 20. Juli 1990 vorgesehenen Bedingungen angeordnet oder aufrechterhalten werden kann, kann der Untersuchungsrichter von Amts wegen, auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder auf Antrag des Beschuldigten den Betreffenden auf freiem Fuß belassen, indem er ihm eine oder mehrere Auflagen verhängt, die für eine vom Richter festzulegende Dauer und für höchstens drei Monate einzuhalten sind; zum Beispiel das Verbot der Ausübung einer Tätigkeit, die den Betreffenden in Kontakt mit Minderjährigen bringen würde. Zur Festlegung der Auflagen kann der Untersuchungsrichter einen Justizassistenten mit einer Sozialuntersuchung oder einem kurzen Informationsbericht beauftragen. Der Richter legt fest, welche Auflagen verhängt werden. Wenn diese eine Begleitung oder Behandlung vorsehen, fordert der Untersuchungsrichter oder das Untersuchungsgericht den Beschuldigten auf, eine zuständige Person oder einen zuständigen Dienst zu wählen. Diese Wahl bedarf der Zustimmung des Richters oder des Gerichts. Die genannte Person oder der Dienst, die den Auftrag annimmt, übermittelt dem Richter oder Gericht und dem Justizassistenten, der für die Unterstützung bei der Einhaltung der Auflagen und deren Überprüfung zuständig ist, innerhalb eines Monats nach der Freilassung und jedes Mal, wenn die Person oder der Dienst es für sinnvoll erachtet, oder auf Aufforderung des Richters oder Gerichts, mindestens jedoch alle zwei Monate, einen Folgebericht über die Begleitung oder Behandlung. Die zuständige Person oder der zuständige Dienst ist verpflichtet, den Richter oder das Gericht über eine Unterbrechung der Begleitung oder Behandlung zu informieren.

5. Artikel 216ter des Strafprozessgesetzbuches über das Erlöschen der Strafverfolgung durch Ausführung von Maßnahmen und Einhaltung von Bedingungen

Dieses Gesetz ersetzt die Vermittlung in Strafsachen durch das „Erlöschen der Strafverfolgung durch die Ausführung von Maßnahmen und die Einhaltung von Bedingungen“. Im alltäglichen Sprachgebrauch wird der Begriff „Vermittlungs- und Maßnahmenverfahren“ verwendet. Es handelt sich um eine Alternative zur Strafverfolgung, die in allen Phasen des Gerichtsverfahrens angeboten werden kann, wenn die begangene Tat nicht mit einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren geahndet werden kann. Das Ziel ist die Wiedergutmachung des verursachten Schadens, sei es gegenüber einem identifizierten Opfer oder gegenüber der Gesellschaft als Ganzes.

Die Entscheidung, ob ein Fall dem „Vermittlungs- und Maßnahmenverfahren“ zugeführt wird oder nicht, obliegt dem Prokurator des Königs.

Dieser kann den Verdächtigen unter anderem auffordern, sich – sofern er seine zivilrechtliche Haftung für die Tat anerkennt – für einen Zeitraum von höchstens einem Jahr einer ärztlichen Behandlung oder einer anderen geeigneten Therapie zu unterziehen. Wenn der Verdächtige den vorgeschlagenen Auflagen zustimmt, teilt der Prokurator des Königs dem Justizhaus des Wohnortes des Betroffenen seine Entscheidung mit. Das Justizhaus beauftragt sodann unverzüglich einen Justizassistenten, der für die Ausarbeitung und Überwachung der Maßnahmen verantwortlich ist. Der Verdächtige und der Justizassistent erarbeiten einen Vorschlag für die konkrete Gestaltung der vorgeschlagenen Maßnahmen und Auflagen. Dieser wird in einer Vereinbarung festgelegt, die der Verdächtige annimmt und unterzeichnet.

Wenn der Prokurator des Königs der Vereinbarung zustimmt, unterzeichnet er sie ebenfalls. Der Justizassistent ist für die Begleitung und die Kontrolle der Durchführung der Maßnahmen verantwortlich. Wenn die betreffende Person die verhängten Auflagen erfüllt und ihren Verpflichtungen nachkommt, stellt der Prokurator des Königs das Erlöschen der Strafverfolgung für die in diesem Verfahren behandelten Sachverhalte fest und es wird wegen dieser Sachverhalte kein Verfahren vor einem Gericht eingeleitet. Die Straftat wird nicht in das Strafregister eingetragen. Wenn das Verfahren zu keinem Ergebnis führt oder abgebrochen wird, entscheidet der Prokurator des Königs, wie in der Akte weiter verfahren werden soll.

Gemäß Rundschreiben COL 01/21¹ in Bezug auf das Erlöschen der Strafverfolgung durch die Ausführung von Maßnahmen und die Einhaltung von Bedingungen ist dieses Verfahren dann angebracht, wenn ein kausaler Zusammenhang zwischen dem strafbaren Verhalten einerseits und einer oder mehreren anderen problematischen Situationen im Leben der betreffenden Person andererseits nachgewiesen werden kann. Wenn die Straftat, wegen der das Verfahren eingeleitet wird, sexueller Art ist, sollte immer eine therapeutische Behandlung (oder eine Schulung) auferlegt werden, die speziell auf das betreffende Problem ausgerichtet ist. Eine Therapie beinhaltet keine Ergebnisverpflichtung. Dennoch ist der Verdächtige verpflichtet, die getroffenen Vereinbarungen einzuhalten und Bemühungen zu zeigen, sich der Behandlung zu unterziehen.

6. Ministerielles Rundschreiben vom 15. Juli 2015 über die vorläufige Freilassung

¹ Gemeinsames Rundschreiben des Ministers der Justiz, der Minister der föderierten Teilgebiete und des Kollegiums der Generalprokuratoren bei den Appellationshöfen.

Eine vorläufige Freilassung wird einem Verurteilten gewährt, der eine oder mehrere Freiheitsstrafen(n) mit einem vollstreckbaren Teil von nicht mehr als drei Jahren Freiheitsstrafe verbüßt. Bei rechtskräftig Verurteilten, die mindestens aufgrund von Taten nach den Artikeln 417/7 bis 417/22, 417/24 bis 417/41, 417/44 bis 417/47 und 417/51 bis 417/54 des Strafgesetzbuches verurteilt werden, wenn diese an Minderjährigen oder mit deren Beteiligung begangen wurden, kann die vorläufige Freilassung gewährt werden, sobald der Verurteilte die im Rundschreiben vorgesehenen zeitlichen Bedingungen erfüllt und insofern beim Verurteilten keine Kontraindikationen vorliegen.

Sobald die o.e. Bedingungen erfüllt sind, sammelt der Gefängnisdirektor die Informationen, die er für notwendig erachtet, und die Informationen über das Opfer. Bei Verurteilten, deren zu vollstreckende Hauptfreiheitsstrafen insgesamt nicht mehr als ein Jahr betragen, kann der Direktor die psychosozialen Teams bitten, ein Gutachten zu erstellen. Dieses Gutachten orientiert sich an der Problematik, die sich aus der Art der Straftat ergibt, und an den besonderen Schwerpunkten, die ggf. in der Begleitung bearbeitet werden sollten, um die Gefahr von Rückfällen zu verringern und den Opfern zu helfen. Bei Verurteilten, deren zu vollstreckende Hauptfreiheitsstrafen insgesamt mehr als ein Jahr betragen, erstellt das psychosoziale Team ein Fachgutachten und schlägt, sofern es dies für notwendig erachtet, eine Begleitung vor, die es auch vorbereitet. Der Direktor leitet den Vorschlag dann an die Direktion Haftangelegenheiten weiter, die eine begründete Entscheidung darüber trifft, ob eine vorläufige Freilassung gewährt wird oder nicht. Individualisierte Sonderauflagen (bspw. Absolvierung einer Behandlung) können verhängt werden, wenn sie absolut notwendig sind, um das Risiko eines Rückfalls zu begrenzen, oder wenn sie im Interesse des Opfers erforderlich sind. Der Direktor händigt dem Inhaftierten eine Kopie der Entscheidung aus, erläutert ihm den Inhalt und die Folgen und lässt ihn diese zur Bestätigung des Erhalts und, falls Auflagen gemacht werden, seiner Zustimmung unterschreiben. Wenn er die Auflagen ablehnt, erfolgt keine Freilassung. Wenn die Entscheidung über die vorläufige Freilassung vollstreckt wird, wird ein Justizassistent mit der Begleitung beauftragt. Wurden besondere Bedingungen auferlegt, so entspricht die Dauer der Begleitung der Dauer der Freiheitsstrafe, die der Verurteilte am Tag der Freilassung noch zu verbüßen hatte (Reststrafe), mindestens jedoch einem Jahr.

7. Strafgesetzbuch

7.1. Überantwortung an das Strafvollstreckungsgericht

Gemäß Artikel 34bis, 34ter und 34quater des Strafgesetzbuches ist die Überantwortung an das Strafvollstreckungsgericht eine Zusatzstrafe, die in gesetzlich vorgesehenen Fällen zum Schutz der Gesellschaft vor Personen, die bestimmte schwere Straftaten gegen die Integrität von Personen begangen haben, verhängt werden muss oder kann. Diese Zusatzstrafe beginnt nach Ablauf der Hauptgefängnisstrafe und kann für einen Zeitraum von mindestens fünf und höchstens fünfzehn Jahren verhängt werden, insbesondere im Rahmen von Verurteilungen auf Grundlage der Artikel 417/7, 417/10, 417/11, 417/13 bis 417/22 des Strafgesetzbuchs. Befindet sich der Verurteilte in Haft, gibt der Direktor der Strafanstalt spätestens vier Monate vor Ablauf der Strafe eine begründete Stellungnahme zum Freiheitsentzug oder zur Freilassung unter Bewachung ab, in der er die besonderen Auflagen erläutert, die dem Verurteilten seiner Ansicht nach aufzuerlegen sind. Gemäß Artikel 95/3 des Gesetzes vom 17. Mai 2006 muss, wenn der Verurteilte eine Strafe für Taten im Sinne der Artikel 417/7 bis 417/22, 417/24 bis 417/41, 417/44 bis 417/47 und 417/51 bis 417/54 und 433 quater1 bis 433 quater7 des Strafgesetzbuches verbüßt, und wenn sie an Minderjährigen oder unter deren Beteiligung begangen wurden, die begründete Stellungnahme eines Dienstes beigefügt werden,

die auf die diagnostische Begutachtung von Sexualstraftätern spezialisiert ist. Diese Stellungnahme enthält eine Beurteilung der Notwendigkeit, eine Behandlung vorzuschreiben. Außerdem kann das Strafvollstreckungsgericht in Fällen, in denen der Verurteilte ihm wegen einer der in den Artikeln 417/7, 417/10, 417/11 oder 417/13 bis 417/22 des Strafgesetzbuchs aufgeführten Taten zur Verfügung gestellt wird, die Freilassung unter Bewachung mit der Auflage verbinden, sich einer Begleitung oder Behandlung bei einer auf die Begleitung oder Behandlung von Sexualstraftätern spezialisierten Einrichtung zu unterziehen. Das Strafvollstreckungsgericht legt die Dauer des Zeitraums fest, für den sich der Verurteilte dieser Begleitung oder Behandlung unterziehen muss.

7.2. Autonome Bewährungsstrafe

Gemäß Artikel 370^{cties} des Strafgesetzbuchs kann der Richter, wenn eine Tat eine Polizei- oder Korrekionalstrafe mit sich zieht, als Hauptstrafe eine autonome Bewährungsstrafe verhängen. Eine autonome Bewährungsstrafe umfasst die Pflicht, während eines bestimmten Zeitraums, der vom Richter festgelegt wird, bestimmte Auflagen zu erfüllen. Die Dauer dieser Strafe darf nicht weniger als sechs Monate und nicht mehr als zwei Jahre betragen. Der Richter kann Hinweise zum Inhalt der autonomen Bewährungsstrafe geben. Die verurteilte Person hat sich einer Begleitung durch einen Justizassistenten des Gerichtsbezirks zu unterziehen, in dem sie ihren Wohnort hat.

Der Richter sieht unter Berücksichtigung der für die Straftat vorgesehenen Strafen und des Gesetzes, auf dessen Grundlage die Strafe verhängt wurde, eine Freiheits- oder Geldstrafe vor, die bei Nichtvollstreckung der autonomen Bewährungsstrafe verhängt werden kann. Diese Strafe kann nicht für Taten verhängt werden, die, wenn sie nicht in Vergehen umgewandelt würden, mit einer Höchststrafe von mehr als 20 Jahren Freiheitsentzug für die in den Artikeln 417/12 bis 417/22 und den Artikeln 417/25 bis 417/41, 417/44 bis 417/47, 417/52 und 417/54 des Strafgesetzbuchs genannten Taten, wenn sie an Minderjährigen oder mithilfe von Minderjährigen begangen wurden, geahndet würden.

Die Vollstreckung der autonomen Bewährungsstrafe wird von der Bewährungskommission des Wohnortes des Verurteilten überwacht, welcher der Justizassistent Bericht erstattet. Innerhalb eines Monats nach der Bezeichnung des Justizassistenten und danach immer dann, wenn dieser es für sinnvoll erachtet oder wenn die Kommission ihn darum bittet, mindestens aber alle sechs Monate, berichtet er der Bewährungskommission über die Einhaltung der Auflagen. Er schlägt gegebenenfalls Maßnahmen vor, die er für sinnvoll erachtet.

Die Bewährungskommission legt auf der Grundlage des Berichts des Justizassistenten, der den Verurteilten angehört hat, und unter Beachtung der vom Richter erteilten Hinweise den konkreten Inhalt der autonomen Bewährungsstrafe fest. Der konkrete Inhalt der autonomen Bewährungsstrafe wird in einer vom Verurteilten zu unterzeichnenden Vereinbarung mitgeteilt, von der ihm der Justizassistent eine Kopie aushändigt. Der Justizassistent übermittelt auch der Bewährungskommission innerhalb von drei Arbeitstagen eine Kopie der unterzeichneten Vereinbarung.

Wenn die Bewährungskommission der Ansicht ist, dass die autonome Bewährungsstrafe vollstreckt wurde, kann sie beschließen, dass die Bewährungsstrafe endet, auch wenn der vom Richter festgelegte Zeitraum noch nicht abgelaufen ist.

Bei vollständiger oder teilweiser Nichtvollstreckung der autonomen Bewährungsstrafe informiert der Justizassistent unverzüglich die Bewährungskommission. Diese lädt den Verurteilten vor und verfasst

einen begründeten Bericht im Hinblick auf die Anwendung der Ersatzstrafe. In diesem Fall kann die Staatsanwaltschaft beschließen, die in der Gerichtsentscheidung vorgesehene Freiheits- oder Geldstrafe zu vollstrecken, und zwar unter Berücksichtigung der autonomen Bewährungsstrafe, die der Verurteilte bereits verbüßt hat.

Artikel 3

Die psychosozialen Teams, die in jeder Strafanstalt oder Abteilung zum Schutz der Gesellschaft vorhanden sind, sind spezialisiert. Sie sind multidisziplinär und setzen sich aus einem Psychiater, einem Psychologen, einem Sozialarbeiter und einem Gefängnisdirektor zusammen.

Die Aufgaben der psychosozialen Teams (siehe Rundschreiben 1629/XIII vom 12. Juli 1994) sind vielfältig und betreffen im Wesentlichen die Aufnahme, die Begleitung, die Krisenbewältigung und die Formulierung von Gutachten zu Verurteilten und Internierten, und zwar unter Berücksichtigung der Vollstreckungsmodalitäten der Strafe und der Internierung für die zuständigen Behörden. Sie werden in deutscher Sprache von einem Mitglied des psychosozialen Teams, durch eine dritte Person oder in Abwesenheit derer mit Hilfe eines Übersetzers wahrgenommen.

Es ist wichtig, die Sexualstraftäter für ihre Problematik zu sensibilisieren. In diesem Zusammenhang sind die spezialisierten psychosozialen Teams im Rahmen der psychosozialen Untersuchung damit beauftragt, im Strafvollzug eine individuelle Begleitung mit vorthérapeutischer Zielsetzung durchzuführen. Diese Begleitung erfolgt als Vorbereitung auf die Begleitung oder Behandlung nach dem Strafvollzug, die von den Begleitemen für Sexualstraftäter organisiert wird.

Artikel 4

Der Justizminister verpflichtet sich zur Finanzierung von Experten, die das Begleitemen für Sexualstraftäter unterstützen. Da die Deutschsprachige Gemeinschaft nur über ein einziges Begleitemen für Sexualstraftäter verfügt, kann dieses für jede Stellungnahme und jede Behandlung, die es durchführen soll, spezielle Unterstützung und einen fachlichen Austausch benötigen.

Die Experten können sowohl bei der Begleitung, den Stellungnahmen und der Behandlung für Einzelfälle als auch im Hinblick auf den Gesamtansatz und die wissenschaftliche Methodik eine unterstützende Rolle spielen.

Darüber hinaus können die Experten auch spezielle Schulungen anbieten und ihre Methoden auf Anfrage spezialisierten Teams zur Verfügung stellen. Sie erfüllen auch Aufgaben der Begutachtung und Behandlung, die die Grundlage für die wissenschaftliche Forschung bilden.

Die Sexualstraftäter können auch an Experten verwiesen werden, um eine auf ihre Problematik zugeschnittene Begleitung außerhalb der Strafanstalt zu erhalten.

Artikel 5

Das Begleitemen für Sexualstraftäter wird vom Justizminister und vom Minister für Gesundheit entsprechend ihren jeweiligen Zuständigkeiten finanziert. Es unterstützt die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren (Justizassistenten, Experten).

Das Melden von Situationen, die ein ernsthaftes Risiko für Dritte darstellen, steht nicht im Widerspruch zum Grundsatz des Berufsgeheimnisses, sofern ein Notstand vorliegt, in dem höhere (moralische) Werte wie der Schutz der Gesellschaft mit der absoluten Pflicht zur Verschwiegenheit in Konflikt geraten (Cass. 13.5.1987). Die für den jeweiligen Fall zuständige Fachkraft muss den Schweregrad dieser Notlage einschätzen. Sie muss zwei widersprüchliche Interessen abwägen, nämlich das Berufsgeheimnis und die Gefahr für Dritte. Wenn die zuständige Fachkraft der Ansicht ist, dass eine Situation vorliegt, die eine ernsthafte Gefahr für Dritte darstellt, und die Begleitung keinen Ausweg aus dieser Situation bietet, verfasst sie einen Bericht für die zuständige Behörde (siehe Art. 1 Nummer 2 des Zusammenarbeitsabkommens). Diese Person informiert auch den Justizassistenten darüber. Es liegt in der Verantwortung der zuständigen Person, Maßnahmen zur Verhinderung von Rückfällen zu ergreifen.

Artikel 6

Die Justizassistenten sind dafür zuständig, den Betreffenden bei der Einhaltung der verhängten Auflagen zu unterstützen sowie diese zu kontrollieren. Sie überwachen die von der zuständigen Behörde erteilten Auflagen und arbeiten mit den verschiedenen beteiligten Akteuren zusammen, um eine koordinierte Begleitung rund um die Sexualstraftäter zu gewährleisten.

Neben den üblichen Aufgaben, die die Justizassistenten im Rahmen ihrer strafrechtlichen Aufgaben wahrnehmen, wird ihnen in Artikel 6 des Zusammenarbeitsabkommens eine zentrale Rolle bei der Kommunikation zwischen den verschiedenen beteiligten Akteuren zugewiesen. Sie nehmen eine Schlüsselposition ein, indem sie zwischen den Justizbehörden, den Experten, den Begleiteams und dem Betreffenden stehen.

Artikel 7

Ein Begleitausschuss bewertet jedes Jahr die Umsetzung dieses Zusammenarbeitsabkommens. Der Ausschuss besteht aus sechs Mitgliedern, von denen zwei vom Justizminister, zwei vom Minister für Gesundheit und zwei vom Minister für das Justizhaus ernannt werden. Für jedes Mitglied werden außerdem ein oder zwei Stellvertreter ernannt. Es wird ein rotierender Vorsitz und ein rotierendes Sekretariat organisiert. Die organisatorischen Modalitäten liegen im Ermessen des Begleitausschusses, der diese in der ersten Sitzung in der internen Geschäftsordnung festlegt.

Die jährliche Bewertung dieses Zusammenarbeitsabkommens soll es ermöglichen, die unternommenen Anstrengungen im Hinblick auf einen kohärenten und koordinierten Ansatz für die Problematik der Sexualstraftäter anzupassen. Zu diesem Zweck kann der Begleitausschuss ein externes Audit organisieren, um den Verlauf in der Praxis konkret zu bewerten.

Für den Föderalstaat:

Der Minister für Justiz

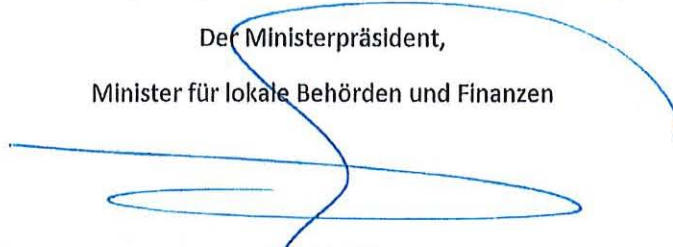


P. VAN TIGCHELT

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen



O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen



A. ANTONIADIS

**Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen
Gemeinschaft über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern**

Artikel 1

In Anwendung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

1. Psychosoziale Teams: multidisziplinäre Teams, die auf die Problematik der Sexualstraftäter spezialisiert sind (bestehend aus mindestens einem Sozialarbeiter, einem Psychologen und einem Psychiater) und die in den Strafanstalten und der Einrichtung bzw. den Einrichtungen oder Diensten, die von der Föderalregierung zum Schutz der Gesellschaft eingerichtet wurden, dem von der Föderalregierung eingerichteten Zentrum für forensische Psychiatrie oder der von der zuständigen Behörde anerkannten und von einer privaten Einrichtung organisierten Einrichtung, die in der Lage ist, eine angemessene Versorgung der inhaftierten Person zu gewährleisten, arbeiten.
2. Zuständige Behörde: bezeichnet je nach den verschiedenen in Artikel 2 genannten rechtlichen Rahmenbedingungen und je nach Zeitpunkt des Eingreifens den Justizminister, die Kammer zum Schutz der Gesellschaft, die Bewährungskommission, die Justizbehörde sowie den Strafvollstreckungsrichter oder das Strafvollstreckungsgericht.
3. Betreffender: Sexualstraftäter oder Person, die verdächtigt wird, eine Sexualstraftat begangen zu haben, mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet.
4. Begleiteteam für Sexualstraftäter: Gesundheitsteam, das auf die Begleitung und ambulante Behandlung von Sexualstraftätern außerhalb des Strafvollzugs spezialisiert ist und in Zusammenarbeit mit dem Experten handelt.
5. Experte: Gesundheitsfachkraft, die dem Begleiteteam für Sexualstraftäter Unterstützung in Form von Supervision, Schulung, Immersion, Fallbesprechungen und psychologischer und psychiatrischer Hilfe bietet.
6. Justizassistent: Bediensteter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Fachbereich Justizhaus, der auf Antrag einer zuständigen Behörde im Rahmen eines Gerichtsverfahrens oder zur Vollstreckung eines Gerichtsbeschlusses Aufgaben der Kontrolle und Begleitung des Betreffenden wahrnimmt.
7. Vereinbarung: schriftliche Vereinbarung zwischen dem Justizassistenten, dem Sexualstraftäter und dem Vertreter des mit der Begleitung oder Behandlung beauftragten Begleitetams für Sexualstraftäter. Sie bezieht sich ohne Ergebnisverpflichtung auf die einzusetzenden Mittel und die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den Parteien.
8. Begleitausschuss: Ausschuss, der die Durchführung und die Bedingungen des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens bewertet.
10. Minister für Gesundheit: Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Zuständigkeit für Gesundheit.
11. Minister für das Justizhaus: Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft, mit Zuständigkeit für das Justizhaus.
12. Justizminister: Minister des Föderalstaates mit Zuständigkeit für die Justiz.

Artikel 2

Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen bezieht sich auf die Begleitung und Behandlung einer Person, die wegen Straftaten nach den Artikeln 417/7 bis 417/22, 417/24 bis 417/41, 417/44 bis 417/47 und 417/51 bis 417/54 des Strafgesetzbuchs verurteilt wurde oder im Verdacht steht, eine oder mehrere der unter diese Artikel fallenden Taten begangen zu haben (im Folgenden: der Betreffende), auf welchen eine der nachstehend aufgeführten Regelungen anzuwenden ist oder angewendet werden kann:

1. Gesetz vom 17. Mai 2006 über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte;
2. Gesetz vom 5. Mai 2014 über die Internierung;
3. Gesetz vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung;
4. Gesetz vom 20. Juli 1990 über die Untersuchungshaft;
5. Artikel 216ter des Strafprozessgesetzbuches über das Erlöschen der Strafverfolgung durch Ausführung von Maßnahmen und Einhaltung von Bedingungen;
6. Ministerielles Rundschreiben vom 15. Juli 2015 über vorläufige Freilassung;
7. Artikel 34bis, 34ter und 34quater des Strafgesetzbuches bzgl. der Überantwortung an das Strafvollstreckungsgericht sowie Artikel 37octies, 37novies, 37decies und 37undecies bzgl. der autonomen Bewährungsstrafe

Artikel 3

Der Justizminister richtet in jeder Strafanstalt und Einrichtung oder Abteilung zum Schutz der Gesellschaft psychosoziale Teams ein. In diesem Rahmen sind die Aufgaben der Teams in deutscher Sprache durch ein Mitglied des psychosozialen Teams, in Delegation durch eine dritte Person oder in Abwesenheit derer durch einen Übersetzer wahrzunehmen.

Die psychosozialen Teams haben folgende Aufgaben:

- Identifizierung von Verurteilten und Internierten, bei denen eine psychosoziale Untersuchung angesichts der gesetzlichen Vorschriften notwendig ist. Diese multidisziplinäre Untersuchung umfasst unter anderem eine Analyse der Persönlichkeit, des Sachverhalts sowie der vergangenen und gegenwärtigen Zusammenhänge. Sie ist Teil eines wissenschaftlichen und dynamischen Ansatzes, der die Problematik in eine Entwicklungsperspektive einordnet.
- Zur Vorbereitung der Begleitung und Behandlung durch die Begleittteams für Sexualstraftäter wird zur Wiedereingliederung im Rahmen der psychosozialen Untersuchung ein Haftplan erstellt, der eine individuelle Zielsetzung² und Behandlung vorsieht.

² Die Methodik der psychosozialen Betreuung konzentriert sich auf die Bewertung, zielt aber durch die Begleitung gleichzeitig darauf ab, im Rahmen einer Reflexion über den Sachverhalt und eigene sowie externe Elemente, die zu dem Sachverhalt geführt haben, die Ressourcen des Betreffenden zu mobilisieren, und zwar in einem besonderen Kontext (Kriminogenese, Ausarbeitung eines Wiedereingliederungsplans unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kontraindikationen); das Ganze kann Perspektiven für eine therapeutische Betreuung durch andere Dienste eröffnen.

- Erstellung eines Gutachtens im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten, die die Positionierung bezüglich der Einrichtung einer spezialisierten Begleitung und/oder Behandlung durch eine andere Stelle einschließt.
- Zusammenarbeit und Absprache mit den Experten und Begleiteams für Sexualstraftäter.
- Zusammenarbeit mit den Justizassistenten.
- Zusammenarbeit bei der Bereitstellung eines Modells für die Datenerfassung.

Die psychosozialen Teams können, wenn sie es im Rahmen der Gutachtenerstellung für notwendig erachten, zusätzlichen Rat einholen, indem sie sich an die Experten und/oder die Begleiteams für Sexualstraftäter wenden.

Die zuständige Behörde kann eventuell das Gutachten eines Experten oder eines Begleiteams für Sexualstraftäter einholen.

Artikel 4

Der Justizminister verpflichtet sich zur Finanzierung der mit folgenden Aufgaben betrauten Experten:

1. Erfüllung einer Beraterfunktion für alle Fragen im Zusammenhang mit dem Thema Sexualstraftäter.
2. Bereitstellung von wissenschaftlichen Informationen über den Betreffenden für die Begleiteams für Sexualstraftäter und die Justizassistenten.
3. Beteiligung an der Organisation spezieller Schulungen für Begleiteams für Sexualstraftäter sowie Justizassistenten in Absprache mit diesen.
4. Teilnahme an Konzertierungstreffen in Form von Supervision, Schulung, Immersion und Fallbesprechungen zum Zweck der Koordinierung der Maßnahmen und zum Austausch von Informationen und Erfahrungen.
5. Bei Bedarf Angebot einer psychologischen und psychiatrischen Unterstützung für die Behandlung und die Gutachten für das Begleitem für Sexualstraftäter.
6. Zusammenstellung und Bereitstellung der notwendigen und verfügbaren Informationen in Bezug auf die Bewertung der Problematik und ihrer Herausforderungen.

Artikel 5

Der Justizminister verpflichtet sich zur Finanzierung der Begleiteams für Sexualstraftäter, die folgende Aufgaben erfüllen:

1. Unter Beachtung der Zuständigkeiten der psychosozialen Teams der Strafanstalten und der Gesellschaftsschutzeinrichtungen, Erstellung eines Gutachtens durch mindestens zwei fachlich geschulte Mitarbeiter auf Antrag einer zuständigen Behörde. Die Notwendigkeit von zwei Personen ist gerechtfertigt, um die Qualität des Gutachtens zu gewährleisten.
2. Teilnahme an Konzertierungstreffen in Form von Supervision, Schulung, Immersion und Fallbesprechungen zum Zweck der Koordinierung der Maßnahmen, zum Austausch von Informationen und Erfahrungen und zur Gewährleistung einer Fortbildung und der Fachkenntnisse der Teammitglieder.

3. Sammlung von sozioepidemiologischen Daten der Begleiteams für Sexualstraftäter und Bereitstellung eines jährlichen Tätigkeitsberichtes, der den Ministern, die diese Vereinbarung unterzeichnet haben, spätestens am 30. April des darauffolgenden Jahres vorgelegt werden muss.

4. Erstellung einer Diagnose und Durchführung einer Behandlung.

5. Mitwirkung bei Informationsmaßnahmen auf Ersuchen der Minister, die dieses Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnet haben.

6. Zusammenstellung und Bereitstellung der notwendigen und verfügbaren Informationen in Bezug auf die Bewertung der Problematik und ihrer Herausforderungen.

Der Minister für Gesundheit verpflichtet sich zur Finanzierung der Begleiteams für Sexualstraftäter, die folgende Aufgaben haben:

1. Unterstützung und ambulante Behandlung von Betroffenen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

2. Austausch mit den Justizassistenten über die Behandlung und Begleitung der Betroffenen.

3. Erstellung eines Berichts über den Verlauf der psychologischen und sozialen Begleitung oder Behandlung durch das Begleitem für Sexualstraftäter. Dieses Team leitet den Bericht regelmäßig an den Justizassistenten weiter.

In diesem Bericht werden die folgenden Punkte behandelt:

- a) Datum und Uhrzeit der vereinbarten Termine;
- b) unentschuldigtes Fehlen;
- c) einseitige Beendigung der Behandlung durch den Betroffenen;
- d) Situationen, die eine ernsthafte Gefahr für Dritte darstellen;
- e) Abbruch der vom Therapeuten vorgeschlagenen Therapie.

Dieser Bericht wird zur Verfügung des Betroffenen gehalten. In äußerst dringenden Fällen und wenn der Justizassistent nicht erreichbar ist, kann der Bericht direkt an den Prokurator des Königs gerichtet werden.

Artikel 6

Der Minister für das Justizhaus verpflichtet sich zur Bereitstellung von Justizassistenten, die folgende Aufgaben erfüllen:

1. Durchführung von Untersuchungen und Begleitungen, die von der zuständigen Behörde auferlegt werden.

2. Übermittlung von Informationen an die Begleiteams für Sexualstraftäter und die Experten, die die psychosozialen Teams und sie selbst für die Durchführung einer auf die Problematik der Sexualstraftäter zugeschnittenen Begleitung oder Behandlung notwendig erachtet haben. Der Betroffene ist entsprechend zu informieren. Dazu gehören mindestens das Urteil oder der Beschluss, die Darlegung des Sachverhalts (falls von der Justizbehörde erstellt), der Auszug aus dem Strafregister und ein eventuelles Sachverständigengutachten, das während der strafrechtlichen Ermittlungen erstellt wurde. Die übermittelten Dokumente werden in der Vereinbarung, deren Muster beigelegt ist, spezifiziert. Dies berührt nicht die Befugnisse der Justizbehörden, die der Ansicht sein können, dass

ein bestimmtes Dokument nicht freigegeben werden darf oder die Einsichtnahme in dieses Dokument genehmigen können.

3. Zusammenarbeit mit den psychosozialen Teams der Strafanstalten und der Einrichtungen zum Schutz der Gesellschaft.

4. Vorherige Abstimmung mit den Begleiteams für Sexualstraftäter über die Möglichkeit einer Begleitung oder Behandlung gemäß den von der zuständigen Behörde verhängten Auflagen.

5. Gewährleistung der Begleitungs- oder Behandlungspflichten in einer Vereinbarung gemäß dem beigefügten Muster, die von dem Betreffenden, dem Vertreter des Begleiteams für Sexualstraftäter und dem Justizassistenten unterzeichnet wird.

6. Unterstützung und Begleitung des Betreffenden bei seiner Wiedereingliederung in die Gesellschaft durch die Erfüllung der verhängten Auflagen. Gegebenenfalls tauscht der Justizassistent unter Beachtung der gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen sachdienliche Informationen mit der zuständigen Behörde, der Staatsanwaltschaft und der Polizei aus. Die Justizassistenten arbeiten diesbezüglich mit den lokalen, sozialen Diensten zusammen.

7. Gewährleistung der Koordination und Eingliederung aller Hilfeleistungen bei der Behandlung von Einzelfällen. In diesem Sinne sammeln die Justizassistenten die relevanten Informationen des Begleiteams für Sexualstraftäter und dem Betreffenden, um die zuständige Behörde zu informieren.

8. Erstellung eines Berichts über den Beginn der Begleitung des Betreffenden an die zuständige Behörde innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der verhängten Auflagen, und anschließend immer dann, wenn die Justizassistenten es für sinnvoll erachten oder die zuständige Behörde sie dazu auffordert, mindestens aber einmal alle sechs Monate. Gegebenenfalls schlagen die Justizassistenten Maßnahmen vor, die sie für notwendig erachten.

9. Wenn sich eine verhängte Auflage angesichts der Situation des Betreffenden als unangemessen erweist, informieren die Justizassistenten die zuständige Behörde, die die Möglichkeit hat, die Auflage ganz oder teilweise auszusetzen oder zu ändern.

10. In äußerst dringenden Fällen erfolgt eine direkte Berichterstattung an den Prokurator des Königs und eine entsprechende Mitteilung an die zuständige Behörde.

11. Erläuterung der Bedeutung des Gesetzes für den Betreffenden, Herstellung einer Verbindung zu seiner Sicht der strafbaren Handlung und dem Kontext, in dem sie begangen wurde. Die Justizassistenten erteilen dem Betreffenden auch Erläuterungen zum laufenden Gerichtsverfahren. In diesem Zusammenhang wird die Aufmerksamkeit auf die Mittel gerichtet, die zu seiner Wiedereingliederung und zur Vermeidung von Rückfällen eingesetzt werden können.

12. Verwendung eines Musters für die statistische Erfassung.

Artikel 7

Ein Begleitausschuss bewertet jedes Jahr die Umsetzung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens. Er besteht aus sechs Mitgliedern, von denen zwei vom Justizminister, zwei vom Minister für das Justizhaus und zwei vom Minister für Gesundheit ernannt werden. Für jedes Mitglied werden außerdem ein oder zwei Stellvertreter ernannt. Es wird ein rotierender Vorsitz und ein rotierendes Sekretariat organisiert. Die organisatorischen Modalitäten liegen im Ermessen des

Begleitausschusses, der diese im Rahmen seiner ersten Sitzung in der internen Geschäftsordnung festlegt.

Dieser Ausschuss verfasst innerhalb von höchstens drei Monaten nach Erhalt der in Artikel 5 genannten Berichte einen Bericht für den Justizminister, den Minister für das Justizhaus und den Minister für Gesundheit.

Mindestens einmal im Jahr findet auf nationaler Ebene ein Treffen der verschiedenen Begleitausschüsse statt, die im Rahmen der Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und den verschiedenen Gemeinschaften/Regionen bezüglich der Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern eingerichtet wurden, mit dem Ziel Erfahrungen und Informationen auszutauschen, ihr Handeln zu koordinieren und Empfehlungen an die mitunterzeichnenden Minister zu formulieren.

Artikel 8

Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen wird für einen Zeitraum von drei Jahren abgeschlossen. Es wird jährlich verlängert, insofern es nicht drei Monate vor Ablauf des geplanten Zeitraums auf der Grundlage der Bewertung des Begleitausschusses gekündigt wird.

Artikel 9

Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen tritt 10 Tage nach der Veröffentlichung des Gesetzes und des Dekrets, mit denen es verabschiedet wird, im Belgischen Staatsblatt in Kraft.

Artikel 10

§ 1. Das Begleitteam verpflichtet sich, spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens das Personal einzustellen und auszubilden, das für die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern erforderlich ist.

§ 2. Der Justizminister verpflichtet sich zur Finanzierung:

1. der Einstellung und Ausbildung von Personal, das für die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern benötigt wird;
2. der Vorbereitung der Methodik für eine umfassende Diagnose und Behandlung;
3. der Vorbereitung der Muster für die Gutachten sowie des Erwerbs der benötigten Materialien.

§ 3. Die Artikel 4 und 5 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens treten in Kraft, sobald die Bedingungen von § 1 erfüllt sind, spätestens jedoch ein Jahr nach Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens.

Ausgestellt in Brüssel in zwei Originalen, von denen eins für den Föderalstaat und eins für die Deutschsprachige Gemeinschaft bestimmt ist, am **20. Nov. 2023**

Für den Föderalstaat:

Der Minister für Justiz



P. VAN TIGCHELT

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen



O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen



A. ANTONIADIS